Montag, 3. Februar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 28 - 6.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Dänemark 8,75 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sicherheitsgesetze: Außenminister Genscher (FDP) hat seine Parteifreunde Baum und Hirsch, die Bedenken gegen einzelne Passagen der Sicherheitsgesetze geäußert hatten, vor der Kritik aus der Union in Schutz genommen. Sie brächten die „rechtsstaatliche Sensibilität der Liberalen in der Koalition" zum Ausdruck.

Hessen: Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann wurde auf dem Landesparteitag der CDU wieder zum Vorsitzenden gewählt. 1987 wird er bei der Landtagswahl auch als Spitzenkandidat gegen Ministerpräsident Börner (SPD) antreten. (S. 4)

Wackersdorf: Der Wehrbeauftragte Weiskirch muß sich mit der Beschwerde eines Offiziers befassen, wonach die Bundeswehr der Polizei für die Räumung des Bauplatzes der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf Unterkünfte zur Verfügung gestellt hat.

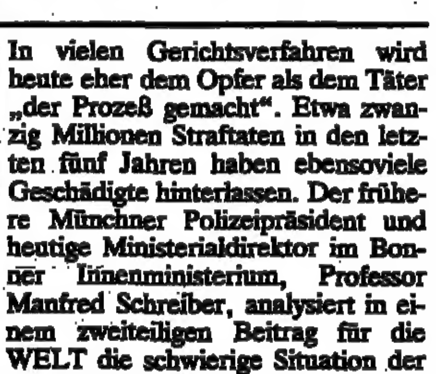
ÖTV: Im öffentlichen Dienst beginnen heute voraussichtlich Warnstreiks zur Unterstützung der Gewerkschaftsforderungen bei den Tarifverhandlungen. In der ÖTV-Zentrale in Stuttgart rechnet man mit Aktionen in mehreren Städten. Die Verhandlungen für die 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden am 6. Februar fortgesetzt.

Afghanistan: US-Präsident Reagan hat die Meistbegünstigungsklausel für das Land beim Handel mit den USA aufgehoben. Washington rechtfertigt die Maßnahme mit der sechsjährigen Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan. Durch die Anordnung Reagans erhöhen sich die Zölle für afghanische Exporte in die USA.

Moskau: Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat eine Reihe früherer usbekischer Politiker als „Staatsverbrecher" bezeichnet. Als Hauptschuldigen einer großangelegten Korruption nannte das Blatt den 1983 gestorbenen langjährigen Parteivorsitzenden Raschidow. Er habe „Staatsverbrecher" gedeckt, darunter auch seinen früheren Innenminister.

Ausreise: Der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, soll sich nach dem Willen des israelischen Ministerpräsidenten Peres in Moskau für eine Auswanderung von Juden einsetzen. Er solle seine „guten Beziehungen" zum Kreml spielen lassen, hieß es in Jerusalem.

Alva Myrdal: Einen Tag nach ihrem 84. Geburtstag ist die schwedische Friedensnobelpreisträgerin und Diplomatin in einem Stockholmer Krankenhaus gestorben. (S. 6)



In vielen Gerichtsverfahren wird heute eher dem Opfer als dem Täter „der Prozeß gemacht". Etwa zwanzig Millionen Straftaten in den letzten fünf Jahren haben ebensoviele Geschädigte hinterlassen. Der frühere Münchner Polizeipräsident und heutige Ministerialdirektor im Bonner Innenministerium, Professor Manfred Schreiber, analysiert in einem zweiteiligen Beitrag für die WELT die schwierige Situation der Opfer von Straftaten. Seite 4

WIRTSCHAFT

Airbus: Mit einer Änderung der Finanzierung zielt die Bundesregierung auch auf eine stärkere Beteiligung der deutschen Industrie an der europäischen Flugzeugherstellung. Zuvor werden allerdings Milliarden neuer Subventionen fällig. Bundeskanzler Kohl und CSU-Chef Strauß sind sich offenbar schon einig. (S. 9)

Ölpreis: Ein fünfköpfiger Ministerausschuß der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) berät heute in Wien über die Marktlage und den rapiden Preisverfall des Rohöls. Am Wochenende haben Venezuela und Mexiko ihre Ölpreise gesenkt. Den Mexikanern entgehen dadurch Einnahmen von rund 2,2 Milliarden Dollar im Jahr. (S. 9)

US-Aktien: Den Schock, den das „Challenger"-Unglück verursachte, haben die amerikanischen Märkte rasch überwunden. Der populäre Dow-Jones-Industrie-Index, der 30 ausgesuchte Wachstumswerte umfaßt, gewann 41,06 Punkte und stieg auf die Rekordhöhe von 1570,99 Punkten. (S. 9)

KULTUR

Plinius: Die erste deutsche Übersetzung der 37 Bücher umfassenden „Naturkunde" des römischen Staatsmannes, Historikers und Universalgelehrten Plinius d. Ä. macht rasche Fortschritte. Von dem verlegerischen Jahrhundertprojekt sind die ersten Bände bereits erschienen. (S. 17)

Oper: Seit Jahren hat sich Riccardo Zandonais „Francesca da Rimini" rar gemacht, vor allem in Deutschland, wo sie zuletzt 1941 in Dresden aufgeführt worden war. Mit einer Neuinszenierung erntete Regisseur Giancarlo del Monaco jetzt in Karlsruhe vom Publikum großen Beifall. (S. 17)

SPORT

Fußball: Im ersten WM-Testspiel der deutschen Nationalmannschaft in diesem Jahr, am Mittwoch gegen Italien, will Teamchef Beckenbauer zum ersten Mal Felix Magath und Olaf Thon gemeinsam aufstellen. (S. 14)

Leichtathletik: Joe Dial stellte eine Hallen-Weltbestleistung im Stabhochsprung auf. Der Amerikaner erreichte 5,91 Meter und sprang damit um zwei Zentimeter höher als sein Landsmann Billy Olson. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Voyager-2: Während die US-Raumsonde dem Neptun entgegenrast, werten Wissenschaftler in Pasadena die Datenflut aus, die der Roboter von seinem Vorbeiflug am Uranus übermittelt hat. Neben Antworten auf alte Fragen geben die Daten den Forschern auch neue Rätsel auf. (S. 18)

Wetter: Schwere Unwetter und Schneefälle haben am Wochenende in Frankreich, Italien und Österreich mindestens 17 Menschenleben gefordert. In den Alpen saßen Zehntausende von Skiurlaubern fest. Heute bewölkt, teilweise Regen. 0 bis 3 Grad. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Asylanten: Bonn warnt „DDR" vor Ausklammerung Berlins

ADN beruft sich auf Viermächte-Status / Lummer erinnert an „Tamilen-Lösung"

BERNT CONRAD, Bonn

Die Mitteilung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN, West-Berlin werde von der beabsichtigten Beschränkung des Ausländerzustroms über die „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland ausgenommen, hat in Bonn und Berlin Besorgnis ausgelöst. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, bezeichnete eine Regelung ohne Einbeziehung Berlins als „wertlos" und als „deutschlandpolitische Zumutung". Für die praktische Einbeziehung der Stadt in das angekündigte Kulturabkommen lasse dies nichts Gutes ahnen, erklärte Hoppe in der „Berliner Morgenpost".

Zuständige Politiker der Bundesregierung und des Berliner Senats hoffen allerdings, daß die „DDR" *künftig in der Praxis Ausländer ohne* Einreisevisum der Bundesrepublik – trotz des ADN-Vorbehalts – auch nicht mehr nach West-Berlin weiterreisen lassen werde. Andernfalls, so hieß es mit warnendem Unterton, „wäre die Luft dick".

Bundesminister Wolfgang Schäuble, der über das Problem am Donnerstag noch einmal mit dem Ständigen „DDR"-Vertreter Ewald Moldt gesprochen hatte, wies gegenüber der „Welt am Sonntag" darauf hin, daß der Visumstempel der Bundesrepublik ausdrücklich für die „Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin" gelte.

ADN hatte am Samstag bekanntgegeben, die „DDR" habe einem Ersuchen der Bundesregierung stattgegeben, „Bürgern einer Reihe von Staaten" vom 1. Februar an im Transit nur noch dann die Weiterreise in die Bundesrepublik zu gestatten, wenn sie einen Sichtvermerk der Bundesrepublik vorweisen könnten. Eine „analoge Praxis" wende die „DDR" bereits seit einiger Zeit gegenüber Schweden und Dänemark an.

Weiter hieß es bei ADN: „Der Transitverkehr nach Berlin (West) wird von den getroffenen Festlegungen nicht berührt, da Berlin (West) unter *Besatzungsrecht steht und nicht* Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und nicht von ihr regiert werden darf."

Eine Nichteinbeziehung West-Berlins würde die Neuregelung – abgesehen von der grundsätzlich falschen Auslegung des Berlin-Status – nach übereinstimmender Ansicht der Bundesregierung und des Senats schon deshalb entwerten, weil die meisten ausländischen Asylbewerber ohne Visum vom „DDR"-Flughafen Schönefeld über West-Berlin einreisen. Darum hatte der Berliner Innensenator Heinrich Lummer immer wieder gefordert, endlich das „Schlupfloch" Ost-Berlin zu stopfen.

Zu der „DDR"-Maßnahme meinte Lummer: „Entscheidend wird sein, was sich von heute an in der Praxis entwickeln wird." Erste Erkenntnisse darüber werden vermutlich erst Mitte der Woche vorliegen. Lummer äußerte die Hoffnung, daß sich Ost-Berlin, ungeachtet unterschiedlicher Rechtsstandpunkte, an der Regelung orientieren werde, die seit Mitte vorigen Jahres für Tamilen gelte. Tamilen ohne Visum der Bundesrepublik werden von der „DDR" schon auf dem Flughafen Schönefeld in ihre Heimat zurückgeschickt.

Ein Bonner Regierungssprecher stellte fest, die Bundesregierung habe die „DDR" wiederholt gebeten, gegen die illegale Einreise von Ausländern über die „DDR" in die Bundesrepublik vorzugehen. Der Rechtsstandpunkt Bonns zum Status von Berlin sei bekannt. Bundesminister Schäuble sagte, es gehe um eine einseitige Maßnahme der „DDR". Ob der gewünschte Zweck damit erreicht werde, lasse sich noch nicht absehen.

DER KOMMENTAR

Doppelbödig

BERND CONRAD

Erst in einigen Tagen werden wir wissen, ob die „DDR" wirklich West-Berlin von der beabsichtigten Beschränkung des Ausländerzustroms über die „DDR" in die Bundesrepublik ausnehmen will. Sollte sich die Ankündigung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN in der Praxis bestätigen, so wäre die Lage noch schlimmer als zuvor. Denn der dann einsetzende zusätzliche Ansturm ausländischer Asylanten ohne Visum auf West-Berlin durchkreuzte das Konzept der Bundesregierung. Ihr ging es ja gerade darum, vor allem die Westberliner Eingangspforte in die Bundesrepublik zu verstopfen oder zumindest unter Kontrolle zu bringen.

Natürlich weiß die „DDR"-Regierung um diese Schwachstelle. Entspräche daher die ADN-Mitteilung der tatsächlichen Abfertigungspraxis, müßte Bonn sich bewußt provoziert fühlen. Eine solche Haltung wäre geeignet, die soeben erst von SED-Chef Honecker als nützlich und ausbaufähig bezeichneten deutsch-deutschen Beziehungen nachhaltig zu belasten.

Bonns Antwort könnte nur darin bestehen, auf künftige materielle oder auch politische Wünsche Ost-Berlins betont kühl zu reagieren.

Aber so weit muß es nicht kommen. Denn es ist *durchaus möglich*, daß die „DDR", nachdem sie mit der ADN-Version formell ihren unveränderten Rechtsstandpunkt in der Berlin-Frage zum Ausdruck gebracht hat, in der Praxis ganz anders verfährt. Eine solche Doppelbödigkeit gab es schon früher. Warum sollte man Ausländer ohne Visum beispielsweise nicht ebenso wie die Tamilen schon auf dem „DDR"-Flughafen Schönefeld abweisen und damit von West-Berlin fernhalten?

Daran knüpfen sich in Bonn und Berlin die Hoffnungen. Sie sind legitim und gar nicht einmal unrealistisch. Umso notwendiger aber erscheint es, für den Fall der Enttäuschung bereits jetzt wirksame Antworten bereitzuhalten. Honecker sollte wissen, daß er Bonn nicht gleichzeitig umwerben und vor den Kopf stoßen kann.

Informationspanne erregt die USA

In Haiti stoppte die Polizei Freudentänze mit Gewalt / Vorwurf gegen Speakes

FRITZ WIRTH, Washington

Der Staatsstreich von Haiti, der am Ende keiner war, hat in der Reagan-Administration einige rote Köpfe hinterlassen und alte Rivalitäten unter den Informationsbeamten im Weißen Haus und im Außenministerium aufgefrischt. Der wahre Schuldige, der dafür verantwortlich war, daß das Weiße Haus am Freitag die Welt über den angeblichen Sturz des haitischen Präsidenten Duvalier informierte, ist bisher nicht gefunden worden.

Es war am Freitagmorgen, als die Nachricht von Larry Speakes, dem Pressesprecher des Präsidenten, verbreitet worden war. Irgendwo auf dem Wege zwischen State Department und Weißem Haus war die Vokabel „Gerücht" verlorengegangen. So nahm Speakes für bare Münze, was dem Außenministerium von der amerikanischen Vertretung in Haiti als Spekulation übermittelt worden war. Während Speakes das Außenministerium beschuldigte, von dort „faule Informationen" bekommen zu haben, warfen Beamte aus dem State Department dem Präsidentensprecher vor, voreilig gehandelt zu haben.

Dies ist der Hergang der Panne: Um 7.23 Uhr am Freitagmorgen erhielt das Weiße Haus vom State Department telefonisch die Mitteilung, daß Präsident Duvalier aus Haiti geflohen und eine neue Regierung gebildet worden sei. Was das Weiße Haus nicht erfuhr, war der Hinweis, daß die Nachricht von der amerikanischen Mission in Haiti verbreitet worden war.

SEITE 3: Feier verschoben

Eine halbe Stunde später wurde Präsident Reagan über den angeblichen Sturz Duvaliers informiert, kurz bevor er sich in die Präsidentenmaschine nach Houston zum Flug zur Trauerfeier für die sieben verunglückten Astronauten begab.

An Bord der Maschine informierte Pressesprecher Larry Speakes fünf Agentur-Journalisten über die angebliche Flucht Duvaliers, die die Nachricht von der Maschine aus an ihre Redaktionen weitergaben. Anderthalb Stunden später jedoch meldeten diese Redaktionen ihren Korrespondenten in der Maschine zurück, daß ihre Informationen aus dem Weißen Haus nicht mit Nachrichten aus Haiti übereinstimmten. Die Journalisten stellten Speakes zur Rede, der nun zugab, daß die Situation nicht mehr so klar erscheine. Endgültige Klarheit herrschte dann erst um zwölf Uhr am Mittag, als das State Department die Nachricht des Weißen Hauses dementierte.

Es war jedoch bereits zu spät. In Haiti hatte die Falschmeldung aus Washington Freudentänze auf den Straßen ausgelöst, die von der Polizei mit Gewalt gestoppt wurden. Schon in der Nacht zuvor waren Demonstrationen gegen Duvalier in Unruhen ausgeartet, bei denen ein Toter und zwölf Verletzte zu beklagen waren.

Diskussion um 116: Biedenkopf für „Schiedsstelle"

DW. Bonn

Der designierte Vorsitzende des künftigen CDU-Landesverbandes *Nordrhein-Westfalen, Professor Kurt* Biedenkopf, hat in die Diskussion um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz ein neues Element eingebracht: Er schlug die Einrichtung einer „Schiedsstelle" für Streitfragen bei Arbeitskämpfen vor. Biedenkopf läßt damit erhebliche Vorbehalte gegen den Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erkennen.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Siegfried Mann, meinte im Süddeutschen Rundfunk, die Unternehmen *könnten mit dem Blüm-Entwurf* leben. Er forderte die Bundesregierung auf, ihren Kurs beizubehalten, auch wenn die Gewerkschaften, wie angekündigt, ihre Attacken fortsetzten.

Seite 8: Distanz zu Blüm

Steuergelder für R. Hauffs Stammheim-Film

DW. Hamburg

Der Film „Stammheim" von Reinhard Hauff und Stefan Aust, dessen Uraufführung in Hamburg von Randalierern gesprengt wurde (s. WELT v. 1./2. Febr.) ist bei 1,3 Millionen Mark Gesamtkosten mit 825 000 Mark aus öffentlichen Mitteln finanziert worden. 160 000 Mark erhielt der Produzent vom Hamburger Filmbüro e.V., dem die Mittel vom Hamburger Kultursenator zugewiesen werden. 365 000 Mark kamen aus dem Topf der wirtschaftlichen Filmförderung, die beim Wirtschaftssenator ressortiert und von der Hamburgischen Landesbank vergeben wird. Das ist ein Kredit, der nur zurückgezahlt werden *muß, falls der Film Gewinne* einspielt. 300 000 Mark stammen vom Thalia-Theater, das damit erstmals als Co-Produzent eines Films auftrat. Eigentümer des Thalia-Theaters ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Kulturbehörde.

Hessen behindert Auflagen für „Alkem"

Zimmermann fordert von Wiesbaden einen Bunker für den Plutoniumbereich der Fabrik

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in einem Brief an den hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Ulrich Steger (SPD), die schnellstmögliche Zustimmung dafür verlangt, daß der Plutonium verarbeitende Bereich der Hanauer Brennelementefabrik „Alkem" in einen Bunker mit zwei Meter dikken Betonwänden verlegt wird.

In dem Brief vom 29. Januar, der im Auftrag Zimmermanns von Staatssekretär Franz Kroppenstedt unterzeichnet ist, kritisiert der Bundesinnenminister, daß Hessen entgegen jeder Absprache den letzten Schritt seiner Zustimmung nach mehreren Teilschritten nicht vollziehe, obwohl die Reaktor-Sicherheits-Kommission die Maßnahme schon 1980 für einen Zeitraum bis äußerstenfalls 1987 anordnete. Das laufende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, in dem es darum geht, ob die in Hanau ansässigen Atomindustriefirmen Alkem, Nukem und Reaktor-Brennelement-Union (RBU) kerntechnische Anlagen unbefugt betreiben, *dürfe die unter sicherheitstechnischen* Aspekten gebotenen Entscheidungen nicht verzögern, heißt es in dem Brief.

Der Streit um Alkem rührt daher, daß für Brennelementfabriken 1975 mit der Novellierung des Atomgesetzes eine Genehmigungspflicht wie für Kernkraftwerke eingeführt worden war, aber für schon bestehende Fabriken ein „Bestandsschutz" eingeräumt wurde. Weil Alkem immer noch auf der Grundlage dieser Übergangsfristen arbeitet, wurde mehrfach die Forderung nach Stillegung des rund 400 Personen beschäftigenden Betriebes laut.

Die Fraktion der Grünen im hessischen Landtag, die über ihren Rechtsanwalt Seipel beim Verwaltungsgericht Frankfurt Klage auf Stillegung aller Hanauer Betriebe erheben ließ, stützt sich bei ihrem Begehren unter anderem auf die Randnotiz einer Bonner Akte vom 29. Oktober 1981. Der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter *Hartkopf, hatte unter Bezug auf* Alkem vermerkt: „Wann wird der Betrieb endlich stillgelegt?"

Tatsächlich hat sich Hartkopf, genau wie sein damaliger Amtskollege, der heutige Staatssekretär im hessischen Innenministerium Andreas von Schoeler (SPD), ganz anders geäußert. Hartkopf teilte (14. Mai 1982) die Auffassung der Abteilung für Reaktorsicherheit des Bundesinnenministeriums, daß die nach dem Atomgesetz nachzuweisende „erhebliche Gefährdung" bei Alkem nicht nachweisbar war. Von Schoeler schrieb am 1. Juni 1982 in einem einschlägigen Aktenvermerk: „Stillegung ist weder vertretbar noch durchführbar." In allen weiteren Bonner Vorlagen wurde über die Jahre auf Durchsetzung der Sicherheitsmaßnahmen gedrängt, die Hessen durch Verweigerung seiner Zustimmung im letzten Schritt verhindert.

Seite 4: Der Wortlaut

WELT-Grafik Fernstraßenbau

DW. Bonn

Der vom Bundestag verabschiedete Bedarfsplan für den Bundesfernstraßenbau sieht den Neu- und Ausbau von 1600 Kilometer Autobahn und 6000 Kilometer Bundesstraße für die nächsten 15 Jahre vor. Die WELT veröffentlicht eine Grafik, die verdeutlicht, welche Projekte geplant sind. Zu den wichtigsten Vorhaben gehört der Ausbau des Abschnitts Hannover-Hildesheim der A7 auf sechs Fahrstreifen. Weitere Teilstrekken bei Hamburg und Kassel sind schon im Bau. Auf der A1 schließt der Abschnitt Tondorf-Mehren eine Lükke, durch die die Verbindung zwischen dem Saarland und den Wirtschaftszentren an Rhein und Ruhr hergestellt wird.

Seite 18: Grafik

Pro und Contra Sterbehilfe

DW. Bonn

Der niedersächsische Justizminister Walter Remmers (CDU) lehnt die Aufhebung oder Einschränkung der Strafvorschrift des Paragraphen 216 des Strafgesetzbuches ab, die den Arzt verpflichtet, Leben und Gesundheit seiner Patienten zu erhalten. Remmers in der WELT: „Die Rechtsordnung darf den Arzt nicht zum unbeschränkten Herrn über Leben und Tod machen."

Der Leiter der Abteilung Medizinische Psychologie an der Universität Göttingen, Professor Hermann Pohlmeier, kann sich Konfliktsituationen vorstellen, in denen ein Arzt es mit seinem Gewissen nicht anders vereinbaren kann, als einem Tötungsverlangen zu entsprechen.

Seite 5: Tötung auf Verlangen

Löste Zusatzrakete das Unglück aus?

Filmaufnahmen führen zu neuen Vermutungen über Ursache der „Challenger"-Explosion

DW. Cape Canaveral

Nach der Auswertung von Filmaufnahmen der „Challenger"-Explosion gehen die Spekulationen über die Unglücksursache der US-Raumfähre weiter. Die Nasa bestätigte: Die Aufnahmen von der Explosion zeigen, wie aus einer der beiden Feststoff-Zusatzraketen neben dem großen Außentank der Fähre eine Flammenzunge herausschießt.

Die US-Raumfahrtbehörde berichtete ferner, daß die Spitze einer der beiden Zusatzraketen, „Booster" genannt, mitsamt den vier Treibsätzen geborgen worden ist. „Challenger"-Kommandant Scobee hat, so die Nasa, die Booster nicht abgesprengt, also anscheinend nichts von dem sich anbahnenden Verhängnis bemerkt.

Wie die US-Raumfahrtbehörde mitteilte, wolle man aus den bisher zusammengetragenen Daten noch keine vorschnellen Schlußfolgerung ziehen. Unterdessen wurde weiter vermutet, die auf den Filmaufnahmen erkennbare Flammenzunge aus der rechten Zusatzrakete könnte wie ein Schneidbrenner ein Loch in den mit flüssigem Sauerstoff und Wasserstoff gefüllten Tank der Raumfähre gefressen und die Explosion ausgelöst haben, die alle sieben Besatzungsmitglieder der „Challenger" das Leben gekostet hat.

Nach der Explosion der Fähre hatten sich die beiden Booster vom Hauptteil des Systems getrennt. Deshalb war zuerst vermutet worden, Scobee könnte sie abgesprengt haben. Das ist nach jüngsten Erkenntnissen der Nasa nicht der Fall gewesen.

Die „New York Times" berichtete, die Computeraufzeichnungen von dem Fehlstart zeigten einen plötzlichen Schubabfall zehn Sekunden vor der Explosion in einer der Feststoffraketen, was auf ein Leck hindeuten könnte.

Ein Nasa-Sprecher wies *darauf hin*, daß der Pilot einen solchen Schubabfall vermutlich bemerkt und versucht hätte, den Tank und die Raketen abzusprengen. In so einem Fall wäre nur noch eine Notwasserung möglich gewesen, das riskanteste aller denkbaren Notlandemanöver.

Vor der Küste Floridas ging die Suche nach Wrackteilen der „Challenger" weiter. Zwei Unterwasser-Roboter mit Film- und Fotokameras an Bord sollten herausfinden helfen, ob *ein in 42 Metern* Tiefe entdecktes großes Objekt ein Teil der Mannschaftskabine der Fähre ist. Nach Auskunft des Nasa-Sprechers ist eine Druckkabine weit widerstandsfähiger als die meisten anderen Teile. Die Entdekkung hat Spekulationen ausgelöst, daß *eventuell doch noch die Leichen* der sieben Astronauten gefunden werden könnten, die bei der Katastrophe ums Leben gekommen waren.

SPD-Basis weist Frau Renger als Bundestagskandidatin ab

Ihr Platz auf der Landesliste wird zur Prestigefrage für die Frauen

PETER PHILIPPS, Bonn

Das weitere Schicksal Annemarie Rengers soll zur Wegmarke werden, wie ernst es die SPD tatsächlich mit der Gleichberechtigung meint, die sie sich als Forderung seit Bebels Tagen an die Fahnen geheftet hat. Seitdem ihre „Basis" in Soest sie am Wochenende als Bundestagskandidatin durchfallen ließ, schrillen die Alarmglocken nicht nur bei den organisierten *Frauen in der SPD, überwindet* die prononçierte Parteirechte bei den Sympathie-Kundgebungen auch alle Flügelgrenzen. Inge Wettig-Danielmeier, Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen", kündigt Widerstand an: „Eine Frau wie Annemarie Renger kann man nicht einfach fallen lassen."

Während des letzten Bundesparteitags, im Mai 1984 in Essen, hatte die „faktische Gleichstellung" der Frau noch einen halben Diskussionstag in Anspruch genommen. Frau Renger war dabei vom *Tagungspräsidium* unter dem Beifall der Delegierten ausdrücklich gewürdigt worden als Repräsentantin der SPD. Im September vergangenen Jahres war – nachdem Brandt dies als ein Schwerpunktthema für seine letzten Jahre als Parteichef signalisiert hatte – im *Parteirat lange über eine „Quotenregelung"* für Parlaments-Wahlen aber auch für die parteiinterne Ämterverteilung debattiert worden. Es endete mit einer unverbindlichen Absichtserklärung.

Nach dem Reinfall von Soest mo*nierte Frau Wettig-Danielmeier* gegenüber dem Kölner „Express": „Die SPD ist ganz offensichtlich immer noch nicht in der Lage einzusehen, daß Frauen einen gleichberechtigten Anteil nicht nur im Parteiprogramm, sondern auch im Bundestag haben müssen." Dabei waren ganz andere Absichten gehegt worden.

Frau Renger selbst verkniff sich böse Kommentare, will unverändert ihre Arbeit in den Dienst der SPD-Sache stellen. Sie hat auch einen Vorteil: Dank ihrer Prominenz werden *die Genossen alles daran setzen*, sie zumindest über einen sicheren Platz auf einer Landesliste wieder in den Bundestag zu bringen.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gegen das Parlament

Von Peter Gillies

Kritik, die Änderung des Paragraphen 116 werde durchgepeitscht, schlägt der Regierungskoalition entgegen. Gerechtfertigt ist sie nicht. Aufgefordert, die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Streik klarzustellen, war der Gesetzgeber bereits im Sommer 1984. Er holte auf geziemende Weise ein Gutachten ein und fahndete nach einem Konsens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Erst als Lösungen im vorparlamentarischen Raum scheiterten, entwarf der Gesetzgeber eine Klarstellung. Diese wird beraten, wobei Entschlossenheit nicht mit Hektik zu verwechseln ist.

Mit seinen Protestaufrufen für morgen und Mittwoch begibt sich der DGB auf gefährliches Glatteis. Man weiß, daß es dem Augenmaß gemäßigter Einzelgewerkschaften zu verdanken ist, daß daraus keine Einladung zu direkten, zeitgleich inszenierten und illegalen „Warnstreiks" wurde. Aber der DGB zündelt mit seinem Kampfesaufruf denn doch: politische Streiks, um das freigewählte Parlament unter Druck zu setzen, bleiben verboten, wie immer man sie auch einfädelt und tarnt. Wir werden sehen, ob die (angeblich) empörten Arbeitnehmer ihren (wirklichen oder vermeintlichen) Unmut auf Geheiß der Funktionäre in den Betrieben zur Geltung bringen oder nach Feierabend demonstrieren.

Die wirkliche Intention des DGB zielt durch einen Paragraphen hindurch direkt auf die ungeliebte Bundesregierung. Hier schleudert der DGB einen Bumerang, der für einen langen Flug und eine schmerzliche Landung bekannt ist. Klüger und nützlicher wäre es, wenn die Kritiker ihre Verbesserungsvorschläge ins parlamentarische Verfahren und nicht über die Straße einbrächten.

In einem hat der DGB jedoch recht: Der Bundesregierung ist es bisher überzeugend noch nicht gelungen, ihre guten Argumente für die Neutralität der Bundesanstalt im Arbeitskampf unters Volk zu bringen. Polemik und Agitation der Funktionäre bestimmen leider den Ton. Da von ihnen eine Rückkehr zur Sachdebatte nicht zu erwarten sein wird (entbehrte dann doch die geschürte Empörung jeder Grundlage), ist das Parlament gefordert. Das Volk zu vertreten, heißt vor allem das Volk zu informieren.

Schnurzpiepegal

Von Peter Schmalz

Ein bayerischer Landrat ist ein großer Herr, der vom Volk gewählt wird, zugleich aber Inhaber eines staatlichen Amtes und somit Teil der Staatsverwaltung ist. Wer eine Kundgebung im Landkreis abhalten will, braucht die Zustimmung des Landrats. Ein Landrat als Redner einer nicht genehmigten Veranstaltung erscheint demnach als ein Paradoxon. In Bayern gehen aber auch hier die Uhren anders: Hans Schuierer, Schwandorfer Landrat mit SPD-Parteibuch, der sich wegen seiner Auftritte gegen die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente als Volksheld feiern läßt, war Gastredner einer verbotenen Veranstaltung in der Münchner Universität.

Der Hochschulpräsident und Hausherr vermutete, Schuierers Thema („Was bedeutet Wackersdorf für die Demokratie?") habe wenig mit Wissenschaft, aber viel mit dem bayerischen Wahlkampf zu tun. Der aber solle bitteschön außerhalb der Alma Mater geführt werden. Der Landrat wurde von dem Verbot telefonisch unterrichtet, kam aber doch und beging das, was das Gesetz einen Hausfriedensbruch nennt.

Die SPD empörte sich – nicht wegen des gesetzeswidrigen Verhaltens ihres Genossen, sondern wegen des Versuchs, den Wahlkampf von der Universität fernzuhalten. Geißler und Stoiber hätten doch auch schon dort reden dürfen. Das stimmt, doch deren Auftritte wie auch eine Veranstaltung des SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz fanden im Hochschulwahlkampf statt. Als Geißler einmal außerhalb dieser Wahlen auftreten wollte, wurde er ausgeladen und hielt sich ohne Murren daran. Übrigens: Der Politiker, der am häufigsten an dieser Universität spricht, ist ein SPD-Landtagsabgeordneter namens Schmolcke.

Aufhorchen aber läßt, was Bayerns SPD-Sprecher Fridolin Scheuble zu dem Vorfall meint: Ihm sei „vollkommen schnurzpiepegal", ob die Veranstaltung genehmigt war oder nicht. Gilt für die bayerischen Sozialdemokraten Recht nur noch so lange, wie es in ihren Kram paßt? Schöfberger und Hiersemann, Bayerns Spitzen-Genossen, sind Juristen. Sie sollten sich zu der Grundsatzfrage äußern, ob der SPD Recht und Rechtsstaat schnurzpiepegal sind.

Unheile Schwarzwaldklinik

Von Joachim Neander

Der Vorwurf, er zeige dem Publikum eine heile Welt, ist für einen vom Fernsehen bekanntlich mit mehrjähriger gesellschaftlicher Ächtung verbunden. Kein Wunder also, daß das mit der Zeit und anderthalb Dutzend Folgen auch die Schwarzwaldkliniker beim ZDF nicht mehr hat schlafen lassen. Sie schalten um. Sie zeigen jetzt, wie Klein-Moritz sich die heillose, die kaputte Welt vorstellt.

Das geht los mit einer Vergewaltigung zu zweien, eher halbhell als halbdunkel fotografiert. Was gewiß einem gesamtgesellschaftlichen Bedürfnis entspricht, weil doch der kritische Bürger immer schon wissen wollte, wie so etwas vor sich geht. Bei Eduard Zimmermann wird ja vorher ausgeblendet. Die unmündigen Bürger im Kindesalter kriegen es zur besten Sendezeit auch gleich mit.

Und da ferner, wie jedermann in bestimmten Zeitungen nachlesen kann, die Kriminalpolizei Vergewaltigungen höchst unlustig nach Macho-Art recherchiert und die Gesellschaft gegen vergewaltigte Frauen sowieso Vorurteile hegt, bewegt sich auch die Fortsetzung auf alternativen Pfaden. Der Kripomann ist, wie erwartet, korrupt und muffig. Da hilft nur ein bißchen Lynchjustiz. Ein paar kräftige Messerstiche in den Tatbereich des Täters stellen die Ausgewogenheit wieder her.

Natürlich muß das Schlimmste dann doch vermieden werden. Aber dazu haben wir ja die Klinik. Gottvater Brinkmanns Tupfer und Skalpell (der Mundschutz sitzt immer noch verkehrt herum) bringen Physis und Psyche hüben wie drüben wieder einigermaßen in Ordnung. Nur die Zeugungsfähigkeit muß abgeschrieben werden. Nebenbei, sozusagen zwischen Fünf-Uhr-Tee und Abendbrot, auch noch eine kleine Abtreibung bei Frau Doktor. So brutal ist das Leben in der Schwarzwaldklinik. Da müssen doch, verdammt nochmal, endlich auch „Zeit" und „Frankfurter Rundschau" das Mäkeln einstellen.

Wir wissen nicht, welche Klischees noch kommen. Vielleicht Professor Brinkmann als arbeitsloses Opfer der Ärzteschwemme oder Klein-Angie bei der „Action directe". Neugierig macht das nicht. Die wirkliche Wirklichkeit ist interessanter. Zur Not sogar die schiere Plastik- und Scheinwelt von „Dallas".



„Träumst du schon wieder, Maggie, daß Heseltine auf deinen Job aus ist?" JAK / THE LONDON STANDARD

Sparlohn neu belebt

Von Heinz Heck

Basses Erstaunen muß die Bonner Koalitionäre gepackt haben: Nach der vermögenspolitischen Windstille in dreizehn Jahren sozial-liberaler Koalition verkündet der SPD-Abgeordnete Gunter Huonker, Obmann seiner Fraktion für Vermögensbildung, zur letzte Woche erzielten Einigung der Bonner Koalition über die zweite Stufe des Vermögensbildungsgesetzes:

„Der hektische Aktionismus der Koalition in Sachen ‚Vermögensbildung' wurde ausgelöst durch den Anfang der vergangenen Woche in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Antrag der SPD-Fraktion zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen."

Solange Huonkers Partei die Regierungskoalition bestimmte, spielte Vermögensbildung eine Rolle nur in Wahlkampfreden und Regierungserklärungen. Durch einander ausschließende Vorstellungen von SPD und FDP wurde sie kaum in praktische Politik umgesetzt. Das Zitat Huonkers zeigt, wie schnell eigene Versäumnisse verdrängt werden.

Auch in der neuen Koalition sah es ungeachtet erster Teilerfolge unmittelbar nach der Wende so aus, als würde sich das alte Spiel bei den außerbetrieblichen Vermögensbeteiligungen wiederholen. Die nach zeitraubenden Verhandlungen, vor allem zwischen Arbeitsminister Norbert Blüm und Finanzminister Gerhard Stoltenberg, zustandegekommene Vereinbarung bedeutet jedoch einen Schritt nach vorn.

Wichtig erscheint, daß es bei der im 936-Mark-Gesetz vorgesehenen Beschränkung des letzten Drittels (also 312 Mark) auf den Erwerb von Kapitalbeteiligungen bleiben soll – zumindest wenn die Bonner Linie sich gegen die Vorstöße der Bausparkassen und anderer durchhalten läßt.

Denn „die Deutschen" sind nicht unvermögend. Doch der Löwenanteil ihrer Ersparnisse floß bei steigenden Einkommen auf Sparbücher, ins eigene Häusle oder in anderer Form in Betongold und in ständig anschwellende Versicherungsverträge. Gerade aber die Beteiligung an Unternehmen blieb das Stiefkind im Anlagekatalog nach dem früheren 624-Mark-Gesetz: Ganze zwei Prozent entschieden sich für Aktien und andere Beteiligungspapiere. Aus mehreren Gründen sollte jedoch diese Stoßrichtung stärker gefördert werden. Deutsche Unternehmen sind großenteils kapitalschwach. Das macht sich mit zunehmender Verschärfung des internationalen Wettbewerbs immer empfindlicher auch in mangelnder Risikobereitschaft bemerkbar.

Gerade für mittelständische Unternehmen, denen der Zugang zur Börse noch nicht gelungen ist, erscheint in diesem Zusammenhang wichtig, daß durch die geplante Änderung des Investmentgesetzes Kapitalanlage-Gesellschaften gestattet werden soll, stille Beteiligungen an diesen Unternehmen zu erwerben.

Bedeutungsvoller noch ist allerdings ein anderer Aspekt. Arbeitnehmer, die sich in direkter oder indirekter Form immer stärker an „ihrem" Unternehmen beteiligen, identifizieren sich auch zunehmend damit. Die Auswirkungen auf die Interessenlage bei Tarifverhandlungen liegen auf der Hand: Die Hinnahme niedriger Lohnzuwachsraten ist eher zu verschmerzen, wenn sich zum Barlohn der Sparlohn gesellt.

Volkswirtschaftlich vernünftige Tarifabschlüsse werden mithin erleichtert, wenn Lohnpolitik nicht länger einziges Instrument der Verteilungspolitik ist. Blüm hat daher zu Recht als Ziel der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand bezeichnet, „Kapital und Arbeit zu versöhnen". Er sieht den besten Schutz für das Privateigentum in „seiner breiten Streuung". Ein ins Gewicht fallender Vormarsch der Beteiligungen am Produktivvermögen könnte zudem noch der langanhaltenden Aufschwungphase über zurückhaltende Lohnpolitik neue Impulse liefern.



Vermögensbildung endlich auch stärker beim Produktivvermögen? Stoltenberg FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Diese Abkehr von den bisherigen Formen des Verteilungskampfes erscheint allerdings den Gewerkschaften bei ihrem Verständnis von Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen wenig trostreich: Nicht nur sind schmale Lohnprozente für sie ein wenig überzeugender Erfolgsnachweis. Riskanter noch erscheint ihnen, daß die Arbeitnehmer-Kapitalisten sich den Gewerkschaftsparolen zunehmend entfremden und ein wachsendes Verständnis für unternehmerische Belange – wie etwa Investieren statt Konsumieren – entwickeln dürften.

Die Gewerkschaften sahen den Ausweg in Tariffonds, also in Sammelstellen für die Eigentumsrechte an Unternehmen, von der Aktie bis zur stillen Beteiligung, die unter paritätischer Mitbestimmung der Gewerkschaften zu verwalten wären. Die Arbeitgeber machen dagegen geltend, daß sich hier gewerkschaftliche Übermacht manifestieren könnte und die Gruppenbalance gefährdet wäre.

Die Vermögenspolitik scheiterte in der früheren Koalition letztlich daran, daß die SPD sich die Tariffonds-Modelle der Gewerkschaften zu eigen machte und die FDP dagegen Widerstand leistete. Rückschauend betrachtet, hatte dieses Unvermögen auch sein Gutes: Das Eigentum geriet auf keinen Irrweg.

Betrachtet man nämlich die gewerkschaftlichen Bemühungen im Lichte der „Neuen Heimat", so wird deutlich, welche verheerenden Auswirkungen es hätte, wenn man gleichsam dieses Unternehmen zum volkswirtschaftlichen Maßstab machen wollte, was Unternehmensführung und -kontrolle, Investitionsverhalten betrifft – ja, was das für Marktwirtschaft, Eigentum und Freiheit schlechthin bedeutete. Haben die Gewerkschaften als Eigentümer und Aufsichtsräte der „Neuen Heimat" wirklich bewiesen, daß sie am besten wissen, wie Unternehmen erfolgreich und sozial zugleich geführt werden sollten? Daß den Gewerkschaftsfunktionären mithin die Vormundschaft über die Vermögen der Arbeitnehmer anvertraut werden müsse?

IM GESPRÄCH Richard Lyng

Noch ein Kalifornier

Von Horst-Alexander Siebert

Präsident Ronald Reagan, der sich vorzugsweise mit vertrauten Gesichtern umgibt, hat, wie erwartet, den 67jährigen Richard Edmund Lyng zum neuen US-Landwirtschaftsminister ernannt. Das werden ihm die Europäer, Japaner und alle anderen danken, die mit Washington um Agrarsubventionen, Marktzugänge oder Lieferquoten ringen müssen. Sie brauchen sich ebenfalls nicht umzugewöhnen. Denn Lyng ist das, was man „old hand" nennt. Von 1981 bis 1985 war er der Stellvertreter von John Block, der am 14. Februar sein Ministeramt niederlegen wird, um nach der Durchsetzung der stärker marktorientierten Agrarpolitik seine Wunden zu lecken und als Lobbyist das große Geld zu verdienen.



Der Arzt gab das O. K.: Agrarminister Lyng FOTO: AP

Wie Reagan stammt Lyng, geboren in San Francisco, aus Kalifornien. In der dortigen Republikanischen Partei fiel er angenehm auf, als er sich 1966, wenn auch vergeblich, um einen Senatssitz in der Landeshauptstadt Sacramento bewarb. Als Reagan 1967 Gouverneur von Kalifornien wurde, übernahm Lyng für zwei Jahre die Leitung seines Agrarministeriums. 1969 holte ihn Präsident Richard Nixon für die erste Amtszeit als Unterstaatssekretär in das Bundeslandwirtschaftsministerium. Von 1973 bis 1979 war Lyng dann Präsident des einflußreichen America Meat Institute. Schon 1981 wollte ihn Reagan zum US-Landwirtschaftsminister machen, verlor aber gegen die Farmlobby unter Führung des Senators Robert Dole, der jetzt für ihn ist.

„Dick" Lyng, der nach der Zustimmung des Senats als ältester US-Agrarminister eingeschworen werden wird, gibt Reagan zuliebe eine Beratungsfirma auf, die er im vergangenen Jahr zusammen mit einem Kollegen aus seiner Behörde gründete. Damals verließ er seinen Posten beinahe fluchtartig, weil der inzwischen auch in die Privatwirtschaft abgewanderte Haushaltschef des Weißen Hauses, David Stockman, den Bauern drakonische Einsparungen bei den Einkommenshilfen verordnen wollte. Der Kongreß hat die Stockman-Kur zwar sowieso nicht akzeptiert, seine Standhaftigkeit brachte Lyng im Farm-Gürtel jedoch viele Pluspunkte ein.

Mit Lyng erhält das Amt eine neue Qualität. Bisher kamen die amerikanischen Landwirtschaftsminister zumeist aus dem Mittleren Westen und direkt vom Hof (Block besitzt eine Schweinefarm in Illinois). Lyng ist der erste Kalifornier. Er schloß 1940 sein Studium an der Universität von Notre Dame mit „summa cum laude" ab und arbeitete dann im väterlichen Samen- und Bohnenverarbeitungsbetrieb im kalifornischen Modesto County, von 1949 an als Firmenchef. Er gilt als „low-key"; hinter dieser Maske verbirgt er großes Verhandlungsgeschick und ein enormes Fachwissen. Er ist warmherzig und fair sowie weniger ideologisch als sein Vorgänger. Im Ministerium, das er praktisch schon unter Block führte, sieht man ihn als Vaterfigur.

Umzusetzen hat Lyng die neuen Agrargesetze, die kaum die Finanzkrise in der amerikanischen Landwirtschaft und das Farmsterben beenden werden. Die schnelle Lösung bringen nur höhere Exporte, so daß sich Amerikas Partner auf noch mehr Druck einrichten müssen. Der konservative Marktwirtschaftler wurde 1983 am Herzen operiert (dreifacher Bypass), aber sein Arzt gab ihm für die Ernennung das O. K. Lyng, seit 1944 verheiratet, hat zwei Töchter.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zum Sindermann-Besuch heißt es hier:

Es ist eigentlich erstaunlich, mit welcher Unbefangenheit der Bundeskanzler seine diversen Wendungen vollzieht ... Man wüßte von Kohl gern, welche Gegenleistung er von der „DDR"-Führung für die Benutzung seiner roten Teppiche eigentlich einkalkuliert hat. Drängt er beharrlich auf die volle Einbeziehung Westberliner Bürger in Besuchsregelungen mit der „DDR"? Besteht er auf Rücknahme des erhöhten Zwangsumtauschs und auf Senkung des Reisealters für „DDR"-Bürger? Oder benützt er das Wischiwaschi-Kulturabkommen als innerdeutsches Ruhekissen?

Aachener Volkszeitung

Zur Affäre um den Hamburger „Stammheim"-Premierenversuch meint sie, Bölling habe sicherlich recht,

... wenn er nachdrücklich fordert: „Wir dürfen aber nicht zulassen, daß aus den Terroristen der RAF, die von einem tragischen Wahn besessen waren, zehn Jahre später idealistische Helden gemacht werden, die vom Staat mutwillig in den Tod getrieben werden." Noch schrecken die Spuren der Nazis, die aus einem üblen Zuhälter einen Nationalhelden machten. Horst Wessel war es so wenig, wie es Andreas Baader oder Ulrike Meinhof je werden könnten. Die blutige Fährte ihrer Existenz ist nicht verblaßt. Und das Recht, das sie schuldig sprach, war nicht gebeugt durch die Vehemenz einiger Prominenter aus Kunst und Wissenschaft, die immer wieder Rechtfertigungsgründe für sie fanden.

Allgemeine Zeitung

In dem Mainzer Blatt heißt es zu Challenger und SDI:

Die Sicherheitsfrage ist mit neuer Dringlichkeit gestellt, da während des Startvorgangs ... keiner der in der Unglücksfähre installierten fünf Überwachungscomputer Defekte signalisiert hat ... Die Challenger-Tragödie bringt damit zusätzliche Unsicherheiten auch in die ohnehin kontroverse SDI-Diskussion. Eine Verzögerung der nächsten Nasa-Weltraumstarts bedeutet auch eine zeitliche Verschiebung des bereits angelaufenen SDI-Forschungsprogramms jenseits der Erdatmosphäre. Diese Tatsache könnte nicht nur die Debatte zwischen Europa und Amerika versachlichen, sondern auch die Genfer Abrüstungsgespräche beeinflussen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Hier heißt es zu Haiti:

Die Vereinigten Staaten haben es anscheinend nicht verstanden, eine Opposition zu einem geistesschwachen Diktator heranzubilden, den sie gegen ihren eigenen Willen unterstützten ... Da sie eine grausame und korrupte Diktatur nicht früh genug fallengelassen haben, könnte sich jetzt ein prokommunistisches Regime bilden, das eine ganze Weltregion destabilisieren könnte.

Die Hand jederzeit offen, der Fuß zum Tritt bereit

Die Praxis der deutsch-polnischen Beziehungen / Von Carl Gustaf Ströhm

Deutsch-polnische Tagungen und Gespräche sind Mode geworden. Organisiert werden sie nicht selten von evangelischen Akademien. Die Teilnehmer werden sorgfältig gesiebt: Aus Warschau kommen nur Exponenten des kommunistischen Regimes. Nicht daran zu denken, daß hier etwa die Repräsentanten der „Solidarität" auftreten dürften.

Von deutscher Seite erscheint wiederum in erster Linie die Opposition, flankiert von Oberkirchenräten und anderen Bundesrepublikanern, die auf solchen Begegnungen seltsame metapolitische und metaphysische Bußrituale vollziehen. Vertreter der Vertriebenen – etwa die Abgeordneten Hupka und Czaja – sind natürlich nicht zugelassen. Statt dessen kommen aus der CDU meist jene „Realisten", die am liebsten ostpolitisch auf der Linie Brandt/Bahr weitermachen möchten.

Die Abgesandten des Jaruzelski-Regimes wissen die propagandistischen Möglichkeiten solcher Begegnungen zu schätzen. Da trifft man als Deutschland-Experten den – inzwischen von seinen Regierungsämtern abgesetzten – Mieczyslaw Rakowski oder den unvermeidlichen Ryszard Wojna, der den Deutschen (so unlängst in Mülheim/Ruhr) einzureden versucht, in Breslau und Niederschlesien habe es schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine polnische Bevölkerung gegeben. Mehr noch, von diesem Deutschland-Experten stammt auch die Aufforderung, die Deutschen sollten nun endlich „den Mythos der deutschen Einheit begraben".

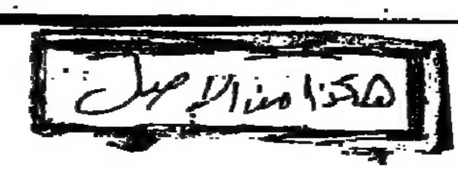
Hier empfiehlt also ein Sprecher einer Nation, die selber über Jahrhunderte ihre Einheit nur als Mythos aufrechterhalten konnte, den Deutschen, auf ihre Einheit zu verzichten. Hätte die polnische Nation sich so verhalten, würde Polen nicht mehr existieren. Gerüchtweise verlautet, Wojna solle nächster polnischer Botschafter in Bonn werden ...

Die Haltung des Regimes Jaruzelski ist zwiespältig. Einerseits „braucht" es die Deutschen wirtschaftlich. Seit Anfang der siebziger Jahre zahlte die Bundesrepublik mehr als zwei Milliarden Mark an Warschau, davon 1,3 Milliarden Ablösung von Rentenansprüchen polnischer Bürger. Es folgten zwei Kredite von insgesamt sieben Milliarden Mark, davon vier Milliarden sogenannte Hermes-Bürgschaften. Da Polen seine Auslandsschulden nicht bedienen kann, kam ihm Bonn bei der Umschuldung entgegen. Es handelt sich hier um Milliardengeschenke. Außerdem haben Bürger der Bundesrepublik aus ihren privaten Taschen Pakete im Wert von mindestens dreihundert Millionen Mark (manche sprechen von einer Milliarde) nach Polen geschickt, hauptsächlich in den schwersten Zeiten von Jaruzelskis Kriegszustand.

Dennoch oder deswegen benötigt das Regime an der Weichsel die Deutschen andererseits als „Feindbild", um seine Herrschaft zu rechtfertigen. Zum anderen wird das Bonner Schreckgespenst durch Jaruzelski auch gegenüber den kommunistischen Bruderländern ins Feld geführt. Die Volksrepublik Polen ist heute im übrigen Ostblock ausgesprochen unpopulär, bei den Führungen ebenso wie bei der Masse der Bevölkerung, der man suggeriert hat, in Warschau werde zu wenig gearbeitet. (Daß dieser Vorwurf nicht immer berechtigt ist, steht auf einem anderen Blatt.) Der Verdacht ist begründet, daß die Regierung Jaruzelski maßgeblich an der Entfesselung der jüngsten Moskauer Revanchismus-Kampagne gegen die Bundesrepublik beteiligt war.

Wenn man auf der einen Seite sieht, wie die Bundesrepublik – gerade auch die jetzige Bundesregierung – Polen mit größter Zuvorkommenheit behandelt und auch Bundeskanzler Kohl ständig von Versöhnung spricht, so ist die Rücksichtslosigkeit, mit der das offizielle Warschau sich über alle Interessen des Bonner Partners (von den deutschen Gefühlen gar nicht zu reden) hinwegsetzt, immer wieder verblüffend. Faktisch läßt sich die Bundesrepublik gefallen, daß die Volksrepublik Polen in der deutsch-polnischen Diskussion entscheiden will, welche Deutschen hier überhaupt mitsprechen und welche den Mund zu halten haben – und wie die Schulbücher auszusehen haben. Wenn der SED-Parteichef Honecker nach Warschau kommt, muß er sich vom selben Jaruzelski, der die Bonner Hilfsgelder und Kredite unter dem Motto „non olet" gerne annimmt, Vorwürfe wegen einer „zu engen" Kooperation Ost-Berlins mit Bonn anhören. Es heißt sogar, Warschau sei in Moskau vorstellig geworden und habe dort gefordert, der Kreml möge Honeckers Kontakte nach Bonn einschränken.

Wie kann unter solchen Prämissen ein vernünftiger deutsch-polnischer Dialog zustande kommen? Schließlich geht es hier – trotz aller salbungsvollen Worte – um eminent politische, auch um machtpolitische Fragen. Das ist der Grund, warum sich manche Zuhörer bei den amtlich oder halbamtlich verordneten und subventionierten polnisch-deutschen Begegnungen vorkommen wie Alice im Wunderland.





Die Feier mußte verschoben werden, Baby Doc bleibt

Noch sitzt er auf seinem Stuhl, der „Präsident auf Lebenszeit", Jean-Claude Duvalier. Doch in Haiti halten die Unruhen an. Folgt die Armee dem Ruf der Massen und übernimmt die Macht?

Von WERNER THOMAS

Es wurde zu früh gefeiert. Als die Nachricht kursierte, die fast 29jährige Diktatur habe ein Ende gefunden, tanzten Tausende Menschen auf den Straßen der Hauptstadt. Die Informationen stammten schließlich von Larry Speakes, dem Sprecher des Weißen Hauses. Dreieinhalb Stunden später dementierte der angeblich Demissionierte persönlich „diese wilden und unsinnigen Gerüchte".

Das nationale Fernsehen unterbrach einen alten Westernfilm und zeigte Jean-Claude Duvalier, in einen eleganten hellbraunen Tropenanzug gekleidet, ernst und ruhig wirkend. Er verkündete: „Meine lieben Freunde ... der Präsident ist hier. Stark und fest wie ein Affenschwanz." Auf der karibischen Insel mit dem weit verbreiteten Voodoo-Kult bedeutet das soviel wie unbesiegbar.

Ein Galerie-Besitzer, der das politische Labyrinth seit Jahrzehnten kennt, sprach von der „Stunde des Komödianten". Er erinnert damit an den Haiti-Roman von Graham Greene. Ein Roman, der allerdings in der finsteren Ära des Duvalier-Vaters François („Papa Doc") spielt.

Die älteste schwarze Republik der Welt – unabhängig seit 1904 – taumelt wieder einmal in einer Phase zwischen Komödie und Tragödie, kein neues Phänomen in ihrer bewegten Geschichte. Die Furcht grassiert, daß noch viel Blut fließen wird, wenn sich „Baby Doc" krampfhaft an die Macht krallen sollte. Bei den bisherigen Unruhen, die auch am Wochenende vor allem außerhalb der Hauptstadt anhielten, kamen bisher mindestens 24 Personen ums Leben. Offiziell sind es weniger.

Gregoire Eugene, der Führer der kleinen christlich-sozialen Partei, warnt seit Jahren vor dem „Pulverfaß". Emmanuel Constant, der katholische Bischof von Gonaives, der Stadt im Mittelpunkt der Revolte, erläutert: „Der Hunger und die politische Hoffnungslosigkeit treiben die Haitianer zur Verzweiflung."

85 Prozent sind Analphabeten

Der Bischof hat recht, denn Haiti ist das Armenhaus des amerikanischen Kontinentes: 85 Prozent Analphabeten; 70 bis 80 Prozent Arbeitslose oder Unterbeschäftigte; durchschnittliche Lebenserwartung 54 Jahre. 118 von 1000 Babys sterben im ersten Lebensjahr; 80 Prozent der Haitianer haben ein Jahreseinkommen von nur umgerechnet 250 Mark. Bischof Constant: „Die Situation wird schlimmer, nicht besser."

Die an einer malerischen Bucht gelegene Hauptstadt reflektiert die Misere, obgleich die ländlichen Regionen noch mehr leiden. La Saline, das schlimmste Slumgebiet, unten am Hafen, wächst unkontrolliert. Die wimmelnden Menschenmassen kann niemand mehr zählen. Tausende schlafen im Freien neben Ratten und Ungeziefer. Es gibt weder fließendes Wasser noch Kanalisation, ein übler Gestank liegt über dem Elendsgebiet. „Papa Doc" hatte einmal eine – erfolglose – Slumsanierung auf seine Weise vorgenommen: Er ließ La Saline einfach anzünden.

Entlang der Rue des Salines warten Blinde und verunstaltete Krüppel auf das Rotlicht der Kreuzungen, um bei den haltenden Autofahrern zu betteln. Dürre Kinderhände recken sich durch die offenen Fensterscheiben der Autos. „Mister, money please." Gebettelt wird überall. Auf dem Land herrscht Hunger. Der Boden gibt nichts mehr her. Der Flug über die Insel offenbart fast nur kahle Berge. Die Bevölkerung heizt mit Holzkohle und rodet rücksichtslos. Ein amerikanischer Agrarexperte kritisiert, die Aufforstungsprogramme der Regierung würden nur aus Lippenbekenntnissen bestehen. „Ende des Jahrhunderts haben wie hier äthiopische Verhältnisse, oder schon früher."

Der Tourismus, einst eine der wichtigsten Devisenquellen, ging radikal zurück. Weniger als 100 000 Urlauber im vergangenen Jahr. 1980 waren es noch 250 000 gewesen. Die Angst vor sich rasch ausbreitendem Aids beeinflußte diese Entwicklung. In den letzten zwei Jahren mußten fünf große Hotels schließen, auch das traditionsreiche Sanssouci.

Mitglieder der Mittelklasse haben lange versichert, die politischen Verhältnisse würden „stabil" bleiben. Duvalier könne sich auf absehbare Zeit halten. Er regiere schließlich anders als sein berüchtigter Vater. Sie schienen recht zu behalten.

Dr. François Duvalier, ein Landarzt, im September 1957 zum Präsidenten gewählt, ist als einer der blutigsten Despoten in die Geschichte des amerikanischen Kontinentes eingegangen. Während seiner fast 14jährigen Herrschaft kamen über 20 000 politische Gegner gewaltsam ums Leben. Er kommandierte selbst Exekutionskommandos.

Als „Papa Doc" im April 1971 einem langen Diabetes- und Herzleiden erlag, begannen zunächst bessere Zeiten für die Nation. Nachfolger Jean-Claude, der einzige Sohn, 1971 erst 19 Jahre alt, ebenfalls Präsident auf Lebenszeit, beendete die schlimmsten Exzesse. Die willkürlichen Hinrichtungen hörten auf. Die gefürchteten „Tontons Macoutes", (Onkel Schreckgespenst, auf kreolisch), bekamen einen harmloseren Namen, „Freiwillige für die nationale Sicherheit", VSN.

Es konnten sich sogar Oppositionsparteien bilden, die Flugblätter oder dünne Publikationen veröffentlichten. Die bekanntesten Oppositionspolitiker, Gregoire Eugene, der Christdemokrat Sylvio Claude und der ehemalige Minister und Diplomat Hubert de Ronceray, landeten zwar öfter im Gefängnis, wurden aber immer wieder freigelassen.



Im Armenhaus Haiti ein Luxusleben: Das Präsidentenehepaar Jean-Claude Duvalier und seine Frau Michelle FOTO: DPA

„Baby Doc" – er haßt diesen Namen – speckte ab und heiratete im Juni 1980 die geschiedene Mulattin Michele Bennett, eine attraktive Frau.

Anfang der achtziger Jahre vollzog sich dann ein radikaler Stimmungsumschwung der Mittelklasse, der sich verhängnisvoll für Duvalier auswirken sollte. Die Gründe für den Umschwung: Wirtschaftskrise und Korruption.

„Die Reichen sahnen skrupellos ab"

Die gehobeneren Bevölkerungsschichten in der kühleren Bergstadt Petionville konnten plötzlich nicht mehr so angenehm leben wie zuvor. Die Preise stiegen, der Lebensstandard sank. Die abgegriffenen Gourdes ließen sich nicht mehr problemlos in Dollar konvertieren. Gleichzeitig wuchs die Kluft zu den wirklich Reichen. „Sie sahnen skrupellos ab", sagt ein Restaurant-Besitzer. „Der Schlimmste ist Bennett."

Gemeint ist Ernest Bennett, der Schwiegervater des Präsidenten, und erfolgreichster Geschäftsmann Haitis. Im gehören die Fluglinie Haiti Air, Firmen, die deutsche Luxuslimousinen importieren, und die eindrucksvollsten neuen Paläste in den Hügeln über Port-au-Prince. Tochter Michele bestreitet zwar Vorwürfe, verschwendungssüchtig zu sein („Ich bin keine Marie Antoinette"). Ihre Einkaufsreisen nach Paris sind immer wieder Stadtgespräche, besonders, wenn die Ölrechnungen nicht bezahlt werden können und die Lichter ausgehen: „Michele war wieder in Paris."

Die erste Dame behängt sich mit glitzerndem Geschmeide und teuersten Pelzen. Ihre Hochzeit kostete allein drei Millionen Dollar. Vater Ernest erklärt die Klassenunterschiede so: „Wir leben in einem kapitalistischen Land. Da ist es normal, daß einige Leute arm sind."

„Zur Frustration der Armen kamen die Klagen der Mittelklasse", analysiert ein kritischer Anwalt die Situation. „Duvalier blieb lediglich die kleine Gruppe der Schmarotzer und Profiteure – ein fragiles Fundament für seine Herrschaft." Freilich kommandiert er noch eine Armee mit der Eliteeinheit „Leopards" (insgesamt 6000 Mann) und 5000 bis 6000 blauuniformierte VNS-Milizen.

Ein diplomatischer Beobachter in Port-au-Prince glaubt, daß der Papstbesuch im März 1983 ein „entscheidendes Ereignis" war. Der Aufruf des römischen Gastes während einer Messe („Es muß sich etwas ändern in diesem Land") hat die katholische Kirche mobilisiert, besonders Bischöfe wie Emmanuel Constant in Gonaives. Der katholische Sender „Radio Soleil" entwickelte sich zum einflußreichsten Sprachrohr der Opposition. Er wurde am Freitag wieder geschlossen. Informationsminister Guy Mayer: „Radio Soleil gießt Öl auf das Feuer." Aber auch viele der 60 000 Voodoo-Priester haben Basisarbeit geleistet. Unter der energischen Führung des studierten Biochemikers Max Beauvoir verfolgt die afrikanische Kult-Religion ein stärkeres soziales Engagement.

Auch wenn es am Sonntag so aussah, als habe der Präsident trotz neuer Unruhen die Lage unter Kontrolle, so ist die Meinung weit verbreitet, daß das Ende der fast 29jährigen Duvalier-Dynastie bevorsteht, daß die Streitkräfte den Präsidenten früher oder später stürzen. Bei der Demonstrationswelle, die Ende November begann, wurden ständig zwei Slogans skandiert: „Nieder mit Jean-Claude", „Es lebe die Armee".

„Fort Murdoch" trotzt dem Druck der Drucker

Hinter Stahlgitterzäunen und Stacheldraht produziert Zeitungskönig Rupert Murdoch im neuen Druckhaus seine englischen Blätter. Auch wenn am Wochenende nicht die gesamte Auflage erscheinen konnte, die Chancen der streikenden Druckergewerkschaften, das Zeitalter der Computer zu stoppen, sind gleich Null.

Von RAINER GATERMANN

Der 36 Tonnen schwere Sattelschlepper verläßt langsam die hellerleuchtete Rampe, fährt ein paar Kurven. Als er sich dem stählernen Gittertor nähert, öffnet sich dieses automatisch. Der Fahrer gibt etwas mehr Gas, zieht eine Linkskurve. Auf dem Bürgersteig stehen sechs Männer in eisiger, feuchter Kälte. „Bastards", schreien sie.

100 Meter weiter die nächste Linkskurve. Obwohl der Schlepperfahrer von einer Nebenstraße in den vorfahrtsberechtigten „Highway" einbiegt, braucht er nicht zu bremsen, die Polizei verschafft ihm unbehinderte Einfahrt. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, hinter Absperrgittern, knapp 200 Männer. Wieder ein Wutgeschrei, ausgestreckte Fäuste. Der Lastwagen, weiß gespritzt mit kornblumenblauer Plane verschwindet schnell in der Dunkelheit.

Ebenso wie die Omnibusse, die mit zugezogenen Fenstern vom Highway abbiegen, um hinter dem Fabriktor unterzutauchen, sind die Sattelschlepper Bestandteil eines Generalstabsplanes, der die britische Zeitungswelt in Aufruhr versetzt und die Gewerkschaftsolidarität vor eine unlösbare Kraftprobe gestellt hat.

Am Freitag, den 24. Januar gegen 20.00 Uhr war es, als die rund 150 Journalisten der „Times" in ihrem Redaktions- und Druckhaus in der Gray's Inn Road, nahe der Fleet Street, zusammengerufen und mit der nüchternen Mitteilung konfrontiert wurden: „Entweder Sie fangen Sonntag in der neuen Anlage in Wapping an zu arbeiten oder Sie werden entlassen." Punkt und Schluß. Ohne Vorwarnung, ohne nähere Erläuterung. Kurz zuvor war den Journalisten der „Sun" ein gleichlautendes Ultimatum gestellt worden, wenig später erging es an die Kollegen der beiden Sonntagszeitungen „Sunday Times" und „News of the World".

In einer in der britischen Zeitungsgeschichte bisher nie dagewesenen Wochenendaktion verlegte der australische Herausgeber mit dem amerikanischen Paß, Rupert Murdoch, seinen gesamten Zeitungsbetrieb (ein Drittel der britischen Tageszeitungsauflage), ins ungefähr fünf Kilometer entfernte Wapping, nicht weit vom mittelalterlichen Tower entfernt.

Hier errichtete Rupert Murdoch in den vergangenen Jahren sein neues Hauptquartier, das von außen mehr einer Befestigungsanlage denn einem Zeitungsbetrieb gleicht: hohe nachts angeleuchtete Stahlgitterzäune, Erdwälle und Stacheldrahtrollen, automatische Kameraüberwachung.

„Fort Murdoch ist uneinnehmbar," stellt ein Fleet-Street-Veteran fest. Und das war auch Sinn der Sache; uneinnehmbar vor allem für die Gewerkschaften. Beherrschten sie bisher diktatorisch die britische Zeitungsproduktion, was sich in Überbemannung, sehr hohen Löhnen und verzögertem Übergang zu modernen Herstellungsmethoden niederschlug, so stehen sie jetzt vor den Trümmern ihrer eigenen Überheblichkeit.

Doch das Schlimmste ist: Ihre eigenen Mitglieder versagen ihnen den Gehorsam. Der Journalistenverband verbot seinen Mitgliedern, nach Wapping zu gehen, nur knapp zwanzig von 600 folgten dieser Aufforderung. Die Transportarbeitergewerkschaft, die größte des Landes, ermahnte ihre Lkw-Fahrer, nicht die Tore zum „Fort Murdoch" zu passieren, sie ignorieren diesen Beschluß, und der Gewerkschaftsdachverband TUC, drohte der „Gewerkschaft der Elektriker, Elektroniker und Installateure" (EETPU) unter Androhung des Ausschlusses in Wapping keine Arbeit zu verrichten, die in den Bereich der Druckereigewerkschaft Sogat '82 und NGA fällt.

Aber seit einer Woche, herbeitransportiert aus der Gegend von Southampton, bedienen sie die neuen Druckmaschinen. Und schließlich versuchte Sogat, ihre Mitglieder in den regionalen und lokalen Verteilungslagern zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, aber dies gelingt fast nur in London.

Draußen vor dem Tor in der Pennington Street und auf dem Highway protestieren nun einige der 5500 früheren Beschäftigten der News International, Murdochs englische Verlagsgesellschaft, gegen den Produktionsstart in Wapping, aber sie – und vor allem ihre Gewerkschaftsführer – haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt, wollten ihre unterhöhlte Macht nicht wahrhaben und haben regelrecht geschlafen, als Rupert Murdoch mit allen möglichen Tricks generalstabsmäßig die Ausmanövrierung der Druckergewerkschaften vorbereitete.

Letztlich machten sie auch noch den Fehler, am 25. Januar nach gescheiterten Verhandlungen, die vor etwa vier Jahren begannen, ihre 5500 Mitglieder in den Streik zu schicken. Murdochs Kündigungsschreiben folgten unmittelbar.

In der Streikwacht in Wapping gibt denn auch in kalter Nacht ein Maschinist, seit 29 Jahren bei der „Sun", zu: „Wir haben es Murdoch sehr leicht gemacht. Wären wir nur an unseren Arbeitsplätzen geblieben, hätte er unsere Löhne weiterzahlen müssen. Jetzt haben wir nichts."

Die Journalisten aller vier Zeitungen berieten stundenlang unter Hinzuziehung von Rechtsexperten über ihren Handlungsspielraum und kamen zu dem Schluß: „Wir haben keine Wahl, wir müssen nach Wapping gehen." Daß ihnen dieser Umzug mit einer Gehaltserhöhung von 7500 Mark im Jahr und der Prämienzahlung für eine private Krankenversicherung (rund 5250 Mark) schmackhaft gemacht wurde, lassen sie als ausschlaggebenden Grund nicht gelten. „Wir haben keine Rechtsgrundlage für eine Weigerung."

Und Solidarität mit den streikenden Druckern zu zeigen will ihnen nicht so richtig in den Sinn. „Als wir streikten, passierten die Drucker auch unsere Streiklinien. Außerdem haben deren Gewerkschaften den Bogen schon seit langem überspannt", meint ein „Sun"-Journalist. In dem Blatt wird die „Befreiung" von der Diktatur der Drucker gefeiert. Erst jetzt, seit die Druckpressen von Elektrikern bedient würden, könne man immer die Wahrheit schreiben.

Um die Druckpressen effektiv arbeiten zu lassen, benötige man drei Leute, „die Gewerkschaften zwangen uns zwanzig auf". Die Verpackungsanlage könne mit einer Person auskommen, „die Gewerkschaften halsten uns sieben auf". Und das alles „für einige Leute bei Jahreseinkommen von 37 000 Pfund (knapp 130 000 Mark) und einer Vier-Tage-Woche".

Die Journalisten sträubten sich nicht so sehr gegen den Umzug oder gegen die neue Technik, sondern gegen die ultimative Art des Wechsels.



Rupert Murdoch präsentierte die ersten Exemplare aus seinem neuen Druckhaus FOTO: DPA

Dabei ist noch nicht klar, ob die Redaktionen in Wapping bleiben werden, offiziell war nie daran gedacht, daß die „Times" oder die „Sunday Times" dorthin ziehen sollen. „Unsere Schreibtische stehen unberührt, wir könnten morgen wieder zurückgehen." Ähnliches gilt für den technischen Betrieb. Aber die Unwahrscheinlichkeit nimmt zu, parallel zur Verzweiflung der Drucker.

In der Nacht zum Sonntag gerieten einige von ihnen außer Kontrolle, sie griffen die Zeitungstransporter an. Sechzehn wurden festgenommen.

Die Drucker, und mit ihnen ihre Gewerkschaften, können nur noch etwas ändern, wenn sie die Unterstützung der Journalisten und Elektriker zurückgewinnen, beides erscheint unwahrscheinlich. Auf die Druckergewerkschaften warten sogar neue Probleme. Auch bei anderen Verlagen drohen Massenentlassungen und Auszug aus der Fleet Street.

Bonn greift Empfehlung von Albrecht auf

MJ. Delmenhorst

In ihrem Agrarbericht 1986, der in den nächsten Tagen in Bonn vorgelegt wird, wird sich die Bundesregierung grundsätzlich für die landwirtschaftliche Erzeugung von Bioethanol zur Benzinbeimischung aussprechen. Diesen Schluß lassen Hinweise zu, die der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Ernährungsministerium, Wolfgang von Geldern, am Wochenende auf einer Agrar-Fachtagung der Jungen Union Niedersachsen in Delmenhorst gab. Ein verstärkter Anbau von Feldfrüchten zur Ethanolgewinnung soll dazu beitragen, die Produktion überschüssigen Getreides zu verringern und die Erlöse der Landwirte zu stabilisieren. Von Geldern betonte, die „Entscheidung muß jetzt fallen, damit ab 1990 der Entlastungseffekt eintreten kann".

Die Äußerungen des Staatssekretärs treffen sich *mit Empfehlungen* der CDU/CSU-Agrarkommission unter *Federführung des niedersächsischen* Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, die in ihrem Konzept der „nachwachsenden Rohstoffe" neben Ethanol für die Erzeugung von Zukker und Stärke, pflanzlichen Ölen und Fetten sowie Flachs werben. Im niedersächsischen Ahausen-Eversen nahe Verden arbeitet seit Spätherbst 1985 eine Ethanol-Versuchsanlage. Der Bau einer zweiten, bereits industriellen Destillation in dem norddeutschen Agrarland ist nach Albrechts Angaben „beschlossene Sache".

Strittig ist bisher die Marktfähigkeit von Benzin mit fünfprozentigem Ethanolanteil. Ein kostendeckender Preis müßte deutlich über den derzeitigen Benzinpreisen liegen. Während Albrecht bei einer Entlastung der EG-Getreidesubventionen freiwerdende Mittel hier einsetzen will, verwies von Geldern auf das amerikanische Beispiel der Steuerbefreiung für Ethanolkraftstoff. An diesem Punkt gab es zuletzt hörbare Reibungen zwischen den Bonner Ressorts Landwirtschaft, Wirtschaft und Finanzen.

Bonn besorgt über Berliner Affäre

Kohl sprach mit Diepgen / FDP-Chef Rasch berichtet heute dem Bundesvorstand

H.-R. KARUTZ/D. DOSE, Berlin

Trotz des mit 80 gegen 62 abgewiesenen Mißtrauensantrags gegen Berlins Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen beobachten die Bonner Koalitionsparteien die politischen Auswirkungen der Korruptions- und Spendenaffäre mit Sorge. Donnerstag abend sprach Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Eigenschaft als CDU-Vorsitzender während der Vorbereitungsrunde der Bundesratssitzung von Freitag mit Diepgen. Heute erstattet der Berliner FDP-Chef Walter Rasch in Bonn dem FDP-Bundesvorstand Bericht.

„Ich gehe davon aus, daß es keine weiteren Zeitbomben für den Senat gibt", sagte Diepgen nach der Ableh*nung des von der AL gestellten und* von der SPD unterstützten Mißtrauensantrages. Doch eine „tickte" schon am Wochenende in der Landesausschußsitzung der Berliner Union. *CDU-Repräsentanten forderten den* Rücktritt von FDP-Umweltsenator Horst Vetter. Begründung: Er könne sich „als Belastung" für den Diepgen-Senat erweisen.

In der FDP wiederum gibt es Stimmen, die eher bei Diepgens Stellvertreter, Innensenator Heinrich Lummer, und Bausenator Klaus Franke (CDU) Rücktrittsgründe erkennen wollen. CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky verhinderte eine Abstimmung über eine Rücktrittsforderung an Vetter. Die Union solle sich hü*ten, sich in Belange des* Koalitionspartners einzumischen, erklärte er.

Vetter befindet sich in einer ausgesprochen mißlichen Lage, weil der inzwischen gegen eine Million Mark aus der Untersuchungshaft entlassene Bauunternehmer Kurt Franke von 50 000 Mark spricht, die an Vetter gezahlt worden seien. Vetter aber betonte mehrfach, nur 10 000 Mark erhalten und an die Partei weitergeleitet zu haben. Unklarheit besteht über angeblich Vetter betreffende Eintragungen in der der Staatsanwaltschaft vorliegenden „Kladde" Frankes.

Frankes Anwalt Niels Clemm, bekannt als Schiedsrichter in Wim Thoelkes „Der große Preis", erklärte öffentlich, es sei Vetters Sache, zu *beweisen, daß er kein Geld bekommen* hat. Morgen läuft die von Vetters Anwalt Franke eingeräumte Erklärungsfrist ab. Franke soll widerrufen, daß der FDP-Senator mehr als 10 000 *Mark erhalten habe.*

FDP-Kreise stoßen sich vor allem an der als „unmöglich" empfundenen Darstellung der gesamten Spenden-Aktion durch Vetter. „Ich weiß nicht, wie es von Dienstag an juristisch weitergeht", sagte FDP-Fraktionschef Rasch der WELT. Die FDP-Spitze habe jedenfalls „keinen Anlaß", an Vetters Bekundungen zu zweifeln.

An der FDP-Basis sieht es offensichtlich anders aus: Der Bezirksausschuß Wedding diskutiert heute über eine Rücktrittsforderung an Vetters Adresse. Im Gespräch ist in FDP-Kreisen auch schon, daß Vetter eines der beiden Bundestagsmandate für 1987 zur Verfügung stellen könne.

Bestimmte Kreise der FDP möchten auch Bausenator Klaus Franke (CDU), eine der starken innerparteilichen Stützen Diepgens, stärker in die Schußlinie rücken. Ihm wird angekreidet, die Anwendung baurechtlicher Ausnahmebestimungen zugunsten des Bauträgers Kurt Franke zugelassen zu haben.

Einer seiner Spitzenbeamten ist wegen des Verdachts der Bestechlichkeit von ihm suspendiert worden, nachdem dessen Name in der „Kladde" des Bauunternehmers gefunden wurde. Gegen Berlins obersten Bauaufsichtsbeamten, ebenfalls aus dem Hause des Bausenators, läuft ein Ermittlungsverfahren.

Zimmermanns Appell an Wiesbaden

DW. Bonn

Die WELT veröffentlicht Auszüge eines Briefes, in dem Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann den hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Ulrich Steger, auffordert, Sicherheitsmaßnahmen für die Hanauer Brennelemente-Fabrik Alkem nicht mehr zu blockieren.

„Sehr geehrter Herr Minister Dr. Steger,

der Stand der Genehmigungsverfahren bei den Hanauer Brennelementfabriken, insbesondere der Firma ALKEM, erfüllt mich zunehmend mit Sorge. Der Bundesgesetzgeber hat den Bestandsschutz der alten Umgangsgenehmigung von der Einleitung eines neuen Verfahrens abhängig gemacht. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die einer schnelleren Abwicklung dieses Verfahrens entgegenstanden, und teile nach wie vor Ihre Auffassung, wie Sie von Ihrem Hause vertreten wurde, nach der auch heute noch von einem Fortbestand der Genehmigung auszugeben ist. Zur 1. Teilgenehmigung für die Firma ALKEM hatte mein Haus Ihnen bereits im April 1985 eine positive bundesaufsichtliche Stellungnahme mitgeteilt. Nach meinen Informationen ist in dieser Frage spätestens seit Herbst 1985 Entscheidungsreife eingetreten. Ich gehe deshalb davon aus, daß die notwendige Entscheidung nunmehr unverzüglich getroffen wird.

Darüber hinaus hat mein Haus seit Jahren auf eine Verbringung des Chemiebereichs in den Bunker gedrängt. Insbesondere seit 1981 hat es dazu intensive Gespräche zwischen unse*ren Mitarbeitern gegeben, die zu einer* übereinstimmenden Festlegung der weiteren Verfahrensschritte unter ausdrücklicher Billigung der Leitungen beider Häuser geführt hat. Die Reaktor-Sicherheitskommission hatte in ihrer Stellungnahme vom 20. Februar 1980 zur Realisierung solcher Maßnahmen einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren als angemessen bezeichnet. Dementsprechend hat Ihr Haus in den Jahren 1983/84 durch fünf Bescheide an die Firma ALKEM der Verlegung von Chemieanlagen in das Spaltstofflager in mehreren Teilschritten zugestimmt. Bis heute fehlt aber die abschließende Zustimmung zur Verlegung des Chemiebereiches in den Bunker und deswegen ist die Verlegung des Chemiebereichs in den Bunker auch noch nicht abschließend durchgeführt. Auf der Grundlage der getroffenen Absprachen halte ich es für dringend geboten, daß diese bedeutsame sicherheitsgerichtete Maßnahme zügig realisiert wird. Mein Haus wird Ihnen in dieser Angelegenheit jede Unterstützung zukommen lassen. Die laufenden Ermittlungsverfahren, zu denen der Bundesminister des Innern Ihnen seine Auffassung wiederholt mitgeteilt hat, dürfen die unter sicherheitstechnischen Aspekten gebotenen Entscheidungen nicht verzögern."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wallmann tritt wieder gegen Börner an

Als hessischer CDU-Vorsitzender bestätigt / Stürmischer Beifall für Alfred Dregger

Nea. Niedernhausen

Daß die Delegierten der hessischen CDU den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann mit 97 Prozent der Stimmen wieder zum Landesvorsitzenden wählten, war fast eine Formalität. Wichtiger war auf diesem Parteitag im Taunusstädtchen Niedernhausen ein Vorgang, der gar nicht auf der Tagesordnung stand: Wallmann – ein Satz in seiner Rede und der ihm antwortende demonstrative Beifall bekräftigten es – wird auch 1987 bei der Landtagswahl wieder als Spitzenkandidat der Herausforderer von Ministerpräsident Holger Börner (SPD) sein.

Nach den in den letzten Tagen umlaufenden Gerüchten über Pläne des Kanzlers, den Frankfurter OB nun doch in sein Bonner Kabinett zu berufen, fiel den Delegierten offensichtlich ein Stein vom Herzen, als Wall*mann ihnen zurief: „Wenn die Partei* es will, bin ich bereit, mit aller Kraft um das Amt des Ministerpräsidenten unseres Hessenlandes zu kämpfen."

Diese klare Auskunft, verbunden mit den Empfindungen, das Parteitagslokal nur durch ein Spalier wütend vor allem gegen Wallmann demonstrierender Gewerkschaftsmitglieder betreten zu können, dämpfte bei den rund 430 CDU-Funktionären vermutlich auch das Bedürfnis nach einer kritischen Diskussion, für die es nach einer teilweise enttäuschenden Phase hessischer CDU-Landespolitik im Schatten der rot-grünen Koalition sicher Anlaß gegeben hätte. Wall*manns* Vorgänger im Amt des Vorsitzenden, der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger (stürmisch, fast ein wenig nostalgisch bejubelt), war der einzige, der sich zu Wort meldete und Wallmanns Bereitschaft zur erneuten Spitzenkandidatur ausdrücklich begrüßte. Wallmann selbst rechtfertigte später im Gespräch mit den Journalisten diesen Ablauf: „Wenn wir über Sachprobleme diskutieren, dann gründlich, das beweisen andere Parteitage. Wenn es um Wahlen geht, zeigen wir uns vor allem als geschlossene Partei."

Auch die übrigen Wahlen verliefen programmgemäß, wobei auffiel, daß das bei weitem beste Ergebnis (424 von 425 Stimmen) Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber als Präsidiumsmitglied erzielte. In seinem Rechenschaftsbericht hatte Wallmann Holger Börner als den „größten Täuschungspolitiker der Nachkriegszeit" kritisiert, der dringend abgelöst werden müsse, um Schaden vom Lande abzuwenden.

Dregger ging auch auf die Neue Heimat ein und betonte die Verpflichtung der Gewerkschaften als Eigentümer, bei einer Sanierung ihre Vermögenswerte mit einzubringen.

Spaniens König besucht auch Berlin

Gö. Madrid

König Juan Carlos I. von Spanien *und* seine Frau Königin Sophia werden am 24. Februar zu einem viertägigen Besuch in Bonn erwartet. Deutschland ist das erste Reiseziel des Monarchen nach dem EG-Beitritt Spaniens, für den sich Bonn seit Ende der fünfziger Jahre einsetzte. Der König wird dafür Bundeskanzler Kohl danken. Anschließend ist eine Visite bei den Ministerpräsidenten Rau und Strauß vorgesehen. Im VW-Werk Wolfsburg wird das Königspaar über die Zusammenarbeit mit Spaniens Automobilwerken Seat sprechen. Ein Blick über die Mauer in Berlin wird den Besuch abschließen.

Bischof Leich führt ‚DDR'-Kirchenbund

DW. Berlin

Der thüringische Landesbischof Werner Leich ist auf der Synode in Ost-Berlin zum neuen Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der „DDR" gewählt worden. Der 59jährige Bischof löst den bisherigen Amtsinhaber, den sächsischen Bischof Johannes Hempel, ab, der seit Ende 1982 an der Spitze der „DDR"-Kirchen stand. Die Konferenz der Kirchenleitungen am Rande der Synode wählte den Magdeburger Bischof Demke und den Berliner Konsistorialpräsidenten Stolpe zu den Stellvertretern Leichs, der seit 1978 die thüringische Landeskirche führt.

„Schily verleumdet den Bundeskanzler"

rtr, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Schily, betreibt nach Ansicht von Regierungssprecher Ost eine Verleumdungskampagne gegen Bundeskanzler Kohl. Ost reagierte auf einen Bericht des Nachrichten*magazins* „Der Spiegel", wonach Schily Strafanzeige gegen Kohl erstattet hat „wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage" in der Flick-Affäre. Dabei gehe es Schily offensichtlich darum, so Ost, seine Aktion gegen den Bundeskanzler über den Untersuchungsausschuß hinaus zu verlängern, obwohl dieser keinerlei Beschuldigungen gegen Kohl erhebe.



Hans-Jochen Vogel wird heute 60 Jahre alt FOTO: SVEN SIMON

Ein Kopfarbeiter mit dem Drang zur Perfektion

Von PETER PHILIPPS

Horst Ehmke, fix wie eh und je, war der erste: Er gratulierte bereits am Freitag Hans-Jochen Vogel, dessen „pädagogischer Ehrgeiz, der Fraktion administrative Effizienz beizubringen, mit dem pädagogischen Eros der Fraktion, aus Jochen Vogel einen richtigen Parlamentarier zu machen, (inzwischen) eine glückliche Verbindung eingegangen" sei. Der Fraktionsvorsitzende und SPD-Parteivize wird heute 60 Jahre alt und in der Bonner „Baracke" mit einem Empfang geehrt.

Besser, als mancher Versuch Außenstehender, beschreibt schon der Tagesablauf des heutigen Montags *diesen Mann: Obwohl er sein sechstes* Lebens-Dezenium vollendet, erlaubt ihm die Selbstdisziplin keinen Müßiggang. Punkt acht Uhr wird er spätestens an seinem Schreibtisch im ersten Stock des Bundeshauses sitzen. „Der Lebensstil, den man jetzt so über Jahrzehnte hinweg praktiziert", hat er einmal selbst gesagt, „der führt natürlich auch zu gewissen Verengungen und Verhaltensweisen, aus denen man schwer herauskommt."

Er ist kein Epikuräer, wie Parteichef Willy Brandt – auch wenn er durchaus genießen kann. Er versucht auch nicht, den Bonvivant darzustellen, wie sein jüngerer Bruder Bernhard – auch wenn er alles andere als der trockene Pedant und „Oberlehrer" (Wischnewski) sein kann, als der er gerade wieder zum Gespött karnevalistischer Büttenrede gemacht wird. Schließlich hätte er sonst nicht in direkter Wahl als Münchner Oberbürgermeister von einer bajuwarischen Bevölkerung auf CSU-Ergebnisse getragen werden können.

Hans-Jochen Vogel hat sich vielmehr, als er aus dem kommunalen Bereich in die staatsmännischen Sphären eines Bundesbau-, und -justizministers, Berliner Regierenden Bürgermeisters, Kanzlerkandidaten und Bonner Oppositionsführers aufgebrochen war, durch eigene Vorgaben dazu entschieden, solche menschlichen Regungen ebenso wie seinen inzwischen vor der Öffentlichkeit fast perfekt verborgenen, aber unverändert vorhandenen Humor nur noch privatim auszuleben. Dienstlich – und dies ist fast jede Minute des Tages – gilt für ihn das *Leitbild der absoluten, nicht nur persönlichen Perfektion.*

Er selbst beschreibt dies so: „Ich habe eine sehr große Liebe zum Detail." Und: „Man merkt, daß man sich mit einem übermäßigen Perfektionsdrang in Nebensächlichkeiten erschöpft und verausgabt, und das ist mir dann eine Lehre – obwohl ich nicht leugne, daß mir Sachen Spaß machen, die funktionieren, die schlüssig und rundum in Ordnung sind." Dies hat dazu geführt, daß er in der SPD heute fast eine moralische Institution ist, *eine Integrationsfigur* wie Brandt – wenn auch auf eine gänzlich andere Art. Aber das Ergebnis einer solchen Lebensauffassung ist eben auch, daß zwischen Oppositionsführer und Kanzler das Gespräch fast unmöglich ist. Und, daß er mit seinen manchmal penetranten Detailfragen Lebenskünstler wie Wischnewski so zur Weißglut reizen kann, daß sie mit öffentlichem Getöse der Partei, eigentlich aber ihm, alles vor die Füße werfen.

Hans-Jochen Vogel macht Politik nicht aus dem Bauch heraus, sondern als Klassen-Primus und Einser-Jurist vom Intellekt her. So hat er denn auch beschlossen, seine politische Zukunftsaufgabe darin zu sehen, die Lücke zu schließen, die Herbert Wehners Abtritt in der SPD gerissen hat. Im Drang nach Perfektion ist er gerade in der Gefahr, dabei vor allem auch die Bärbeißigkeit *mitzuübernehmen.*

Wer das Glück hat, ihn privat zu erleben – und seine liebenswürdig-selbstbewußte Ehefrau Liselotte, die im Verborgenen eine so wichtige Rolle spielt –, der kennt einen anderen Mann, einen, der mit dem allseits bekannten nur wenig gemein hat. Der hat ihn erlebt, wenn er persönliche Empfindsamkeit etwa über die Vorgänge in der Wahlheimat Berlin zeigt, wenn er die italienische Küche genießt, sich an bunteren Vögeln erfreut oder sich einfach zu fortgeschrittener Stunde zurücklehnt und das Lied vom Wildschütz Jennerwein singt: „Ein stolzer Schütz in seinen schönsten Jahahren, er wurde weggeputzt von dieser *Welt* . . ." *Auch* Alfred Dregger muß ihn ähnlich erlebt haben, sonst hätte er nicht seinem heutigen Widerpart, „dem Studienfreund zur Erinnerung an die Marburger Jahre", so warmherzig gratuliert.

Von MANFRED SCHREIBER

Professor Manfred Schreiber zur Situation der Opfer von Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland

Kalte Enteignung zugunsten der Rücksichtslosen

Etwa 20 Millionen Straftaten in den letzten fünf Jahren haben ebenso viele Opfer hinterlassen. Die Kriminalität bedroht vor allem die Schwächeren. Experten schätzen den Schaden, der durch Verbrechen verursacht wird, auf 150 Milliarden Mark. Der Ministerialdirektor im Bonner Innenministerium, Professor Manfred Schreiber, stellt in einem zweiteiligen Beitrag für die WELT die Frage: Was wird aus den Opfern von Straftaten ?



Professor Manfred Schreiber FOTO: SVEN SIMON

Ein Mann sieht rot: Der siebenunddreißig Jahre alte, schüchterne Elektroniker Bernhard Hugo Goetz feuert zwei Tage vor dem Weihnachtsfest 1984 in der New Yorker U-Bahn auf vier farbige Jugendliche, die ihm mit scharf geschliffenen Schraubenziehern Wegezoll abverlangen. Alle sind vorbestraft und nach dem offenen Geständnis eines unter ihnen auf dem Weg zu Straftaten. Wenige Tage später stellt Goetz sich den Justizbehörden.

Aufsehen erregte nicht der versuchte Raub. Die achtzig Jahre alte New Yorker U-Bahn mit ihren sechstausend verwahrlosten und meist unbewachten Wagen ist Tatort zahlloser Verbrechen: *1984* wurden etwa zwei Dutzend Frauen vor den übrigen Passagieren vergewaltigt, die Polizei registrierte in der Röhre etwa sechstausend Raubüberfälle und ca. achttausend weitere Straftaten; mehr als 4500 gelegte Brände mußten gelöscht werden.

Schlimme Verhältnisse – nicht viel aber vor der Kriminalität Gesamt-New-Yorks mit jährlich ca. 3500 Vergewaltigungen, ca. 45 000 tätlichen Angriffen, ca. 70 000 Raubüberfällen, ca. 90 000 Autodiebstählen und ca. 120 000 schweren Einbrüchen. Grund genug, daß einen nicht nur der „Underground" das Fürchten lehrt, sondern die gesamte Stadt.

Aufsehen erregte also nicht die versuchte *Beraubung des Goetz; für* Schlagzeilen sorgte, daß ein Mann zurückgeschlagen, im konkreten Fall: zurückgeschossen hat. Waschkorbweise versicherten ihm New *Yorker Bürger ihre Sympathie,* der Fall füllte wochenlang die Leserbriefspalten. Wie konnte es zu so einer Stimmung kommen? Im Winter 1984/1985 beschrieb der Politikwissenschaftler J. O. Wilsen von der Harvard-Universität die Lage: „In New York gibt es in Law-and-Order-Fragen keine Liberalen mehr. Alle Liberalen sind bereits einmal überfallen und ausgeraubt worden."

Nach meiner persönlichen Wahrnehmung sind bereits Alltagsgespräche von Verbrechensfurcht geprägt. Kein Wunder in einer Stadt, in der täglich etwa fünf Menschen umgebracht werden. Sicherheit ist wichtigstes Kriterium für die Wohnungswahl. Wenigstens einen „doorman" rund um die Uhr sollte die Wohnanlage schon haben, drei Schlösser an der Eingangstür sind Standard, Videoanlagen auf Fluren und in allen Gemeinschaftsräumen. Spiegel an unübersichtlichen Ecken haben schon manchen vor unliebsamer Überraschung bewahrt. In bestimmten Stadtvierteln verschwindet ein nicht angekettetes Fahrrad noch vor Ihren Augen. Tragen Sie keinen Schmuck, allenfalls Billiguhren! Andererseits: Mindestens zehn oder zwanzig Dollar Opfergeld für einen „mugger" (Straßenräuber) sollten Sie schon bei sich haben, sonst riskieren Sie Ihr Leben wegen „nichts". Vor diesem Hintergrund erinnern sich die Bürger New Yorks der Pionierzeiten, als jeder mit rauchendem Colt sein Leben und seine Habe verteidigte. In dieser Stimmung wurde der unscheinbare Bernhard Hugo Goetz zum Volkshelden.

Was geht uns New York an? Bei uns schießen weder die tatsächlichen noch die potentiellen Opfer „Breitseiten" ab. In der Bundesrepublik sind wir noch auf der Ebene des Unmuts, wenn wir immer wieder von schweren Straftaten in Hafturlauben oder Bewährungszeiten durch falsche Entscheidungen vertrauensseliger Mitarbeiter hören; es belastet vor allem die Polizei, wenn sie Straftäter mehrfach suchen und wieder dingfest machen muß.

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. So nimmt es nicht wunder, daß der Bundeskanzler bei der Eröffnung des 55. Deutschen Juristentags in Hamburg am 25. September 1984 feststellte, es sei an der Zeit, im Strafverfahrensrecht endlich auch dem Opfer von Straftaten gebührend Aufmerksamkeit zu widmen: „Ich meine, hier gilt es um der Gerechtigkeit und des Rechtsfriedens willen Maßstäbe zurechtzurükken: Nicht der Straftäter ist das Opfer, Opfer ist der vom Straftäter in seinen Rechten körperlich, seelisch oder materiell verletzte Mitbürger." Die Straftat sei durch die Strafe allein, wenn sie denn erfolge, nicht abgegolten.

Der Leser erinnert sich noch an den Berliner Prozeß (1985), in dessen Mittelpunkt – man möchte beinahe sagen: als Beschuldigte und dadurch erneutes Opfer – eine von zwei Kollegen vergewaltigte und sexuell genötigte Ärztin stand. Nach ihren Erfahrungen in der qualvollen Hauptverhandlung kam auch die deutsche Fachpresse dem Opfer zu Hilfe. Namhafte Gelehrte wie z. B. die Professoren Dahs, Geerds, Heike Jung, Kube, Rieß u. a. griffen das Thema einer notwendigen Besserstellung des Verletzten auf, hohe Richter vom BGH wie Reinhard Granderath und Lutz Meyer-Goßner stellten die Frage nach dem Opferschutz (totes Recht?). Rechtspolitiker wie der bayerische Staatsminister der Justiz August Lang griffen das Thema auf.

Der 55. Deutsche Juristentag 1984 ließ über 103 Einzelvorschläge zur Verbesserung der Opferstellung u. a. zu den Themen Schutzrechte des Verletzten, Beteiligungsrecht des Verletzten, Ausgleich zwischen Verletztem und Beschuldigtem abstimmen. In der Literatur wurde das Problem aufgegriffen; der Erstlingsroman „Das Opfer" von Fritz H. Dinkelmann beginnt mit den Worten: „Sehr geehrter Herr Lampart, Sie haben meinen Mann getötet. Darüber möchte ich mit Ihnen reden. Christa Dahinden."

Gerichtsberichterstatter zeigten ei*ner in Bewegung kommenden Öf*fentlichkeit, daß in vielen Prozessen eher dem Opfer „der Prozeß gemacht" werde als dem Täter. Kriminalität bedroht vor allem die Schwächeren. In bisher nicht gekanntem Umfang ist eine breite Viktimisierung der Bevölkerung im Gange. Hieraus könnte sogar eine neue soziale Frage erwachsen: Etwa zwanzig Millionen Straftaten in den letzten fünf Jahren haben – Dunkelziffer und „opferlose" Straftaten pauschal gegeneinander aufgehoben – ebensoviele Opfer hinterlassen, und es sind nicht die Stärksten, die es trifft. Eine seriöse *Schätzung* des *Landespolizeipräsidenten* von Baden-Württemberg, Dr. Stümper, rechnet den Schaden aus Kriminalität auf fast zehn Prozent unseres gesamten Bruttosozialprodukts *hoch,* rund *150 Milliarden* Mark. Eine kalte Enteignung, eine gigantische Umverteilung zugunsten der Rücksichtslosen.

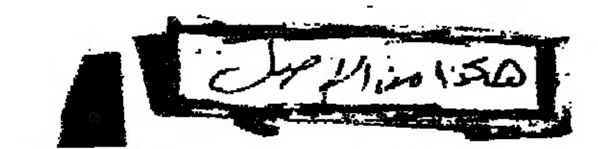
Allein dieses Volumen an Rechtsbruch erschüttert unseren Rechtsstaat; Lebenschancen werden gemindert oder entzogen, und das alles massenhaft. Opfer einer Straftat zu werden und keine befriedigende Aufarbeitung dieses Einbruchs in die eigene Friedenssphäre zu erfahren, höhlt das Rechtsbewußtsein des Opfers ganz erheblich aus – der Täter hat ja sowieso keines. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit dem Rechtsbruch umgeht, bildet das Rechtsbewußtsein der Allgemeinheit fort.

Es gibt keine Alternative zu dem Strafvollzugsziel „Resozialisierung"; Strafziel aber ist nicht in erster und alleiniger Linie Resozialisierung, sondern der gerechte Schuldausgleich. Der „Weiße Ring" hat nun dem Bundeskanzler einen Bericht zur Lage der Kriminalitätsopfer unter der zutreffenden Bezeichnung „Schuldlos im Abseits" vorgelegt. Dieser gemeinnützige Verein hat in den zehn Jahren seines Bestehens inzwischen 23 000 Mitglieder gefunden und bis 1984 vielen Gewaltopfern mehr als 16 Millionen Mark zugewendet. Aus einem Volumen von jährlich etwa hunderttausend Gewaltopfern ergaben sich mehr als dreitausend *Unterstützungsfälle* – das aufgedeckte Leid ist erschütternd: bleibende Gesundheitsschäden bei jedem vierten Opfer, 80 Prozent sind von Langzeitfolgen betrof*fen, sozialer Abstieg ist die Regel.* 62 Prozent der Unterstützungsempfänger sind weiblich; irgendwie dokumentiert auch das die Diskriminierung der Frauen. 30,7 Prozent verdienten weniger als 1000 Mark im Monat, weitere 39 Prozent weniger als 3000 Mark im Monat.

Diese Bundesregierung geht bei *der Aufarbeitung des Rechtsbruchs* von der Gleichgewichtigkeit dreier Ebenen aus: Die Tat muß verhindert, falls das nicht gelingt, aufgeklärt werden. Der Täter muß zur Verantwortung gezogen werden; er muß auch lernen, ein Leben ohne Straftaten führen zu können und zu wollen. *Das Opfer aber soll entschädigt und* versöhnt werden. In dieser Trias ist der Verletzte durch die historische Entwicklung des Strafverfahrens in eine Randposition abgedrängt worden.

Erst allmählich hat sich die *Erkenntnis* durchgesetzt, daß die Opfer einer stärkeren Zuwendung bedürfen und ein staatliches Strafverfahren seine friedenssichernde Aufgabe *nur erfüllen kann,* wenn es das Opfer ernster nimmt. Ein 1976 geschaffenes Opferentschädigungsgesetz wurde kürzlich mit Änderungsgesetz vom Dezember 1984 reformiert: Nunmehr erhalten auch die Personen, die seit der Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 bis zum Inkrafttreten des Opferentschädigungsgesetzes am 15. Mai 1976 durch Gewalttaten geschädigt wurden, einen Versorgungsanspruch.

Morgen lesen Sie: Die Reformpläne der Bundesregierung und weitere *Überlegungen* zur Verbesserung der Situation der Opfer von Straftaten.



Der Jurist Walter Remmers und der Mediziner Hermann Pohlmeier zur Diskussion um „Tötung auf Verlangen"

Arzt – Herr über Leben und Tod?

Von WALTER REMMERS

Nach unserer Rechtsordnung ist die Tötung eines anderen Menschen, auch wenn er ausdrücklich und ernsthaft seinen Tod verlangt, strafwürdiges Unrecht. Diese Bewertung ist in letzter Zeit wieder in Frage gestellt, ja der Inhumanität geziehen worden. Ist es nicht ein Akt der Barmherzigkeit, der Mitmenschlichkeit – so wird gefragt –, daß der Arzt seinen unheilbar leidenen Patienten auf dessen eigenen, dringlichen Wunsch „erlösen" darf, um ihm einen länger anhaltenden, schweren Krankheitsprozeß zu ersparen? Welchen Sinn kann es haben, diesem Menschen, der sich selbst und seiner Umgebung nur noch eine unerträgliche Last zu sein scheint, die Selbstbestimmung über sein Lebensende zu versagen, wenn er seine Entscheidung zum Tode durch seinen Arzt vollziehen lassen will?

Wir müssen zunächst einige Unterscheidungen machen: Der Patient ist selbstverständlich berechtigt, eine weitere Heilbehandlung abzulehnen und damit dem zum Tod führenden Geschehen seinen Lauf zu lassen. Der Arzt muß das respektieren. Seine Behandlungspflicht endet auch gegenüber einem nicht mehr voll entscheidungsfähigen Patienten, wenn es dessen mutmaßlichem Willen entsprechen dürfte, von weiteren, sinnlosen Behandlungsversuchen verschont zu bleiben, die sein Leben nicht mehr erhalten, sondern nur noch das Sterbegeschehen verlängern können. In beiden Situationen hält man den Arzt ferner für berechtigt, schmerzlindernde Mittel im Endstadium einer unheilbaren Krankheit auch dann zu geben, wenn sie als ungewollte, aber nicht vermeidbare Nebenfolge den Eintritt des Todes beschleunigen.

Etwas grundsätzlich anderes ist es aber, wenn der Arzt seinem Patienten ein totbringendes Mittel mit dem Ziel verabreicht, sein Leben zu beenden. Das ist eine Tötungshandlung, der Täter verfügt über fremdes Leben. Darin liegt der zureichende Grund der Strafandrohung auch im Falle einverständlicher Tötung.

Welche Folgen hätte die Aufhebung oder Einschränkung der Strafvorschrift des Paragraphen 216 des Strafgesetzbuches: Der Arzt ist Kraft seines Berufes verpflichtet, Leben und Gesundheit seiner Patienten zu erhalten. Die Beseitigung der Strafvorschrift würde diesen Auftrag an sich nicht außer Kraft setzen, sie würde nicht bedeuten, daß der Arzt einem Todesverlangen seines Patienten entsprechen müßte. Der Patient seinerseits erhielte kein Recht auf ärztliche Maßnahmen zur Beendigung seines Lebens. Gleichwohl wird aber die Vorstellung Raum gewinnen, daß – wer den Tod fordert – doch nichts Verbotenes beansprucht. Dann kann für den Arzt das Verlangen des Leiden, ihm den Tod zu geben, in der konkreten Situation bedrängend werden. Was nicht verboten ist, kann für ihn zu dem werden, wozu er sich in einer schweren Konfliktlage verpflichtet glaubt. Die Beseitigung des strafrechtlichen Unwerturteils kann dazu führen, daß sich Alte und Kranke dem Druck ausgesetzt fühlen, ihre Angehörigen, ihre Pflegehilfen von einem nur noch als Belastung empfundenen Leben zu befreien. So entstehen Zwänge, unter denen Patient und Arzt bald tun müssen, was sie tun dürfen: von einem Mitmenschen den Tod fordern, das Leben des Mitmenschen auslöschen.

*Die Rechtsordnung muß von ihrer zentra*len rechtsstaatlichen Aufgabe ausgehen, die Sicherheit aller Bürger zu gewährleisten. Wer sich in die Behandlung eines Arztes, eines Krankenhauses begibt, muß sicher sein, daß sein Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach allen Regeln ärztlicher Kunst gewahrt bleibt. Die Strafvorschrift dokumentiert dieses elementare Sicherheitsbedürfnis. Sie entspricht auch der klaren Definition der Arztrolle in unserer Gesellschaft. Er ist dazu da, Gesundheit und Leben seiner Patienten zu erhalten und zu fördern. Diese berufsethische Position und ihre moralische Integrität vertragen keine Zweifel, keine Unsicherheiten. Darauf beruht das Vertrauen des Patienten zu seinem Arzt. Die Rechtsordnung darf deshalb den Arzt nicht zum unbeschränkten und unkontrollierbaren Herrn über Leben und Tod seines Patienten machen.

Deshalb müßte die Rechtsordnung, wenn sie die einverständliche Tötung unter bestimmten Umständen erlauben wollte, die Voraussetzungen genau bestimmen und deren Kontrolle sicherstellen. Wie wäre beispielsweise das Stadium eines Krankheitsverlaufs, die vorausgesetzte Diagnose und Prognose rechtlich festzulegen, bei deren Eintritt die Tötung zugelassen sein soll? Welche Intention, welcher integeren Motivation müßte die Tötungshandlung entspringen, wie könnte sie festgestellt werden, ja wäre der Arzt überhaupt selbst in der Lage, sich in einer derartigen Grenzsituation über die denkbaren Triebkräfte seines Handelns zuverlässig Rechenschaft abzulegen? Überragende rechtliche Bedeutung müßte ferner der eindeutigen Feststellung der Entscheidungsfreiheit des Patienten und seines eindeutigen, höchstpersönlichen Sterbewillens zukommen. Menschen haben den Willen zu leben, und zwar nach aller Erfahrung – dem Gesunden vielleicht unverständlich – auch und besonders Kranke und Sterbende. Mit dem Krankheitsverlauf können psychische Veränderungen verbunden sein, die eine frei verantwortliche, persönliche Entscheidung zum Tode in Frage stellen. Die Möglichkeiten mißbräuchlicher Einwirkung aus der Umgebung des Kranken auf seine Motivation müßten berücksichtigt werden.

Wie verstehen wir aber überhaupt die auf einen Todeswunsch hindeutenden Äußerungen eines schwerkranken, seelisch lei*denden Menschen richtig? Nach ärztlicher* Erfahrung handelt es sich in aller Regel um einen Ruf nach besserer Hilfe, nach menschlicher Zuwendung. Für den gesunden, noch im Leben stehenden Menschen gibt es hier anscheinend Verstehensgrenzen, die zu Fehlbeurteilungen führen können. Viktor von Weizsäcker hat Krankheit als verzerrte, deutungsbedürftige Organsprache erklärt. Was die Psyche nicht sagen kann oder darf, schreit das Organ heraus. Der Theologe Manfred Seitz hat kürzlich die anthropologischen Grunderfahrungen des Kranken beschrieben – die Erfahrung der Einzigartigkeit des ihm Zugestoßenen, seine daraus resultierende Einsamkeit, seine Sprachlosigkeit vor der tiefsten Betroffenheit durch „namenloses" Leid. Diese Erfahrungen verschärfen sich in der Todesnähe. Der Sterbende wird immer mehr ein anderer, dem wir lieber aus dem Wege gehen, vor dem wir uns vielleicht fürchten. Seiner letzten Einsamkeit korrespondiert aber die Erfahrung letzter Hilfsbedürftigkeit, letzter Angewiesenheit auf den Nächsten. Sollte also – wie aus dem klinischen Bereich vielfach belegt – das Todesverlangen ein verzerrter, ein zu entschlüsselnder Appell an unsere mitmenschliche Nähe und Bereitschaft sein, die letzte Last des Lebens, des Sterbens mitzutragen? So wäre dann die tödliche Injektion das letzte, das totale Mißverständnis. Es könnte das Verhältnis des Patienten zu seinem Arzt in eine grundlegende Vertrauenskrise stürzen, die den Kranken, den Sterbenden – schon bevor er den leiblichen Tod erfährt – endgültig des Mitmenschen beraubt, zum Schweigen verdammt. Die Gefährdungen und Unsicherheiten, denen eine verläßliche Definition der Voraussetzungen erlaubter einverständlicher Tötung und ihre notwendige Kontrolle begegnen, könnten allenfalls durch verfahrensrechtliche Sicherungen einigermaßen ausgeglichen werden. Das aber würde bedeuten, daß unter staatlicher Verantwortung Einrichtungen – „Tötungskliniken" – zur Prüfung und zum Vollzug gerechtfertigter Lebensvernichtung geschaffen würden. Der Kranke wäre den formellen Verfahren der Beurkundung seiner wirklichen oder vermeintlichen Entscheidung zum Tode ausgeliefert – wahrhaft ein Szenarium der Inhumanität.

Man sagt: um das Leiden zu nehmen, aber entlastet man sich damit nicht zugleich von der Person? Staatlich verantwortete Institutionen würden sich anmaßen, über das Leben, über das Unwiederbringliche und Unverfügbare des Menschen zu urteilen und zu verfügen. Das Grundgesetz erklärt die Würde des Menschen für unantastbar. Sie ist nach unserer Rechtsordnung ein höchster, dem Menschen unverfügbar zukommender Wert. *Grundsätzlich* unverfügbar *ist* deshalb auch die leibliche Basis der Menschenwürde, das menschliche Leben. Der verfassungsrechtliche Maßstab der Würde des Menschen steht in einer vorstaatlichen, überpositiven Geistestradition, in der sich Christentum, abendländische humanistische Überlieferungen und soziale Freiheitsbewegungen verbunden haben. Die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen wirken fort in der Auslegung einer Verfassungsnorm, die in Leben und Würde des Menschen unverfügbare Eigenwerte sieht, und deren Menschenbild alle rationalen Maßstäbe weit hinter sich läßt, nach denen menschliche Qualitäten gemeinhin beurteilt werden. Deshalb ist auch die Würde des geistig *und körperlich hinfälligen Menschen, so* schwer er gezeichnet sein mag, um nichts gemindert. Sie verdankt ihre Unantastbarkeit nicht einem nach verstandesmäßigen Maßstäben bewerteten Erscheinungsbild, nicht Gesichtspunkten der Leistung, der Nützlichkeit oder sonst beliebiger Zweckmäßigkeit. Worauf gründet dieses Menschenbild des Grundgesetzes? Daß dem Menschen, und nur ihm, aus sich selbst heraus unter allen Bedingungen seiner Existenz Würde zukommt, erscheint zwar bei realistischer Betrachtung rational schwer nachvollziehbar. Dies ist ja auch keineswegs selbstverständliches Gemeingut aller irdischen Staatsordnungen. Der aus den biblischen Quellen abgeleitete Befund ist ein anderer: Der Mensch besitzt eine fremdartige Würde und Subjektqualität, die darin gründet, daß er von Gott geliebt und deshalb nicht ungestraft angerührt werden darf, nicht zum bloßen Objekt herabgewürdigt werden darf. Dem Grundgesetz liegt, wie das Bundesverfassungsgericht bereits früh ausgesprochen hat, die Vorstellung zugrunde, daß der Mensch in der Schöpfungsordnung einen eigenen, selbständigen Wert besitzt, der die unbedingte Achtung vor dem Leben jedes einzelnen Menschen, auch vor dem scheinbar sozial „Wertlosen", unabdingbar fordert, und der es deshalb ausschließt, solches Leben ohne rechtfertigenden Grund zu vernichten.

Diese Grundentscheidung der Verfassung bestimmt Gestaltung und Auslegung der gesamten Rechtsordnung. Das umfassende Verbot der Fremdtötung, das unser Strafgesetzbuch aufstellt, dient dem lückenlosen Schutz des menschlichen Lebens. Der Staat hat diese Schutzpflicht mit großer Sorgfalt zu erfüllen. Jedes Abrücken schwächt die bewußtseinsbildende Kraft des strafrechtlichen Tötungsverbots, es läßt weitere Schritte in unser Blickfeld geraten, die zu Vorstellungen zurückführen können, die dem Gedankenkreis der Vernichtung „lebensunwerten" Lebens nahekommen. Demgegenüber haben wir den unabdingbaren Auftrag zu vertreten, alle Möglichkeiten mitmenschlichen Bemühens um den Kranken, den Sterbenden auszuschöpfen.



Walter Remmers, Justizminister in Niedersachsen FOTO: DPA

Die Notwendigkeit, das Vertrauen des Patienten zu seinem Arzt zu schützen, läßt es nach Überzeugung von Walter Remmers nicht zu, dem Mediziner die „Tötung auf Verlangen" zu erlauben. Die Rechtsordnung dürfe den Arzt deshalb nicht zum unbeschränkten und unkontrollierbaren Herrn über Leben und Tod seines Patienten machen. Professor Hermann Pohlmeier lehnt, wie auch Remmers, eine Gesetzesänderung ab. Aber er kann sich Konfliktsituationen vorstellen, in denen der Arzt es mit seinem Gewissen nicht anders vereinbaren kann, als einem Tötungsverlangen zu entsprechen. Der Mediziner sei nach den Richtlinien der Bundesärztekammer zur Sterbehilfe nicht verpflichtet, Leben „unter allen Umständen" zu verlängern.

Professor Hermann Pohlmeier von der Universität Göttingen FOTO: DIE WELT

Patientenwille – Oberstes Gebot

Von HERMANN POHLMEIER

Die Diskussion über Sterbehilfe wird in der Fachwelt und in der Öffentlichkeit gegenwärtig sehr intensiv geführt. Die Sachlichkeit der Diskussion läßt oft in beiden Bereichen zu wünschen übrig. Das liegt u. a. daran, daß sich verständlicherweise immer wieder unkontrollierte Gefühle in die rationale Bearbeitung des Themas einmischen. Darüber hinaus ist es erschreckend, wie groß der Informationsmangel ist und die Unkenntnis über den Begriff Sterbehilfe sowie andere Begriffe, die davon zu unterscheiden sind. Es ist daher dringend notwendig, die Begriffe zu klären und dadurch Voraussetzungen zu schaffen, Stellungnahmen zu ermöglichen.

Sterbehilfe leistet jeder Mensch, der einem Sterbenden beisteht, ihn nicht allein läßt, ihn pflegt, ihm die Hand hält, mit ihm spricht und schließlich nach dem Tod die Augen zudrückt. Es ist falsch, Sterbehilfe gleichzusetzen mit Gnadentod und Euthanasie. Dies sind lediglich Sonderformen der Sterbehilfe, die Menschen untereinander leisten und zu der sie sich untereinander verpflichtet fühlen. Ebenso falsch ist es, Sterbehilfe und die Sonderformen Gnadentod und Euthanasie in Verbindung zu bringen mit der T4-Aktion von Hitler 1939.

Die T4-Aktion, benannt nach dem Amtsgelände in der Tiergartenallee 4 in Berlin, in dem die Aktion vorbereitet wurde, ermächtigte namentlich bestimmte Ärzte dazu, sogenannten unheilbar Kranken den „Gnadentod" zu gewähren. Dieser Aktion sind nahezu 100 000, meist psychiatrische Patienten, zum Opfer gefallen. Es war dies kein Gnadentod, sondern Mord, durch den dem Naziregime unliebsame Gruppen vernichtet werden sollten.

Euthanasie heißt „guter Tod". Es geht zunächst um den Wunsch gut zu sterben und um den Wunsch, den anderen gut sterben zu lassen. Es wird unterschieden zwischen passiver Euthanasie und aktiver Euthanasie. Passive Euthanasie nimmt den Tod billigend in Kauf, aktive Euthanasie hat den Tod zum Ziele. Passive Euthanasie wird von Ärzten befürwortet und ausgeübt. Es geht um die Fälle von todkranken Patienten, die unerträgliche Schmerzen haben. Die meisten Ärzte geben in solchen Fällen Schmerzmittel in einer Stärke, daß die Schmerzen auf jeden Fall gelindert werden, auch wenn dadurch das Leben verkürzt wird. Auch haben viele Ärzte keine Bedenken bei sogenannten terminalen Zuständen, nicht mehr alle Möglichkeiten zur Lebensverlängerung auszuschöpfen, sondern den Patienten sterben zu lassen und hochkomplizierte Methoden der technischen Medizin nicht mehr einzusetzen.

Aktive Euthanasie wird von den meisten Ärzten nicht befürwortet und auch nicht ausgeübt. Es gibt kaum einen Arzt, der sich die Entscheidung anmaßt, dieses Leben eines Menschen sei nicht mehr lebenswert und er werde diesem Leben gegen den Willen der Angehörigen ein Ende machen. Die Diskussion um Sterbehilfe, aktive Euthanasie und passive Euthanasie wird gegenwärtig sachlicher geführt als früher, weil einmal allmählich die Trennung dieses Problembereichs von der Mordaktion Hitlers sich im öffentlichen Bewußtsein durchsetzt.

Darüber hinaus hat vor etwa fünf Jahren der Deutsche Ärztetag Richtlinien zur Sterbehilfe verabschiedet, die dann von der Bundesärztekammer veröffentlicht worden sind. Diese Richtlinien, die sich an sehr ähnlichen der schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften anlehnen, verpflichten ganz eindeutig den Arzt zur Sterbehilfe im weiteren Sinne und sprechen ausdrücklich aus, daß der Arzt nicht dazu verpflichtet ist, Leben unter allen Umständen zu verlängern.

Weiterer gedruckter Bestandteil dieser Richtlinien ist, daß der Wille des Patienten oberstes Gebot ist und daß letztlich der Arzt nach seinem Gewissen in Konfliktsituationen entscheiden muß. In diesen Richtlinien zur Sterbehilfe ist auch klar zum Ausdruck gebracht, daß aktive Euthanasie rechtswidrig und standeswidrig ist. Nach geltendem Recht erfüllt aktive Euthanasie den Straftatbestand des Totschlags, und nach ungeschriebenem Standesrecht der Ärzte widerspricht aktive Euthanasie dem Auftrag des Arztes, zu heilen und zu helfen und beim Sterben zu begleiten.

Es wäre wünschenswert, daß die gedruckten Richtlinien zur Sterbehilfe der Bundesärztekammer weitere Verbreitung fänden und von der Fachwelt und der Öffentlichkeit mehr zur Kenntnis genommen würden. Manchmal wird in der Diskussion erkennbar, daß diese sehr weitreichenden Richtlinien zur Sterbehilfe gar nicht bekannt sind.

Verwirrt wird die Diskussion durch die Problematik der Tötung auf Verlangen und der Beihilfe zum Selbstmord. Tötung auf Verlangen ist nach Paragraph 216 StGB verboten und muß auch unter allen Umständen verboten bleiben. Es handelt sich darum, daß ein Patient bei vollem Bewußtsein und im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte einen anderen bittet, ihm den Tod zu gewähren, weil er selbst nicht mehr dazu in der Lage ist, sich den Tod selbst zu geben.

Die Tötung auf Verlangen ist rechtswidrig, aber nicht unbedingt unärztlich. Es ist eine Konfliktsituation denkbar, daß ein Patient den Arzt nach aller reiflichen Überlegung und Abwägung bittet, ihm den Tod zu geben, und daß der Arzt es mit seinem Gewissen nicht anders vereinbaren kann, als dieser Bitte zu entsprechen. Es ist möglich, daß der Arzt vor dem freien Willen des Patienten und seiner Menschenwürde den Respekt glaubt aufbringen zu müssen, daß er der Tötung auf Verlangen nachkommt. Der Arzt muß sich dann bewußt sein, daß er gegen das Gesetz verstößt, und sein Handeln vor Gericht verantworten.

Es ist für den Richter möglich, ein Urteil zu fällen etwa nach der Figur des übergesetzlichen Notstandes, d. h., einen Freispruch damit zu begründen, daß es dem Arzt in dieser Situation nicht anders zuzumuten war, als nach seinem Gewissen zu handeln und der Tötung auf Verlangen nachzugeben.

Die Beihilfe zum Selbstmord ist von der Tötung auf Verlangen zu unterscheiden. Beihilfe zum Selbstmord ist nach deutschem Recht nicht strafbar. Sie besteht darin, daß man einem anderen, meist schwerkranken Menschen, der selber keine Vorbereitungen zu seinem Selbstmord mehr treffen kann, die Mittel dazu bereitstellt. Solches Handeln bleibt Beihilfe zum Selbstmord, wenn der Schwerkranke bei vollem Bewußtsein handelt und in Vollbesitz seiner geistigen Kräfte sich den Tod wirklich selbst gibt, in völliger Abwesenheit des anderen, der ihm die Mittel dazu bereitgestellt hat. Es ist die Beihilfe zum Selbstmord ganz eindeutig nicht rechtswidrig. Es bleibt dem Urteil des einzelnen überlassen, ob er ein solches Handeln mit seinem Gewissen vereinbaren könnte.

Diejenigen, die Beihilfe zum Selbstmord mit ihrem Gewissen vereinbaren können und sich sogar aus humanen Gründen dazu verpflichtet fühlen, haben Anspruch auf Respekt der Öffentlichkeit vor ihrer Gewissensentscheidung und vor der freien Entscheidung des anderen, der den Selbstmord wollte.

Aus der Begriffserklärung ergibt sich, daß neue gesetzliche Regelungen nicht notwendig sind und die vorhandenen bestehen bleiben müssen. Aktive Euthanasie erfüllt den Straftatbestand des Totschlags, und diese Gesetzesordnung verhindert ausreichend den Mißbrauch ärztlicher Fähigkeiten und enthebt den Arzt der Gefahr, seine Kunst zum Töten zu mißbrauchen. Tötung auf Verlangen ist bereits Straftatbestand und muß unbedingt Straftatbestand bleiben. Die Bemühungen der Deutschen Gesellschaft für humanes Sterben um Abschaffung des Paragraphen 216 können keine Unterstützung finden. Der Paragraph macht es dem Arzt oder einer anderen nahestehenden Person nicht unmöglich, eine entgegengesetzte Gewissensentscheidung zu fällen, für die er sich dann verantworten muß.

Die gegenwärtige Rechtsordnung schließt Gewissensentscheidungen nicht aus in den besonderen, seltenen, tragischen Konfliktsituationen, in denen das Verlangen nach dem Tod auftaucht. Eine Aufhebung des Paragraphen 216 ist nicht zu verantworten, da dann keinerlei Schranken mehr vorhanden wären, das Verlangen zu manipulieren und jede beliebige Situation als Tötung auf Verlangen umzuinterpretieren, was dann fatalerweise straflos bliebe.

Die Beihilfe zum Selbstmord unter Strafe zu stellen, wie dies in England, Holland und Kalifornien der Fall ist, wäre unlogisch und unnötig: Selbstmord und Selbstmordversuch sind keine Straftatbestände, also kann die Beihilfe dazu auch kein Straftatbestand sein. Aus der Sicht der Selbstmordverhütung und auch aus der Sicht der Rechtspolitik ist eine Verrechtlichung von Selbstmord und Selbstmordversuch abzulehnen, weil davon keine selbstmordverhütende Wirkung ausgeht, wie das Beispiel England in den 60er Jahren gezeigt hat (nach Abschaffung dieses Straftatbestandes stiegen die Selbstmordraten gerade nicht an und sind vielmehr inzwischen auf den niedrigsten Stand in Europa gesunken).

Rechtspolitisch ist eine gesetzliche Regelung von Selbstmord und Selbstmordversuch nicht zu vertreten, weil auch hier gilt: Der Wille des Patienten ist oberstes Gebot. Der gesunde, freie Mensch hat ein Recht auf Selbstmord. Kann der gesunde und freie Wille des Lebensmüden nicht vorausgesetzt werden, ist durch die Regelungen der Garantenpflicht und der Pflicht zur Hilfe der Unmündige und der Kranke genügend geschützt.

Die Bundesärztekammer selbst hält ihre Richtlinien zur Sterbehilfe ausdrücklich zur Orientierung des Arztes für ausreichend und wünscht unter ihrem gegenwärtigen Präsi*denten nicht*, daß diese Richtlinien Gesetzesform annehmen. Ärztliches Handeln läßt sich nicht gesetzlich regeln, es erfolgt im Rahmen der Gesetze und richtet sich letztlich nach dem Gewissen.

Dieses hat im vorhandenen Gesetz und in den Richtlinien ausreichend Orientierung. Der rechtspolitische Kongreß der CDU in *Karlsruhe im Januar 1986* hat im wesentlichen die hier dargestellte Position auch bezogen, allerdings unglücklich zum sogenannten Patiententestament Stellung genommen. Testamente, in denen Menschen den Wunsch äußern, beispielsweise nach einem Selbstmordversuch oder nach einem schweren Unfall nicht allen erdenklichen intensivmedizinischen Maßnahmen ausgesetzt zu werden, *sind für die Orientierung* des Arztes eine wesentliche Hilfe. Der Arzt darf nur ärztlich tätig werden mit Einverständnis des Patienten oder gemäß dem mutmaßlichen Willen des Patienten. Diese Mutmaßung wird durch das Vorliegen eines Testamentes erleichtert. Eine Rechtsverbindlichkeit liegt damit nicht vor und ist wohl auch schwer erreichbar.

Alva Myrdal – Kämpferin für die Abrüstung

G. MEHNER, Kopenhagen

Einen Tag nach ihrem 84. Geburtstag ist die schwedische Politikerin, Vorkämpferin für die Abrüstung und Friedensnobelpreisträgerin Alva Myrdal in Stockholm nach längerer Krankheit gestorben. Ihr Lebensweg war voller Superlative: Als erste Frau, die auf einen hohen UNO-Posten vorrückte, übernahm sie 1949 die Leitung der Abteilung für Sozialfragen. 1955 wurde sie zum ersten weiblichen schwedischen Botschafter berufen. Einsatzort war Neu-Delhi. Ein weiteres internationales Glanzlicht folgte, als sie 1962 mit der Leitung der schwedischen Delegation bei den



Die schwedische Politikerin Alva Myrdal ist tot FOTO: DPA

Genfer Abrüstungsverhandlungen betraut wurde. 1967 schließlich übernahm sie als Ministerin das neugeschaffene Abrüstungsressort.

Ihre Aktivitäten wurden international anerkannt: 1971 erhielt sie den Friedenspreis des deutschen Buchhandels zuerkannt. Zusammen mit dem mexikanischen Diplomaten Alfonso Garcia wurde sie 1982 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Seit 1924 war sie mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Gunnar Myrdal verheiratet, der in sich bei Fragen der Dritten Welt einen internationalen Ruf erworben hatte.

Zu Beginn ihrer politischen Tätigkeit standen Familien- und Schulpolitik im Vordergrund. Erst über die Außenpolitik verengte sich dieses Spektrum auf Abrüstung. Nach ihrer Pensionierung 1973 engagierte sie sich als Autorin weiter in Abrüstungsfragen: In ihrem Buch „Ein kernwaffenfreies Europa" propagierte sie eine solche Zone speziell auch für den Norden. Auf die geringe Resonanz ihrer Abrüstungsbemühungen angesprochen, gab sie sich kämpferisch: Wie ein Stein im Wasser ziehe ihre Botschaft immer größere Kreise.

Weizsäcker sucht Dialog mit der Dritten Welt

Reise nach Birma, Bangladesch, Malaysia / Problem der Hilfe

BERNT CONRAD, Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker will sich auf seiner morgen beginnenden Asienreise zur entwicklungspolitischen Verantwortung der Bundesrepublik und zum politischen Dialog auch mit den ärmsten Ländern der Dritten Welt bekennen.

Als erstes deutsches Staatsoberhaupt wird er nach einem Zwischenaufenthalt in Abu Dhabi zunächst vom 6. bis 9. Februar nach Birma und anschließend nach Bangladesch reisen. Am 14. Februar schließt sich ein sechstägiger Staatsbesuch in Malaysia an. Der Bundespräsident wird vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, begleitet.

Weizsäcker hält besonders Bangladesch und Birma für Schlüsselländer zum Verständnis der Entwicklungshilfe-Problematik überhaupt. Das stark übervölkerte, abwechselnd an Überflutungen und Trockenheit leidende Bangladesch steht an sechster Stelle der deutschen Entwicklungshilfeempfänger. Gerade an diesem Land haben sich die Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik über Vor- und Nachteile der Entwicklungshilfe besonders entzündet.

Der Bundespräsident meinte dazu am Wochenende mit Entschiedenheit: „Rückschläge und Fehlschläge dürfen uns nicht dazu verleiten, die Flinte ins Korn zu werfen und uns zurückzuziehen." Vielmehr gehe es darum, geduldig immer wieder die Art und Weise der Hilfe zu überprüfen, und zwar nicht abstrakt am grünen Tisch, sondern an Ort und Stelle und im direkten Gespräch mit den Betroffenen.

Die Bedürftigen erreichen

Als entscheidend betrachtet Weizsäcker das Problem, wie die Entwicklungshilfe wirklich die Bedürftigen erreichen kann. Nach seiner Ansicht ist der Einwand nicht von der Hand zu weisen, die Unterstützung werde – im nationalen Maßstab, aber auch in den Dörfern – oft von denen aufgefangen, die ohnehin schon den Abhängigen überlegen seien. Wegen dieser Problematik seien private Projekte von Nicht-Regierungsorganisationen, die Abhängigkeiten in kleineren Gemeinschaften eher aufspüren könnten, häufig staatlicher Hilfe vorzuziehen. Leider sei der Anteil derartiger Hilfe, obwohl im Wachsen begriffen, noch viel zu klein.

Um diese Probleme zu studieren, wird der Bundespräsident in Bangladesch, neben Gesprächen mit Staatschef General Hussain Mohammad Erschad, deutsche Entwicklungsprojekte, darunter eine Glasfabrik und eine Gewerbeschule, und vor allem auch Institutionen der Blindenhilfe besichtigen.

In diesem Land sind von 100 Millionen Einwohnern eine Million blind. Hier leisten deutsche Organisationen auf privater Basis erhebliche Unterstützung. Dabei sind schon 500 000 Untersuchungen und Behandlungen durchgeführt worden.

Vertrauen in die Deutschen

Angesichts des hohen Anteils an deutscher Hilfe legen Länder wie Bangladesch auch großen Wert auf einen politischen Dialog. Hier will Weizsäcker einem gewissen Nachholbedarf gerecht werden.

Das gilt ebenso für Birma, das sich in großer Abgeschlossenheit von der Außenwelt um die Verwirklichung eines sozialistischen Modells mit stark religiös-buddhistischen Zügen bemüht. Die Bundesrepublik steht hier in der Entwicklungshilfe hinter Japan an zweiter Stelle und hat dabei den Vorteil, durch den Zweiten Weltkrieg in dieser Region völlig „unbelastet" zu sein.

Deshalb ist das Vertrauen in die Deutschen dort außerordentlich groß – eine gute Grundlage für den Staatsbesuch und den Meinungsaustausch mit Staatspräsident U San Yu, wie der Bundespräsident meint.

Einen kontinuierlichen politischen Dialog führt die Bundesregierung mit dem dritten Land auf Weizsäckers Besuchsprogramm: Malaysia.

Als Mitglied der von Bonn und der Europäischen Gemeinschaft besonders geförderten Asean-Staatengruppe ist Malaysia auch wirtschaftlich erheblich weiter entwickelt als Bangladesch und Birma. Darum wird die Diskussion mit dem gewählten König Mahmud Iskandar Al-Haj, der dem Gast in Kuala Lumpur einen farbenprächtigen Empfang bereiten will, wenig Probleme bieten.

Steht dieses Jahr für den Bundespräsidenten stark im Zeichen Asiens, so visiert er als vermutlichen Schwerpunkt für 1987 schon jetzt Lateinamerika an.

Honduras: Chef der Streitkräfte zurückgetreten

WERNER THOMAS, Miami

Der Chef der Streitkräfte von Honduras, General Walter Lopez Reyes, ist endgültig von seinem Amt zurückgetreten. Das Kommando der Streitkräfte teilte am Wochenende über Radio und Fernsehen mit, es habe den Wunsch des 45jährigen Generals akzeptiert. Lopez sagte: „Ich fühle mich müde ... ich trete nicht auf Druck von irgend jemandem zurück."

Lopez Reyes wollte schon am Donnerstag zurücktreten, hatte seine Entscheidung dann jedoch rückgängig gemacht. Offiziere, die anonym bleiben wollten, erklärten in Tegucigalpa, Lopez sei an dem Versuch gescheitert, die Korruption in den Reihen des Militärs auszurotten. Auch von mangelnder Loyalität innerhalb des Offizierskorps war die Rede.

Seit dem Sturz des kontroversen Armee-Generals Gustavo Alvarez im April 1984 kommandierte Lopez die honduranischen Streitkräfte. Damals hatten sich die Heeresoffiziere nicht auf einen Alvarez-Nachfolger aus ihren Reihen einigen können.

Noch ist offen, wie sich der Rücktritt des Generals auf das Verhältnis zu den USA auswirken wird. Honduras spielte in den letzten Jahren eine Schlüsselrolle in den strategischen Plänen der Reagan-Regierung. Das Land sollte als militärisches Bollwerk gegen den Expansionsdrang des sandinistischen Nicaragua dienen. Die Amerikaner verbesserten die Infrastruktur, errichteten Stützpunkte und unternahmen gemeinsame Manöver mit honduranischen Truppen. Mehr als 1000 US-Soldaten sind ständig in Honduras stationiert.

Die Militärhilfe im Haushaltsjahr 1985 belief sich auf 62,5 Millionen Dollar. Von Honduras operierten die antisandinistischen Contra-Verbände, etwa 12 000 bis 15 000 Partisanen. Die Aktivitäten dieser Rebellen-Armee führten zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Streitkräfte.

Ex-Präsident Roberto Suazo Cordova ließ im Oktober die Versorgungsflüge für die Contras stoppen. Die Reagan-Regierung hofft, daß sich der neue Präsident Azcona kooperationsbereiter zeigt. Die Streitkräfte sind ungeachtet des Wechsels im Amt des Präsidenten ein wichtiger Machtfaktor geblieben. Deshalb wird das Schicksal der Contras in Honduras nicht nur von dem neuen Präsidenten, sondern auch von dem nächsten Befehlshaber entschieden werden.

Begeistert und sarkastisch reagiert Amerika auf Kissingers Ambitionen

FRITZ WIRTH, Washington

Das Duell hat noch nicht begonnen, doch die phantasievollen New Yorker haben bereits einen Namen dafür gefunden. Sie sprechen von „star wars". Mit Raketen hat das alles jedoch nichts zu tun, bestenfalls mit einem politischen Spätzünder namens Henry Kissinger. Denn sie meinen mit diesem Duell den möglicherweise bevorstehenden Wahlkampf zwischen dem Friedensnobelpreisträger und ehemaligen Außenminister Henry Kissinger und dem Demokraten Mario Cuomo um das Gouverneursamt des Staates New York.

Die erstaunliche und höchst unerwartete Nachricht über die mögliche Kandidatur Kissingers stieß in den USA abwechselnd auf Unglauben, Enthusiasmus und bitter-ironischen Sarkasmus. „Henry, laß' die Finger davon, du vergeudest deine Zeit", riet ihm Edward Koch, der Bürgermeister von New York und Parteifreund Cuomos, obwohl er zum gegenwärtigen Gouverneur Cuomo keineswegs ein ungestörtes Verhältnis hat.

Populärer Cuomo

Die „Washington Post" gab zu bedenken, ob ein Mann, der sich in seiner bisherigen Laufbahn fast ausschließlich nur mit brennenden weltpolitischen Problemen befaßt hat, plötzlich Lust und Neigung verspüren könnte, sich mit den Kläranlagen New Yorks zu befassen.

In republikanischen Kreisen New Yorks dagegen löste die Nachricht Euphorie aus. Mit gutem Grund: Den Republikanern war es bisher nicht gelungen, einen Kandidaten für das Gouverneursamt zu finden, der auch nur den Schimmer einer Chance gegen Cuomo hätte. Cuomo ist im Staate New York außerordentlich populär, was in einer Meinungsumfrage kürzlich bestätigt wurde, wonach 68,4 Prozent der Bürger seines Staates ihn für einen ausgezeichneten Gouverneur halten.

Cuomo gilt darüber hinaus als ein aussichtsreicher demokratischer Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahre 1988, obwohl er selbst kürzlich eine öffentliche Diskussion über die Frage entzündete, ob ein Amerikaner italienischer Herkunft der Masse der Amerikaner als Präsident akzeptabel wäre.

Auf der anderen Seite ist Henry Kissinger ein Mann, der in seiner aktiven Laufbahn über mehr Macht und Einfluß verfügte als die meisten amerikanischen Politiker seit dem Kriege, ohne daß er sich einmal einer Wahl hätte stellen müssen. Daß er dies nun in einer Wahl wagt, in der kommunalpolitische Fähigkeiten das entscheidende Kriterium und seine außenpolitischen Fähigkeiten und Neigungen irrelevant sind, ist in der Tat erstaunlich.

Zwei Fragen drängen sich deshalb auf: 1. Wie ernst meint es Kissinger mit dieser Kandidatur für das Gouverneursamt? 2. Wie wären seine Chancen?

Zur ersten Frage: Es ist angeraten, die Nachricht mit Vorsicht zu behandeln. Es fällt auf, daß bisher zu dieser Kandidatur noch keine direkte Äußerung von Kissinger selbst vorliegt. Er hat lediglich durch Dritte wissen lassen, daß er eine Kandidatur „erwäge".

Die Nachricht ist außerdem so vorsichtig formuliert, daß Kissinger jederzeit den Rückzug antreten kann, ohne sein Gesicht zu verlieren. Die Vermutung liegt nahe, daß die ganze Affäre zunächst nur ein Versuchsballon ist, um die öffentliche Meinung und die der betroffenen Bürger von New York zu testen.

Nicht auszuschließen ist ferner, daß es sich um ein taktisches Manöver der New Yorker Republikaner handelt, die damit Cuomo zwingen möchten, Farbe zu bekennen. Cuomo tanzt bis zur Stunde noch auf zwei Hochzeiten.

Andererseits ist das Amt des Gouverneurs von New York Kissinger nicht so fremd, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Kissinger begann seine politische Laufbahn als enger Berater von Nelson Rockefeller, als dieser Gouverneur von New York war.

Im Wahlkampf unerfahren

Zur zweiten Frage: Kissingers Erfolgschancen lägen, wenn er es denn ernst nehmen würde, unter 50 Prozent. Ihm fehlt nicht nur Wahlkampferfahrung, er ist dem überaus volkstümlichen Cuomo auch rhetorisch deutlich unterlegen. Das einzige, was für ihn spricht: Sein Name hat immer noch einen solchen Klang, daß es ihm leichtfallen wird, massive Wahlgelder lockerzumachen und mit deren Hilfe einen wirksamen Wahlkampf zu führen. Immerhin aber hat Cuomo im Augenblick bereits acht Millionen Dollar in seiner Wahlkasse.

Das Weiße Haus ließ wissen, daß es bei den Bemühungen, Kissinger für die Wahl in New York zu gewinnen, keine Hand mit im Spiel hatte. Kissinger ist heute 62 Jahre alt, einer der höchstbezahlten politischen Redner in der Welt und Chef einer politischen Beratungsfirma, deren Rat von zahlreichen Firmen, Institutionen und ausländischen Regierungen gesucht wird.

Geißler: Wahl in Holland wirkt sich auf Europa aus

Gast beim CDA-Kongreß / Lubbers wieder Spitzenkandidat

HELMUT HETZEL, Den Haag

Als auf der großflächigen Dia-Projektionswand das Wort „Campagnestart 1986" erscheint, herrscht im Kongreßzentrum „de bonte Wever" im niederländischen Städtchen Slagharen bereits Hochstimmung. Vor Beginn des offiziellen Teils des Wahlkampfkongresses der holländischen Christdemokraten (CDA), mit dem die heiße Phase des Wahlkampfes für die am 21. Mai anstehende Parlamentsneuwahl eingeleitet wird, wären die mehr als 3000 CDA-Anhänger und -Mitglieder bereits bestens auf den Wahlkampf eingestimmt.

Der CDA-Ehrenvorsitzende und Parteigründer Piet Steenkamp, von seiner politischen Bedeutung her eine Art holländischer Adenauer, eröffnete den Kongreß - traditionsgemäß mit einem Bibel-Zitat: „Ihr seid das Salz der Erde." Steenkamp skizzierte kurz und prägnant das Profil der CDA. An oberster Stelle rangiert die „Hilfe für die sozial Schwachen". Natürlich fehlten auch die übrigen Säulen christdemokratischen Selbstverständnisses und Politik nicht: „Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, die Zughörigkeit zur NATO". Sie wurden von Steenkampf mit dem blumigen Motto „CDA – eine Partei mit einem warmen Herzen und einem kühlen Kopf" deutlich umrissen und damit gleichzeitig auf den kleinsten Nenner reduziert.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, einer der zahlreichen ausländischen Ehrengäste und im Namen von Helmut Kohl sprechend, kam mit seinem Grußwort gut an. Geißler wurde mehrmals von donnerndem Applaus unterbrochen, der immer dann einsetzte, wenn der CDU-Politiker den wichtigsten parteipolitischen Gegner der Christdemokraten, die Sozialisten, angriff und die Werte westlicher Demokratien gegenüber den kommunistischen Diktaturen hervorhob. So als er von einer „kollektive Depressionen verbreitenden Politik der Zukunftsangst" warnte, an den Leistungswillen appellierte und Probleme technischer Innovationen umriß. [illegible] kein Zufall, daß ausgerechnet die Länder in Europa, die von christdemokratischen Regierungen geführt würden, wirtschaftlich am besten dastünden. Holland, Deutschland und Belgien gehörten dazu. Die bevorstehende Parlamentsneuwahl in den Niederlanden sei daher von größter europäischer Bedeutung und habe auch Wirkung auf andere EG-Länder.

CDA-Parteichef Piet Bukman griff Geißlers Gedankenführung später auf, als er, ins Deutsche wechselnd und an den deutschten Gast gerichtet, den Begriff der sozialistischen „Katastropheten", den er, wie er augenzwinkernd hinzufügte, in der Bundesrepublik aufgeschnappt habe, hiermit in die holländische Sprache und den diesjährigen Wahlkampf einführe.

Wahre Ovationen der für ihre calvinistisch geprägte Zurückhaltung bekannten Niederländer setzten aber ein, als der CDA-Parteichef sagte : „Ruud Lubbers ist einstimmig zum Spitzenkandidaten gewählt worden." Hier fiel sogar der Satz: „Lubbers – die Hoffnung der Niederlande." Lubbers, derzeit amtierender Haager Regierungschef, nahm die Huldigungen gelassen hin.

Der belgische Premierminister Wilfried Martens, ebenfalls Gast bei dem Kongreß, machte den Holländern mit seinem „Beispiel Belgien" Mut: Wiederwahl trotz schmerzhafter Maßnahmen für den Bürger.

Südjemen bittet um Hilfe für die Verwundeten

PETER M. RANKE, Athen

„Brüder und Freunde" wurden vom „obersten Volksrat" in Aden aufgefordert, Südjemen nach dem zweiwöchigen Bürgerkrieg zu helfen. Benötigt werden vor allem Medikamente. Die Zahl der Toten und Verwundeten soll 10 000 bis 13 000 betragen. Unter ihnen sind Hunderte, wenn nicht Tausende, die bei Massakern verfeindeter Marxisten und Stammespolitiker umgebracht wurden.

Die neue Regierung unter dem Interimspräsidenten el-Attas sitzt fest im Sattel und erließ eine Amnestie für die Anhänger des geflüchteten Präsidenten Ali Nasser Mohammed.

Da el-Attas auch dem nordjemenitischen Präsidenten Ali Abdallah Saleh für seine abwartende Haltung dankte, ist nicht damit zu rechnen, daß der Ex-Präsident Ali Nasser Mohammed Hilfe im Norden findet. El-Attas hat auch zugesichert, daß er die Politik der Vereinigung mit Nordjemen fortsetzen wolle, doch vorrangig ist für Aden die Weiterführung der strategischen Allianz mit Moskau. Die Sowjets haben ihre Garnison in Aden inzwischen durch Luftwaffen-Transportmaschinen verstärkt.

Inzwischen wurde bekannt, daß der „Putsch" am 13. Januar nicht von dem extrem sowjetfreundlichen Flügel der marxistischen Staatspartei ausging, sondern von Präsident Ali Nasser Mohammed selbst, der sich in Saudi-Arabien aufhalten soll. Er erschien am 13. Januar nicht zu einer Politbüro-Sitzung, sondern ließ seine Leibwache wild in den Konferenzsaal hineinschießen. Dabei wurden drei von 15 Politbüro-Mitgliedern getötet. Sein alter Gegenspieler Abdul Fattah Ismail wurde verwundet. Angeblich wollte Ali Nasser Mohammed seiner Absetzung oder einem Putsch der Moskau-Fraktion zuvorkommen.

(SAD)

Sympathiekundgebung für die RAF

DW. Frankfurt

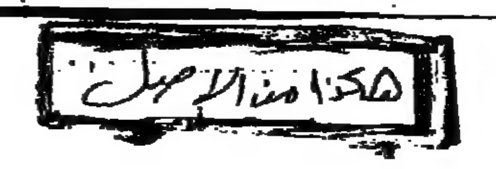
Am Eingang der Fachhochschule Frankfurt werden alle Besucher mit Metallsuchgeräten kontrolliert, alle Taschen müssen geleert werden. Die Veranstalter des Kongresses von Sympathisanten der westeuropäischen Terrorszene, zu deren Köpfen der Stuttgarter Anwalt Arndt Müller gehört, begründen dies damit, daß man „Bullen, Provokateure und Faschisten" aussortiere. Sie sind nicht gefragt, wo man den „antiimperialistischen und antikapitalistischen Widerstand in Westeuropa" zusammenfassen will. Etwa 700 Besucher waren am Wochenende in der Schule, viele schlafen dort. Man hört französische, spanische, irische Unterhaltungen – auf dem Podium des Tagungssaales treten neben Angehörigen inhaftierter deutscher Terroristen solche von der französischen Action Directe (AD) und der baskischen ETA auf. Mehrere großflächige Wandgemälde auf Stoff fassen die Symbole der RAF, der AD, der ETA, der südamerikanischen Tupamaros, der spanischen Grapo, der Revolutionären Zellen, der italienischen Brigate Rosse und der irischen IRA zusammen. Als Feindbilder dienen Symbole der NATO, von IBM, Mercedes, ITT, Hoechst und das $-Zeichen.

Die ausliegenden Schriften, die Vorträge und Diskussionsbeiträge bestätigen die Aussage des Generalbundesanwalts Rebmann vom Dezember, daß die RAF mehr Zulauf aus der „vierten Generation" erhalte und die internationale Zusammenarbeit der Terrorgruppen „mindestens in ständigen Kontakten Gestalt" annehme. Das Hamburger Blatt „Sabot" nennt als Ziel des Kongresses, „überall da, wo es Widerstand gibt, zum Angriff zu kommen". Die holländische Zeitschrift „De Knispelkrant" hat zusammen mit der französischen „Ligne Rouge" ein Sonderheft herausgegeben, das allerdings von den Veranstaltern am Sonnabend von den Büchertischen verbannt wurde, weil, wie Müller sagte, es zur Begründung der Verbotverfügung benutzt werde. In diesem Heft wird „der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfs für die Revolution" bezeichnet. Auf einer Vollversammlung gestern kritisierten viele das Verbot, weil eine Verbannung dieser „Diskussionbeiträge" dem Treffen „den ganzen Sinn" nehme. „Dann kann ich ja gleich zur DKP gehen", feixte einer und erntete zustimmendes Gelächter.

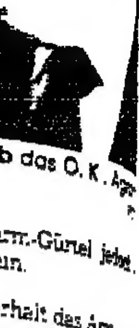
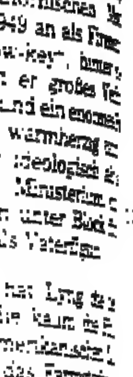
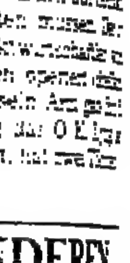
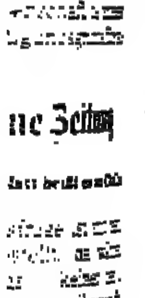
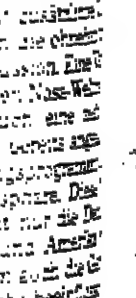
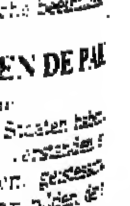
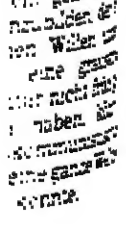
In Arbeitsgruppen besprechen die Kongreßteilnehmer – kaum einer ist älter als 30 – die Situation in verschiedenen westeuropäischen Ländern und Themen wie „die Formierung des imperialistischen Gesamtsystems" und „die Frontabschnitte im internationalen Klassenkrieg". Am meisten Beifall erhalten Sprecher, die sich für „die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand für eine neue revolutionäre Front" einsetzen. Skandiert wird mit ausgestreckter geballter Faust „Hoch die internationale Solidarität".

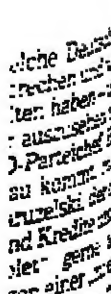
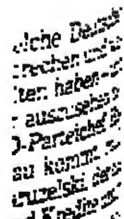
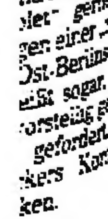
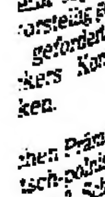
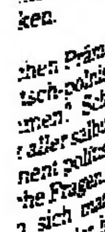
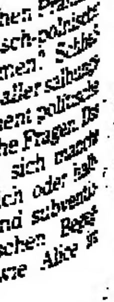
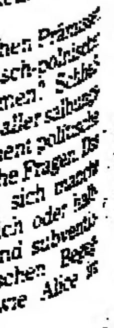
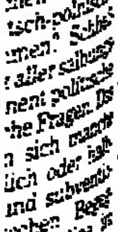
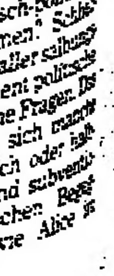
Die Teilnehmer sind gut organisiert, fast alle sind in festen Gruppen angereist. Einige der Gruppen sind Abgesandte der „autonomen" Häuser in der Hamburger Hafenstraße, der Startbahn-West-Gruppen, die auch eine Sonderausstellung ihres „Kampfes" zeigen, der „Anti-WAA-AKW"-Gruppen (gegen Atomkraftwerke), der Nürnberger Stadtindiander, außerdem aus dem britischen Brixton.

Die internationale Zusammenarbeit der Szene klappt offenbar gut, was die Ebene der Angehörigen von Inhaftierten betrifft: auf deutscher Seite traten die Mütter Klar und Barabass und die Schwester von Christa Eckes auf, die ihre mangelnde Vorbereitung damit entschuldigte, daß sie aus Hamburg komme, „wo ja auch was zu tun war". Ihre Anspielung auf die Krawalle, die die Premiere des „Stammheim"-Films verhinderten, wurden stürmisch begrüßt.






Friedensgruppen wollen sich 1987 „einmischen“

WERNER KAHL, Bonn

Sprecher von Bürgerinitiativen, die in der „Friedensbewegung“ verblieben sind, sowie kirchliche und pazifistische Gruppen haben sich am Wochenende mit Funktionären von Jusos, Jungdemokraten und kommunistischen Tarnorganisationen zu dem „Unternehmen Wahlkampf '87“ zusammengeschlossen. Auf einer zweitägigen überregionalen Aktionskonferenz in Bonn-Beuel trafen sich versprengte Teile der Bewegung für die neue „Druck-Kampagne“.

Ohne Gegenstimmen schlossen sich die etwa 600 Teilnehmer dem Antrag des Moderators der Tagung, Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), an: „Mit der Kampagne mischt sich die Friedensbewegung in den Wahlkampf ein.“ Zumach wird als Nachfolger des zum Umweltminister im Saarland avancierten langjährigen Sprechers der „Friedensbewegung“, Jo Leinen, angesehen.

Die Generalprobe für die Kampagne war allerdings nach der Schilderung eines Hamburger Gruppen-Sprechers mißlungen. Dort hatten Anhänger der „Friedensinitiativen Hamburg-Nord“ dem „linken SPD-Flügel“ ihre Bereitschaft angeboten, die Kandidatur des früheren Verteidigungsministers Hans Apel (SPD) für den Bundestag zu Fall zu bringen. Zumach forderte zu „knallharten“ Auseinandersetzungen mit jedem auf, der sich 1987 zur Wahl stellt.

Der Zerfall der „Friedensbewegung“ wurde in vielen Gruppen nicht nur als Auswirkung der Niederlage gegen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und der NATO-Verbündeten gesehen; als Ursachen gelten auch „Radikalisierungswahn“ sowie das Verhalten der „Führer“ im Koordinationsausschuß. Entgegen Vorschlägen aus dem DKP-Umfeld, wie in vergangenen Jahren wieder eine Großkundgebung in der Bundeshauptstadt gegen die amerikanische Verteidigungsstrategie „SDI“ zu veranstalten, entschieden sich die Teilnehmer für einen Marsch in den Hunsrück am 11. Oktober. Die DKP-Lobby verbuchte den Erfolg, daß die Aktionskonferenz fast einstimmig Kremlchef Michail Gorbatschow wegen dessen Abrüstungsvorschlägen huldigte und sofortige einseitige Abrüstung durch den Westen forderte.

Papst fordert zu Dialog der Weltreligionen auf

Besuch Johannes Pauls stößt in Indien auf wenig Interesse

F. MEICHSNER, Neu Delhi

Papst Johannes Paul II. hat in Neu Delhi alle Religionen der Welt aufgerufen, „für die Sache der Menschheit zusammenzuarbeiten“. In einer im weitesten Sinne „ökumenischen“ Adresse an Repräsentanten des Hinduismus, des Islam, der Sikhs, der Jains, der Parsen und der verschiedenen christlichen Konfessionen sprach er sich für eine interreligiöse Initiative zur „integralen menschlichen Entwicklung“ auf der Basis einer „spirituellen Vision des Menschen“ aus.

In der bisher bedeutsamsten Rede seit seiner Ankunft in Indien proklamierte der Papst unter gleichzeitiger Berufung auf Mahatma Gandhi und *auf den Apostel Paulus den menschlichen* Geist als die „Wahrheit über den Menschen“ und fuhr fort: „Wir halten daran fest, daß die Suche des Menschen nach Wohlstand sowie nach voller menschlicher Würde dem tiefen Sehnen seiner spirituellen Natur entspricht. Zu arbeiten für die Erringung und Erhaltung aller Menschenrechte – einschließlich des Rechtes auf die von einem aufrechten Gewissen vorgeschriebene Gottesverehrung und des Rechtes auf öffentliche Bekennung des eigenen Glaubens, muß immer stärker zum Gegenstand der interreligiösen Zusammenarbeit auf allen Ebenen werden. Diese interreligiöse Zusammenarbeit muß auch dem Kampf zur Eliminierung des Hungers, der Armut, der Unwissenheit, der Verfolgung, der Diskriminierung und jeder Form von Versklavung des menschlichen Geistes gelten.“

Hindus demonstrierten

Bei seiner Ankunft in Neu Delhi war Johannes Paul II. betont freundlich, aber ohne die gewohnte Massenovation begrüßt worden. Als er nach der Empfangszeremonie auf dem Flugplatz, wo ihn Staatspräsident Giani Zail Singh willkommen hieß, zum Staatspräsidenten-Palais fuhr, waren die Straßen nur hier und dort von Schülern und Schülerinnen katholischer Schulen gesäumt. Die Masse der Bevölkerung nahm den päpstlichen Einzug gar nicht zur Kenntnis. Die ersten Berichte der englischsprachigen indischen Presse waren jedoch übereinstimmend positiv.

Allerdings kam es in der Nähe des Indira-Gandhi-Stadions zu einer kleinen Demonstration gegen den Papst-Besuch. Rund 300 Aktivisten einer konservativen Hindu-Organisation, darunter 35 Frauen und zwölf Kinder, wurden verhaftet. Sie warfen dem Papst vor, das Christentum in Indien verbreiten zu wollen.

Neben dem interreligiösen Dialog beherrschte das Thema Weltfriede und Gerechtigkeit die ersten beiden Tage dieses Indien-Besuchs. Von der Erinnerungsstätte aus, an der vor fast genau 28 Jahren die Leiche des ermordeten indischen Nationalhelden Mahatma Gandhi verbrannt worden war, richtete Johannes Paul II. einen Friedensappell an die Völker der ganzen Welt.

Aufruf zur Gewaltlosigkeit

Als Pilger des Friedens, so sagte er, sei er hierher gekommen, um Mahatma Gandhi, den „Heroen der Menschlichkeit“, zu ehren. „Von diesem Ort aus, der für immer dem Gedenken an einen außergewöhnlichen Menschen verbunden ist, möchte ich dem Volk Indiens und den Völkern der Welt meine tiefe Überzeugung bekunden, daß Friede und Gerechtigkeit, die die zeitgenössische Gesellschaft so nötig haben, nur auf dem von ihm (Gandhi) gewiesenen Weg errichtet werden können: Durch das Supremat des Geistes und der Wahrheitskraft, der sich ohne Gewalt durchsetzt – allein dank der ihm innewohnenden Dynamik des gerechten Handelns.“ Daß der Friede heute derart zerbrechlich sei, liege an der Existenz „immenser Waffenarsenale der Massenvernichtung“ und an der Ungleichheit der Entwicklung der Völker.

Die ersten beiden Messen auf indischen Boden zelebrierte der Papst im Indira-Gandhi-Stadion, einem 25 000 Menschen fassenden Sportpalast. Dabei vermied er es, anders als bei seinen übrigen Auslandsreisen, Themen der katholischen Familien- und Sexualmoral, wie die Unauflöslichkeit der Ehe, die Ablehnung künstlicher Geburtenregelung und Sterilisation, und die Verurteilung jedes Schwangerschaftsabbruches aufzugreifen. Er forderte die Bischöfe auf, den spirituellen, moralischen und kulturellen Werten anderer Religionen mit Respekt und Hochachtung zu begegnen.

Hans Bausch oder Wer bestimmt beim Südfunk?

fac. Bonn

Im März stellt sich Hans Bausch, seit 1958 Intendant des Südfunks, zur Wiederwahl, obwohl er noch in diesem Jahr sein 65. Lebensjahr vollendet. Aus Trotz – wegen des konfliktträchtigen Stuttgarter Landesmediengesetzes – und aus dem Glauben, für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der aktuellen Lage unverzichtbar zu sein, geht Bausch nicht aufs Altenteil. Aber vor seiner Wiederwahl muß der ARD-Senior auf der Intendantenkonferenz am 11. Februar in Saarbrücken Fragen nach Konsequenzen aus dem „peinlichsten Medienspektakel, das die ARD jemals geboten hat“, (der Stuttgarter FDP-Fraktionschef Enderlein) beantworten. *Die mißglückte Gala-Show* zum 100. Geburtstag des Automobils wirft ein Schlaglicht auf die Art und Weise, in der im SDR die Führungsverantwortung wahrgenommen wird.

Haben die Südfunk-Verantwortlichen das Millionending wirklich nicht vorher zu sehen bekommen? Heißt der Fernsehdirektor des SDR Hans-Heiner Boelte oder Michael Pfleghar (dessen Gesellschaft das Spektakel produzierte), fragt man scherzhaft. „Betrachten Sie's als ein Autorennen, das in der Schleyer-Halle stattgefunden hat“, hatte SDR-Sprecher Bessler gesagt. Gemeint war wohl: Eine Live-Veranstaltung lasse sich nicht beeinflussen. Aber den Vergleich mit dem Autorennen bezeichnet man selbst in der Runde der ARD-Chefredakteure als Schwachsinn. Schließlich gab es viele Monate „Vorlauf“. Das Projekt war auch nicht von ungefähr an den SDR gegangen. Der Südfunk hatte sich, wie in Kreisen der Automobilindustrie versichert wird, nach der Ausstrahlung gedrängt, für die sich ursprünglich der Bayerische Rundfunk interessierte. Aus Prestigegründen – Stuttgart als die Heimat des Automobils – lenkte man das Projekt um.

Die Autoindustrie, die mit Millionen an der Sendung beteiligt war, läßt sich auch nach Meinung prominenter Fernsehleute nicht zum „Sündenbock“ stempeln. Ausgestrahlt wurde die „Show“ unter der Verantwortung des Intendanten des SDR. Daß ausgerechnet dem „Oldtimer“ Hans Bausch ein so grober Mißgriff passieren konnte, gilt als die Peinlichkeit Nummer eins.

Biedenkopf auf Distanz zu Blüm. Für „Schiedsstelle“ bei Streiks

„In strittigen Situationen muß sofort entschieden werden“ / DGB-Kampagne gegen 116-Änderung

E. NITSCHKE/DW. Bonn

In der Diskussion um die Präzisierung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz ist der designierte Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Professor Kurt Biedenkopf, auf Distanz zum Gesetzentwurf seines Parteifreundes Norbert Blüm gegangen. Biedenkopf ist, wie er in einem WELT-Gespräch erklärte, der Meinung, daß durch die Blüm-Vorlage das Gleichgewicht der streitenden Parteien in Arbeitskämpfen nicht hinreichend gewahrt bleibt.

Eine „Schiedsstelle für Streitfragen im Streikrecht“ sollte künftig bei Auseinandersetzungen der Tarifpartner Klarheit schaffen. „Ein Arbeitskampf ist wie ein Fußballspiel – es muß in strittigen Situationen immer sofort entschieden werden und nicht erst Tage später“, begründete Biedenkopf seinen Vorschlag, der ein neues Element in die 116-Debatte bringt. Die Vorstellungen von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm waren von ihm bereits früher als „nicht der Weisheit letzten Schluß“ bezeichnet worden. Der frühere Generalsekretär der CDU wandte sich dagegen, daß „nach dem Motto verfahren wird: Augen zu und durch“.

Es gehe ihm darum sicherzustellen, daß die Frage, ob die Bundesanstalt für mittelbar vom Streik betroffene Arbeitnehmer zahlen müsse, nicht bei den Gerichten landeten „und dann vielleicht zwei, drei Jahre später gesagt wird, wie es eigentlich hätte sein sollen“, hatte Biedenkopf dem „Express“ erklärt. Im Gespräch mit der WELT meinte er, die von ihm empfohlene Schiedsstelle hätte demgegenüber „immer innerhalb von 48 Stunden“ eine Entscheidung zu treffen. Außerdem würde durch sie die absolute Neutralität gewährleistet und die Bundesregierung vor der Gefahr gewarnt, Partei zu werden. Die jetzt im Gesetzentwurf vorgesehene „gesetzliche Regelung allein“ werde *nur dazu führen*, daß „Arbeitskampfstrategien entwickelt werden, die Offenheit der verwendeten Rechtsbegriffe in die eine oder andere Richtung ablenken“. Ausdrücklich betonte Biedenkopf, daß auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit im Interesse der Neutralität dieser Stelle in Arbeitskämpfe nicht eingreifen dürfe.

Auf die Frage, wie die Spitzen der Union auf seinen Vorschlag, der mit CDU-Generalsekretär Geißler und Minister Blüm besprochen worden sei, reagiert hätten, antwortete Biedenkopf: „Ich möchte der Willensbildung in der Partei nicht dadurch vorgreifen, daß ich mich jetzt dazu äußere.“ Diese Bemerkung erregte in Bonn große Verwunderung, denn der Gesetzgebungsprozeß ist in vollem Gange. Blüms Entwurf nahm am vergangenen Freitag im Bundesrat die erste Hürde, am Mittwoch berät der Bundestag erstmals darüber. Die CDU/CSU-Fraktion steht zu Blüm, der aus Biedenkopfs westfälischen Landesverband kommt und längere Zeit als Bonner Wunschkandidat für den Posten des Vorsitzenden eines einheitlichen NRW-Verbandes betrachtet wurde.

Für morgen und übermorgen hat der DGB zum bundesweiten Protest gegen die Änderung des Paragraphen 116 aufgerufen. Der Gewerkschaftsbund erklärte, der Regierung sei es nicht gelungen, die Öffentlichkeit von der „wahrheitswidrigen Behauptung“ zu überzeugen, daß die geplante Änderung lediglich eine Klarstellung bedeute.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dieter Wunder, appelliert an die Lehrer, die Auseinandersetzung um 116 im Unterricht zu behandeln.

Vogel und Genscher loben Jenninger

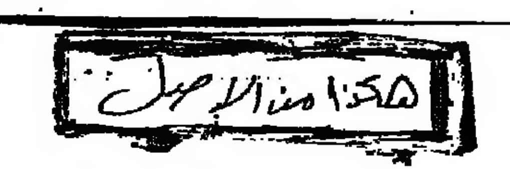
Plädoyer für „Unbefangenheit“ gegenüber Sindermann / Unmut in der CDU/CSU

DW. Bonn

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hält an seiner Auffassung fest, daß die Voraussetzungen *für offizielle Kontakte mit der* „Volkskammer“ der „DDR“ noch nicht gegeben seien. Gleichwohl könnten Gespräche nützlich sein, wurde gestern aus der Umgebung des Parlamentspräsidenten weiter erklärt. Die für heute vorgesehene Begegnung Jenningers mit dem Ständigen Vertreter der „DDR“ in Bonn, Ewald Moldt, dürfte Aufschluß darüber geben, wie sich der protokollarisch zweite Mann im Staat beim angekündigten Besuch des „Volkskammer“-Präsidenten Horst Sindermann (SED) verhalten wird.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel lobte – im Vorgriff auf eine Entscheidung Jenningers – die „konstruktive Haltung“, die darin zum Ausdruck komme, daß der Bundestagspräsident den Gast aus Ost-Berlin *entgegen Ratschlägen aus der* CDU/CSU „protokollgerecht behandelt und empfängt“. Auch Bundesaußenminister Genscher (FDP) bezeichnete es in einem vom Auswärtigen Amt vorab veröffentlichten Interview mit RIAS-Berlin als „absolut richtig und vertretbar“, daß Jenninger den Chef der Volkskammer empfangen wolle. Genscher plädierte für „Unbefangenheit in den Begegnungen mit den Repräsentanten der DDR“.

Daß es in der CDU/CSU starke Vorbehalte gegen einen Empfang Sindermanns durch Jenninger gibt, zeigt ein Brief des CSU-Abgeordneten Lorenz Niegel an den Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger. Darin heißt es: „In der Frage des Sindermann-Besuchs dürfe weder durch den Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Jenninger noch durch unsere Fraktion irgendwelche Zweifel ausgelöst werden.“ Und in einer Stellungnahme des Parlamentariers wird betont: „Der Präsident des Deutschen Bundestages ... kann sich nicht neben sein Amt stellen.“ Bereits am 20. Juni 1985 hatte Niegel erklärt: „Wenn der Volkskammerpräsident Sindermann als Gast das Bundeshaus betreten sollte, werde ich die Bannmeile des Bundeshauses für diesen Zeitraum verlassen zum Zeichen der Trauer über die bewußten Mißverständnisse der jungen (west-)deutschen Demokratie und ihrer Repräsentanten über Recht und Freiheit.“



Schluß mit billig

sg. – Der vielgeschmähte Schlußverkauf, der heute in die zweite Halbzeit geht, hat eine erfolgreiche erste Woche hinter sich. Wie die Nachrichtenagenturen melden, haben die Einzelhandelsunternehmer fast überall ein sehr gutes Geschäft gehabt. Vor allem der lange Samstag hat Läden und Kassen gefüllt.

Wie zu hören ist, war, wie schon seit einigen Jahren, mit Billigwaren, die man sonst so gern mit Schlußverkäufen in Verbindung bringt, wenig Staat zu machen. Die Käufer wollten sie einfach nicht. Das gilt auch für die große Schar der Gastarbeiter, die den Ramsch liegenließen und sich mit Qualitätswaren eindeckten. Da der Winter in vielen Gegenden Deutschlands zurückgekehrt ist, war entsprechende Bekleidung gefragt.

Wenn freilich hier und da darüber geklagt wird, daß Frühjahrsware noch nicht so recht abfließe, so liegt da wohl ein Mißverständnis vor. Denn diese Art Ware hat in einem winterlichen Schlußverkauf, der ja eigentlich erst für sie Platz schaffen soll, nun ja wirklich nichts zu suchen. Da aber einige Häuser tatsächlich solche Dinge wie auch sommerliche Badesachen schon jetzt zu (scheinbar?) herabgesetzten Preisen loswerden wollen, läßt das eigentlich den Schluß zu, daß sie ihr reguläres Angebot für wenig attraktiv halten oder aber vermuten, die Kunden wollten nur noch zu vermeintlichen Sonderkonditionen kaufen. Diese Einstellung ruiniert aber nur das Absatzinstrument Schlußverkauf, ohne daß wirklich Mehr-Umsätze erzielt würden.

Quellen

Ha. (Brüssel) – Mit Raubrittermethoden versuchen manche Entwicklungsländer ausländische Unternehmen zu schröpfen. Hafen- und Zollabfertigungsgebühren werden als beliebig erschließbare Finanzquellen betrachtet, Verwaltungsabgaben ohne Rücksicht auf den ihnen zugrunde liegenden Sachverhalt festgelegt. In einer Note an die syrische Regierung hat der EG-Ministerrat sich jetzt über die geradezu exorbitanten Strafen beschwert, mit denen europäische Reedereien bei Verstößen gegen Zollbestimmungen in syrischen Häfen belegt werden. Ein europäisches Schiff mußte beispielsweise drei Millionen Pfund zahlen, weil Ware und Zollerklärungen nicht übereinstimmten. Das Schreiben der EG erinnert an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen Vergehen und Strafe. Ob es was nützt, bleibt abzuwarten. Immerhin hat die EG vielleicht mehr Gewicht als ein einzelner Staat als Beschwerdeführer. Als Adressat kommen auch mehrere südamerikanische und afrikanische Länder in Betracht, die dringend die Hilfe der EG brauchen.

AIRBUS / Die Finanzierung gilt als gesichert – Position Stoltenbergs ist unbekannt

Neue Modelle erfordern vom Bund Subventionen in Milliardenhöhe

HEINZ HECK, Bonn

Mit einer Änderung der Airbus-Finanzierung zielt die Bundesregierung auch auf eine stärkere Beteiligung der deutschen Industrie an der europäischen Flugzeugherstellung. Zuvor werden allerdings Milliarden neuer Subventionen fällig. Bundeskanzler Kohl und CSU-Chef Strauß sind sich offenbar schon einig. Die Position Stoltenbergs, dessen Bemühungen um geringe Etatzuwachsraten durchkreuzt werden, ist nicht bekannt.

Offiziell heißt es, entschieden sei noch nichts. Doch gilt als sicher, daß sich Bonn allein an der Finanzierung der Entwicklungskosten für die beiden neuen Modelle, die A 340 (Langstreckenversion) und die A 330 (Großraum-Mittelstreckenversion) mit rund 2,5 Milliarden Mark (geschätzte Gesamtkosten 2,5 Milliarden Dollar) beteiligen wird.

Strauß in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Airbus Industrie hat jedenfalls versichert, daß die Partner im europäischen Unternehmen die Mittel für diese Projektetappe bereitstellen werden. Auch steht Bonn unter Druck aus Paris. Die deutsche Weigerung, sich an der französischen Raumfähre Hermes zu beteiligen, hat Paris gerade in der Wahlkampfphase verärgert. Kohl hat Mitterrand bereits Zusagen für die Vergrößerung der Airbus-Familie gemacht. Damit werden ab 1987 bis in die neunziger Jahre allein hierfür Bundesmittel bis zu jährlich 500 Millionen Mark fällig.

Dabei sind die Entwicklungskosten der voraussichtlich 1988 auf den Markt kommenden A 320 noch nicht verkraftet. Das Kabinett hatte im Februar 1984 hierfür bedingt rückzahlbare Zuschüsse bis zu 1,5 Milliarden Mark (90 Prozent der geschätzten Kosten) bewilligt, wovon 1986 bis 1988 planmäßig 765 Millionen Mark abfließen. Ab 1988 kommen Absatzfinanzierungsbeihilfen für den „definitiven deutschen Baranteil" hinzu.

Finanziell noch stärker dürfte die geplante Änderung der Produktionsfinanzierung zu Buche schlagen. Im Kern ist beabsichtigt, statt der Bundesbürgschaften zinslose, bedingt rückzahlbare Bundeszuschüsse zu gewähren. Damit würde die gesamte Zinslast auf den Bund abgewälzt. Da der Eintritt des Unternehmens in die Gewinnzone sich mit jedem neuen Modell immer weiter hinausschiebt, kommt der Rückzahlbarkeit eher symbolischer Charakter zu. Nach Auskunft des Finanzministeriums beträgt der Bürgschaftsrahmen für den Airbus zur Zeit 4,1 Milliarden Mark, der zu rund drei Milliarden ausgeschöpft ist.

Die offiziell zu hörende Begründung für die Verlagerung der Finanzierungskosten auch der Serienfertigung auf den Bund ist, daß nur so mit zusätzlichem Engagement der deutschen Privatwirtschaft zu rechnen sei. Der Kostendruck aus der hohen Zinsbelastung sei so gewaltig, daß die Gefahr bestünde, die Kostenentwicklung könnte insgesamt außer Kontrolle geraten.

Der Bundesrechnungshof hatte erst kürzlich in seinen „Bemerkungen" 1985 unter anderem beanstandet, „daß die Bestrebungen des Bundes, das Risiko aus der Bürgschaftsübernahme für die Serienfinanzierung von Airbus-Flugzeugen zu senken und das Programm zunehmend in die Verantwortung der Industrie zu überführen, noch nicht zum Erfolg geführt haben". Der Vorschlag, dies durch Übernahme der Darlehenszinsen zu fördern, findet sich dagegen nicht in den Bemerkungen der obersten Rechnungsprüfer.

Abgesehen von der erheblichen Zusatzbelastung des Bundeshaushalts ist auch an die verschärften Auseinandersetzungen mit der amerikanischen Konkurrenz zu denken, die schon die bisherigen Subventionspraktiken bis hinauf zum Präsidenten kritisiert hat. Unter Hinweis auf die günstige amerikanische Exportfinanzierung, etwa der Exim-Bank, hat die europäische Konkurrenz bisher gewaltige Zinszuschüsse zahlen müssen, um Vergleichbarkeit herzustellen. Daher das Bestreben, in den USA und Europa tendenziell in die Nähe der Marktkonditionen zu rücken. Diese Bemühungen dürften durch den neuen Subventionsschub konterkariert werden.

US-AKTIENMÄRKTE

Der „Dow" marschiert jetzt auf die 1600-Marke zu

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Aktienmärkte haben, wie erwartet, den Schock, den der Verlust der Raumfähre „Challenger" verursachte, rasch überwunden. Im Wochenverlauf setzten ale wichtigen Barometer ihren Aufstieg fort. Der populäre Dow-Jones-Industrie-Index, der 30 ausgesuchte Wachstumswerte umfaßt, gewann 41,06 Punkte und stellte am Freitag einen neuen Rekord auf, als er um 18,81 auf 1570,99 Punkte in die Höhe schoß. Der umfassende Nyse-Index und der Standard & Poor's 500 blieben zwar unter ihrem bisherigen Hoch, nahmen aber um 2,81 (Freitag: 1,26) auf 122,13 sowie um 5,35 (2,45) auf 211,78 Punkte zu.

Auch wenn der Sprung des „Dow" weitgehend technisch bedingt war (die institutionellen Anleger warfen dividendenlose Terminpapiere ab und investierten den Gewinn in neue Aktien), bestätigen die enormen Umsätze die anhaltende Hausse, die den Index schon bald ohne viel Mühe über die 1600-Marke stoßen wird. Im Januar, als der „Dow" netto 24 Punkte zulegte, wechselten an der New York Stock Exchange 2,87 Mrd. Papiere den Besitzer, verglichen mit 2,8 Mrd. im Rekordmonat Dezember.

Viele Faktoren bestimmen zur Zeit das amerikanische Börsenklima. Von hohem psychologischen Wert sind diese Maßnahmen, die Präsident Reagan morgen abend in seiner nach dem Unglück um eine Woche verschobenen Bericht zur Lage der Nation ankündigen wird:

1. Die USA setzen die Eroberung des Weltraums fort, gebaut wird die Raumstation.
2. Am Mittwoch wird dem Kongreß ein Haushalt vorgelegt, dessen Defizit im Finanzjahr 1987 auf 144 Mrd. Dollar sinken wird (um dieses Ziel wirklich zu erreichen, erwägen die Republikaner im Senat nun ernsthaft eine Ölimportsteuer).
3. US-Finanzminister Baker erhält den Auftrag, bis zur Sitzung des Interimsausschusses des Währungsfonds im April auszuloten, wie sich die wilden Wechselkursschwankungen am besten verhindern lassen.
4. Angestrebt wird eine breite Reform des US-Wohlfahrtssystems.

Hinzu kommt, daß Amerikas Wirtschaft, wie die kräftige Zunahme der Konjunkturindikatoren signalisiert, stärker wächst. Nicht zu unterschätzen sind die Antriebseffekte der Ölverbilligung: Nach der Preissenkung durch Mexiko um vier Dollar je Barrel (159 Liter) reduziert sich zum Beispiel die US-Inflationsrate nun um etwa ein Prozent, so daß mehr Raum für eine großzügigere Geldpolitik besteht.

Eine Entlastung stellt übrigens Tokios Diskontsenkung dar. In dieser Woche leichter unterbringen kann die Treasury Notes und Bonds für 24 Mrd. Dollar, weil die Japaner wegen der höheren Rendite wahrscheinlich dicke Brocken übernehmen werden.

Trendwende nicht bestätigt

Von LEO FISCHER

Die Rohstoffpreisentwicklung im Januar könnte den Eindruck erwecken, daß die nun schon drei Jahre dauernde Flaute an den internationalen Rohstoffmärkten langsam ihrem Ende zugeht, vielleicht sogar schon eine Trendwende stattgefunden hat. Zwar brachte das vergangene Jahr insgesamt den dritten Rückschlag an den Rohstoffbörsen, aber schon in den letzten Monaten 1985 zeigten sich leichte Ansätze zu einer Preiserhohung, die sich freilich im Jahresvergleich noch nicht zu einem Plus addierten, weil die Notierungen vorher zu stark abgefallen waren.

Der Januar wartet nun mit einem weiteren Plus auf: Der auf Pfundpreisen basierende Reuter-Index verbesserte sich um glatte vier Prozent, der nach den amerikanischen Rohstoffnotierungen berechnete Moody's-Index kam auf ein Plus von 2,6 Prozent. Damit ist der Reuter-Index nun schon im vierten Monat hintereinander gestiegen, der Moody's-Index immerhin im fünften Monat in Folge. Von einer Trendwende zu sprechen, scheint gleichwohl verfrüht. Denn wie schon so oft in den letzten Monaten verfälschte die Kursschwäche der für die Rohstoffnotierungen entscheidenden Währungen den Trend an den Rohstoffbörsen erheblich. Das Pfund und der Dollar sackten auf ungewöhnlich niedrige Niveaus ab.

Mit anderen Worten: Der Anstieg der Rohstoffnotierungen entspricht am Index gemessen nicht einmal dem Wertverlust der zugrundeliegenden Währungen gegenüber der D-Mark. Auch wenn darin eine gewisse Stärke der D-Mark zum Ausdruck kommt, der Wertverlust der beiden Währungen gegenüber anderen Devisen also nicht ganz so gravierend war, ist die weitere Erholung der Rohstoffpreise im wesentlichen nichts anderes als ein Reflex auf die Pfund- und Dollar-Baisse.

Die Bewegungen an den Devisenmärkten haben sich natürlich nicht nur auf die Indices, sondern auch auf einzelne Rohstoffe ausgewirkt. Besonders Gold dürfte erheblich von der Dollarschwäche profitiert haben. Mit 362 Dollar erreichte die Goldnotiz zwischenzeitlich das höchste Niveau 1985/86. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der Vergangenheit ein Ölpreisverfall, wie er in den letzten Wochen stattgefunden hat, meist auch eine Preisschwäche beim gelben Metall zur Folge hatte. Gerüchte in London, daß umfangreiche Käufe eines reichen Ölstaates des Mittleren Ostens wesentlich zu dem Preisanstieg beigetragen haben, klingen denn auch eher unwahrscheinlich. Denn die Ölstaaten traten immer nur dann als sehr aktive Käufer auf dem Goldmarkt auf, wenn die Öleinnahmen munter sprudelten.

Auch Kupfer wird als „Währungsgewinner" angesehen. Die Pfund-Notiz erreichte im Januar mit 1015,50 in Pfund den höchsten Preis seit vier Monaten. Hinzu kamen wieder einmal Vermutungen über chinesische Nachfrage und Befürchtungen über einen Streik in den peruanischen Kupferminen.

Die spektakulärste Preisbewegung – bei Kaffee – ist freilich nicht auf Währungseinflüsse zurückzuführen. Preistreibender Faktor ist nach wie vor die – seit 40 Jahren schlimmste – Dürre in Brasilien, die einen wesentlichen Teil der Ernte 1986/87 vernichtet hat. Der Kaffeepreis kletterte sowohl in New York wie auch in London (3000 Pfund) auf das höchste Niveau seit acht Jahren, fiel inzwischen aber wieder etwas zurück.

Dieser Rückschlag wird jedoch vor allem als technische Reaktion auf die vorangegangenen Gewinne angesehen. Nach wie vor hält man in London in nächster Zeit Preise von etwa 3500 Pfund für möglich. Wenn der auf einem gleitenden 15-Tage-Durchschnittspreis beruhende Indikatorpreis 45 Tage lang über dem Niveau von 150 Cents (derzeit rund 206) je englisches Pfund (gleich 453 Gramm) bleibt, womit ganz sicher zu rechnen ist, wird das Exportquotensystem des Internationalen Kaffee-Abkommens suspendiert, der Kaffeemarkt also dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen.

Aber auch dann rechnen Kenner des Kaffeemarktes nicht mit einer Ausweitung des Angebots, die preisdämpfend wirken könnte. Die Exportquoten gelten nur für Lieferungen an Mitgliedsländer des Kaffeeabkommens. Frei sind seit eh und je die Lieferungen an Nichtmitgliedsländer, die jedoch schlechtere Erlöse bringen. So ist lediglich zu erwarten, daß bislang an Nichtmitgliedsländer exportierte Mengen für die Abkommensmitglieder zur Verfügung stehen, ohne daß das Gesamtangebot ausgeweitet wird. Die Haussiers halten es daher für möglich, daß der Kaffeepreis noch bis auf das historische Rekordniveau von 4300 Pfund (1977) ansteigen könnte.

Bislang hat sich die prompt verfügbare Ware noch nicht verknappt. Zu einem Versorgungsengpaß, der sich zudem auf die vor allem von Brasilien produzierten besseren Sorten (arabica) beschränken dürfte, kommt es nach Expertenmeinung ohnehin erst in der zweiten Jahreshälfte.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Januar 1986	Ende Dezember 1985	Hoch 1986	Tief 1986
Kupfer	L	£/t	1014,75	971,5	1027,25	960,25
Zink	L	£/t	452,5	470,5	480	435,5
Zinn	L	£/t	-	-	-	-
Blei	L	£/t	261,75	262,5	272,5	252
Aluminium	L	£/t	794,5	761,25	807,75	757,25
Nickel	L	£/t	2792,5	2822,5	3052,5	2747,5
Gold	L	$/Unze	355,4	327	361,75	326
Silber	L	p/Unze	439,7	410,1	444,1	397,45
Platin	L	£/Unze	265,8	237,85	276,8	234,1
Weizen	C	Cts/bu	324,25	343,25	339,62	317,75
Mais	C	Cts/bu	242,37	248,12	249,37	241,12
Kakao[1]	L	£/t	1734,5	1788,5	1760,5	1704
Kaffee[1]	L	£/t	2235	2542,5	2995	2235
Zucker	L	£/t	139,5	112,55	141	116
Sojaöl	C	Cts/lb	19,8	21,26	21,62	19,55
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	54,2	49,3	54,1	49,55
Schweißwolle	S	Cts/kg	602,5	609	618	597,5
Kautschuk	L	p/kg	59,75	58,5	60,5	57
Indices:						
Moody's (31.12.31=100)	New York		969,7	945,1	978,4	947,5
Reuter's (31. 9.31=100)	London		1848,3	1770,6	1863,4	1762

[1] Zweite Abladung
[2] A-Index-Preis
L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT

„Die Automobiltechnik kann einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der mit dem Automobil verbundenen Probleme leisten, aber dazu gehört auch die verkehrsgerechte Gestaltung der Infrastruktur und der Verkehrsorganisation. Es gilt, das Verkehrssystem als Ganzes zu optimieren."

Hans-Erdmann Schönbeck, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie. FOTO: DIE WELT

Erfolgreicher Schlußverkauf

dpa/VWD, Hamburg

Der Winterschlußverkauf ließ in den meisten Gegenden der Bundesrepublik in der ersten Woche die Kassen klingeln. Vor allem der lange Samstag wurde für manchen Händler zum Tag der Superlative. Mancherorts gab es jedoch bei den Kaufleuten auch lange Gesichter. So zeigten sich im Saarland die Geschäftsleute eher enttäuscht. Auch in Berlin wurden die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllt. Allgemein ließ sich nach Aussage der Händler in diesem Jahr ein Trend weg von Billigwaren und hin zu Qualitätsprodukten feststellen. Auch die Gastarbeiter kauften zunehmend Markenartikel statt Ramsch.

ÖLMARKT

Mexiko und Venezuela haben ihre Preise kräftig gesenkt

AP, New York

Die Präsidenten Mexikos und Venezuelas haben auf einem Gipfeltreffen die Koordinierung ihrer Ölpreispolitik vereinbart, um trotz der schrumpfenden Nachfrage ihren Anteil am internationalen Ölmarkt zu halten. Mexiko gab eine drastische Senkung seines Erdölpreises bekannt. Das Faß (159 Liter) wird rückwirkend zum 1. Januar um durchschnittlich vier Dollar billiger. Für europäische Abnehmer heißt das: Für leichtes Öl der Klasse „Isthmus" müssen sie 20 Dollar bezahlen, für schweres „Maya"-Öl 16,25 Dollar je Faß. Der Preis für Dezember hatte bei 25,85 beziehungsweise 21,40 Dollar gelegen.

Kurz nach der mexikanischen Entscheidung gab Ecuador den Preis für sein Erdöl frei. Das südamerikanische Land rechnet damit, daß sein Öl nun mit rund 19 Dollar pro Barrel (159 Liter) gehandelt wird. Venezuela folgte am Samstag und senkte seine Preise für schweres Rohöl um durchschnittlich drei Dollar rückwirkend zum 27. Januar.

Nach dem Treffen von de la Madrid und Lusinchi in dem mexikanischen Badeort Cancun wurde in einem Kommuniqué angekündigt, daß in Zukunft hochrangige Vertreter der Energieministerien beider Länder und ihrer staatlichen Ölunternehmen in einem gemeinsamen Mineralölkomitee zusammenarbeiten sollen.

Der Handel ist durch die stetig abrutschenden Preise beunruhigt. Hoffnungen, daß es den Ölministern der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) bei ihrem heutigen Treffen in Wien gelingen wird, sich auf preisstützende Maßnahmen zu einigen, bestehen kaum.

KIELER INSTITUT

Erhebliche Zweifel am Nutzen des Baker-Planes

geo. Kiel

Zweifel am volkswirtschaftlichen Nutzen des sogenannten Baker-Planes hat das Institut für Weltwirtschaft in Kiel geäußert. Zu dem Vorschlag des US-Finanzministers, der ein Konzept zum Abbau der Schulden in den Entwicklungs- und Schwellenländern vorgelegt hatte, meinte das Institut, es gebe Anzeichen dafür, daß die wichtigste Voraussetzung für die Problemlösung, die Korrektur der wirtschaftlichen Fehlentwicklung, nicht ernsthaft genug betrieben werde. Außerdem fehle es an einer glaubhaften Zusicherung der Gläubigerländer, den hochverschuldeten Staaten durch eine wachstumsfördernde Politik und eine Liberalisierung des Handels zu helfen.

Das Institut befürchtet eine Neuauflage der leichtfertigen Kreditvergabe in den siebziger Jahren. Wenn die Regierungen heute die Banken zur Gewährung neuer Kredite aufforderten, sei es später kaum möglich, staatliche Hilfe zu verweigern, sofern die Geldinstitute durch ihre Engagements in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten. Schon jetzt forderten die Banken öffentliche Kreditgarantien. Außerdem schwäche ein solcher Kurs die Selbsthilfekräfte und diskriminiere jene, die sich um eine Gesundung ihrer Wirtschaft bemühten.

Nach Ansicht des Instituts würden Banken bei einem erfolgversprechenden Maßnahmenkatalog ihre Rolle zur Lösung der Probleme übernehmen. Ländern mit guten Chancen für eine mittelfristige Besserung sollten sie zusätzliche Kredite auf eigenes Risiko gewähren. Das Institut fordert ferner die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds auf, sich gemeinsam mit den Entwicklungsländern ein wirtschaftliches Reformprogramm zu erarbeiten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Autoproduktion gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Automobilproduktion ist 1985 weltweit um sechs Prozent auf 44,8 Mill. Einheiten gestiegen. Bei Personenwagen ergab sich eine Zunahme von gut fünf Prozent auf 32,6 Mill. Pkw/Kombi. Nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) in Frankfurt lag das Schwergewicht der Produktionszunahme erneut in Nordamerika und Japan. Aber auch die Westeuropäer dehnten ihre Fertigung um fünf aus auf 13 Mill. Fahrzeuge.

„Belebung am Bau"

Bonn (rtr) – Eine auf niedrigem Niveau einsetzende allmähliche Belebung von Nachfrage und Produktion in der Bauindustrie der Bundesrepublik ist nach Ansicht von Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) nicht mehr zu übersehen. Als Folge der anhaltend günstigen und zunehmend sich verbessernden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für 1986 rechneten alle Prognosen mit einer Zunahme der Bautätigkeit. Mit einem Anstieg um fünf bis sechs Prozent werde die Zunahme im Wirtschaftshochbau am kräftigsten ausfallen. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen sei mit einem Wachstum von drei bis vier Prozent zu rechnen.

Rekordüberschuß

Tokio (AP) – Die japanische Leistungsbilanz für 1985 weist nach einer Mitteilung des Finanzministeriums einen Rekordüberschuß in Höhe von 49,3 Mrd. Dollar auf. Ein Jahr zuvor betrug der Überschuß 35 Mrd. Dollar. Die Regierung führt den starken Zuwachs zum Teil auf eine Zunahme der Autoexporte in die Vereinigten Staaten zurück.

„Grüne Woche" zufrieden

Berlin (dpa/VWD) – Trotz eines Besucherrückgangs (auf 440 000) hat die 51. Grüne Woche „gute Geschäftsergebnisse" und für etliche Aussteller höhere Umsätze als im Vorjahr gebracht. Die meisten der 749 Aussteller aus 41 Ländern zeigten sich nach einer Umfrage der Berliner Ausstellungsgesellschaft AMK mit Geschäftsverlauf und Kontakten zum Handel zufrieden. 74 Prozent der Anbieter erwarten zudem ein gutes Nachmessegeschäft.

Dollaranleihe

Frankfurt (cd.) – Die Deutsche Bank Finance NV, Curaçao, eine 100prozentige Tochter der Deutschen Bank, begibt eine 9,25prozentige Anleihe über 150 Mill. Dollar zum Kurs von 100,25 Prozent mit zehnjähriger Laufzeit, die vom Schuldner vom siebten Jahr an gekündigt werden kann. Die Anleihe, deren Erlös der längerfristigen Refinanzierung der Deutschen Bank dient, wird von einer internationalen Gruppe unter gemeinsamer Federführung der Deutsche Bank Capital Markets Ltd., London, Merrill Lynch International und Credit Suisse First, Boston, begeben.

Zloty abgewertet

Warschau (dpa/UPI) – Polen hat am Sonnabend den Zloty um 15,2 Prozent gegenüber den westlichen Währungen abgewertet. In einer offiziellen Meldung hieß es, der offizielle Kurs zur D-Mark betrage jetzt 70,86 Zloty (bisher 59,80). Die Parität zum US-Dollar wurde auf 170 Zloty (bisher 147,11) festgesetzt. Seit 1980 ist der Zloty gegenüber den westlichen Währungen um rund 500 Prozent abgewertet worden.

Moratorium verlängert

Lima (dpa/VWD) – Peru hat am Wochenende die Mitte 1985 einseitig erklärte Beschränkung seines Schuldendienstes auf zehn Prozent der Exporteinnahmen um drei Monate verlängert. Es wird weitere Darlehen ausländischer Banken in Höhe von etwa 300 Mill. Dollar, die bis zum 2. Mai fällig werden, vorerst nicht zurückzahlen. Das Land ist mit 14 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet.

DEVISENTERMINGESCHÄFTE / Dresdner Bank entwickelte neue Instrumente

Keine „Verrenkungen" mehr nötig

WILHELM FURLER, London

An der Londoner Finanzterminbörse (London International Financial Futures Exchange – Liffe) sind zwei neue D-Mark-Kontrakte eingeführt worden, die Banken, Exporteuren, Importeuren und Investoren einschließlich Spekulanten wichtige Kurssicherungsinstrumente an die Hand geben. Sie wurden von der Dresdner Bank speziell für deutsche Interessen angeregt und gemeinsam mit Liffe entwickelt.

Beide 50 000-Dollar-Kontrakte werden in Mark und nicht in US-Dollar notiert, wie etwa der bereits bestehende D-Mark-Terminkontrakt der Liffe. In erster Linie werden Banken, die stark im Devisenhandel und im Geschäft mit Währungsoptionen engagiert sind von der neuen Möglichkeit Gebrauch machen, um ihre Kursrisiken abzusichern. Bislang mußten sie „mathematische Verrenkungen" unternehmen, um die in Dollar notierten D-Mark-Terminkontrakte umzurechnen.

Grundsätzlich ist eine Devisenoption eine Vereinbarung zwischen Käufer und Verkäufer, die dem Käufer das Recht einräumt, einen Fremdwährungsbetrag zu einem vorher festgelegten Kurs (Striking Preis oder Basispreis) zu einem bestimmten Zeitpunkt, nämlich zur Fälligkeit der Option, zu beziehen (Kauf- oder Call-Option) oder anzudienen (Verkaufs- oder Put-Option). Der Käufer der Option ist nicht verpflichtet, von seinem Recht Gebrauch zu machen. Für dieses Recht zahlt der Käufer der Option dem Verkäufer einen Preis, die sogenannte Optionsprämie.

Der Verkäufer übernimmt im Gegenzug die Verpflichtung, einen Fremdwährungsbetrag zu liefern (verkaufte oder geschriebene Call-Option) oder entgegenzunehmen (verkaufte oder geschriebene Put-Option), sofern der Käufer von seiner Option Gebrauch macht. Optionen, die eine Ausübung, nämlich die sofortige Lieferung der Devisen, während der Laufzeit ermöglichen, werden „Optionen amerikanischen Stils" genannt. Optionen, die nur zur vereinbarten Endfälligkeit ausgeübt werden können, bezeichnet man dagegen als „Optionen europäischen Stils". Beide Optionsarten sind während der Laufzeit handelbar. Sie können also zu den jeweils geltenden Marktpreisen bzw. Optionsprämien wieder zurückverkauft bzw. zurückgekauft werden.

Die Devisenoption ist ein echtes Kurssicherungsinstrument. Als sogenannte „dritte Dimension" des Devisenhandels (neben Kasse- und Termingeschäften) erfüllt die Devisenoption die Funktion, Risiken auszuschließen und dennoch die Chancen zu erhalten, die sich aus den jeweiligen Kursentwicklungen ergeben.

NAMEN

Dr. **Gottfried Löhrer,** von 1931 bis 1961 als Generalbevollmächtigter Mitglied der Geschäftsleitung der Kaiser's Kaffee-Geschäft AG, Viersen, wurde 90 Jahre alt.

Manfred Abicht, langjähriger Geschäftsführer der Brauerei Felsenkeller, Herford, starb am 29. Januar im Alter von 64 Jahren.

Dr. **Heinz Malangré,** Päsident der Industrie- und Handelskammer zu Aachen, ist als Nachfolger von Dr. **Franz Schulenberg** zum Präsidenten der Vereinigung der Nordrhein-Westfälischen Kammern und deren Vertreter im Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages gewählt worden.

Dieter Jünemann und **Friedrich Wilhelm Meise** wurden mit Wirkung vom 1. Februar in den Vorstand der Horten AG, Düsseldorf, berufen. Jünemann war bisher Leiter des Ressorts Finanzwirtschaft des Hauptaktionärs Batig in Hamburg, Meise stellvertretender Vorstandsvorsitzender beim Kaufring.

Wolf-Dietrich Mencke (59), Direktor und Leiter der Niederlassung Hamburg der Grundig Vertriebs-GmbH, Fürth, trat am 31. Januar in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde **Gerhard Karbautzki** (46), bisher für die Niederlassung Hannover verantwortlich, ernannt. **Stefan Gilica** (40) wurde neuer Niederlassungsleiter in Hannover.

Dietrich H. Boesken, Vorsitzender der Geschäftsführung der Aluminium-Walzwerke Singen GmbH, wurde zum Präsidenten des Verbandes der Aluminium verarbeitenden Industrie e. V., Frankfurt, gewählt. Er tritt die Nachfolge des im November verstorbenen Dr. **Hans-Joachim Bilo** an. Zum stellvertretenden Präsidenten wurde Dr. **Dieter Höll,** Inhaber der Karl Höll GmbH & Co. KG, Langenfeld, bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Nachl. d. Gerhard Kern; **Düren:** N + F Lebensmittelfrischmarkt GmbH, Kreuzau; **Essen:** Beerdigungsunternehmen Otto Bielke; **Frankfurt:** Bernd Dörzenbach; Gattys-Bau GmbH; **Geilenkirchen:** Hans-Peter Beckfeld GmbH, Heinsberg; **Gelsenkirchen:** Tennis u. Squash am Parkstadion GmbH; Wulfener Wohnungsbau- u. Betreuungs-GmbH, Dorsten.

Vergleich beantragt: Gelsenkirchen: Klaus-Peter Kopreck, Kaufmann.

CONZINC RIO TINTO / Der australische Rohstoffriese hält an der Partnerschaft mit den Klöckner-Werken fest

Stahl-Kooperation soll den Eisenerzexport sichern

DOMINIK SCHMIDT, **Melbourne**

Zum aktuellen Stand der Verhandlungen über ein stärkeres Engagement in der deutschen Stahlindustrie äußert sich Sir Roderich Carnegie, Chef der australischen Bergbaugesellschaft Conzinc Rio Tinto Ltd. (CRA), eher zurückhaltend. Die Erfahrungen des letzten Jahres, als mit dem Scheitern der Stahlfusion Kurpp/Klöckner auch die Pläne eines Einstiegs von CRA hinfällig wurden, düften dieReserviertheit erklären. Carnegie läßt keinen Zweifel daran, daß für CRA der geplatzte „Dreierbund" einen gewissen Rückschlag bedeutete. Überlegungen indes, die bestehenden Beziehungen zu Klöckner aufzugeben, seien nie erwogen worden.

Die Konzernstrategie des zweitgrößten australischen Industrieunternehmens (Umsatz rund 6 Mrd. DM bei knapp 29 000 Beschäftigten) beinhaltet ein Festhalten der 1981 eingegangenen Partnerschaft mit Klöckner. Dies bezieht sich nach den Worten Carnegies beileibe nicht nur auf den Technologiebereich, wenngleich die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet am weitesten fortgeschritten ist. Fundamentales Interesse zeigt CRA auch für die Stahlseite.

Nach der Neuordnung der Klöckner-Werke AG, die für Anfang März (Aufsichtsratssitzung) beziehungsweise Ende April (Hauptversammlung) zu erwarten ist und die Ausgliederung des Stahlgeschäfts vorsieht, werden die Australier reagieren. Carnegie veweist in diesem Zusammenhang auf die 90-Mill.-DM-Optionsanleihe von CRA. Insgesamt hat CRA bisher gut 150 Mill. DM bei Klöckner investiert. Hinzu kommenjährlich 15 Mill. DM anteilige Kosten, die den Klöckner-Technologiegesellschften zufließen.

Das CRA-Interesse am deutschen Stahlgeschäft hat einen sehr realen Hintergrund. Zunächst steht der Wunsch im Vordergrund, die Eisenerzlieferungen auszuweiten. Bislang liefert CRA gut die Hälfte des in Parabürdoo und Tom Price geförderten Eisenerzes nach Japan. Ein anderer Großabnehmer ist China. Die europäische Stahlindustrie steht erst an dritter Stelle. Die Bundesrepublik – Abnehmer sind alle deutschen Stahlhersteller – gewinnt allerdings an Bedeutung. Rund 8 bis 10 Prozent des in Nordwest-Australien gewonnenen Eisenerzes geht nach Deutschland, das sind immerhin knapp 4 Mill. Tonnen.

CRA hatte für 1985 geplant, 28 Mill. t Eisenerz zu exportieren; tatsächlich aber wurden 39 Mill. t in den eigens dafür gebauten Hafenanlagen in Karratha verschifft. Um die Ladekapazität (46 Mill. t) besser zu nutzen, beabsichtigt CRA, zusammen mit der VR China in Channar ein weiteres Eisenerzprojekt mit einer Kapazität von 10 Mill. t zu erschließen.

Der lange Seeweg nach Europa benachteiligt CRA allerdings bei den Lieferungen unter anderem gegenüber Brasilien. An diesem Punkt schließt sich der Kreis der CRA-Strategie. Eine Stärkung der Position im interessanten europäischen Markt ist nach Ansicht von Carnegie nur über neue Technologien, an denen CRA beteiligt sein mußte, zu erreichen. Die Australier setzen dabei nahezu blind auf das von Klöckner vorangetriebene KS-Verfahren.

Auf die Frage, was denn CRA so sicher macht, daß dieses Verfahren jemals praktikabel sein könnte, antwortet Carnegie mit einem Hinweis auf aufwendige Parallelentwicklungen in Japan. Die Skepsis der deutschen Klöckner-Konkurrenz sollte nicht überbewertet werden, meint Carnegie. Schon einmal, nämlich bei der Einführung des LD-Verfahrens habe die deutsche Stahlindustrie keine gute Nase für Neuentwicklungen bewiesen. Im übrigen seien CRA-Ingenieure in die Arbeiten des neuen Verfahres seit langem eingebunden.

Tatsächlich würden im Falle der Realisierung des KS-Verfahrens alle Trümpfe bei CRA liegen. Die Herstellung des sogenannten „Educated Pick Iron" (stark Fe-haltiges Roheisen) würde den Australiern beträchtliche Wettbewerbs- und Kostenvorteile sichern. Änlich wie beim Aluminium, wo CRA vom Rohmaterial bis zum Endprodukt alles in eigener Regie macht, läge die Wertschöfung weitgehend in Australien. Carnegie geht davon aus, daß noch in diesem Jahrzehnt das KS-Verfahren zur Anwendungsreife entwickelt wird.

GROSSBRITANNIEN / OECD: Ungünstige Aussichten

Wird Ölproduktion zu teuer?

J. Sch. **Paris**

Während die meisten anderen westlichen Industriestaaten mit einem verstärkten Wirtschaftswachstum rechnen können, dürfte es in Großbritannien bis Mitte nächsten Jahres fortschreitend schwächer ausfallen. Für die Halbjahresfolge ab Mitte 1985 sagt das OECD-Sekretariat den Briten eine Schrumpfung ihrer Jahresexpansion von 4 auf 2,2, auf 2,3 und dann auf 1,8 Prozent voraus. Ursache sei das Nachlassen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und in der Ölproduktion.

Gleichwohl erwartet die OECD eine Zunahme des britischen Leistungsbilanzüberschusses von 4 auf 5 Mrd. Dollar. Dabei ist allerdings unterstellt, daß der Ölpreis und der Pfund-Kurs ihr Niveau von Anfang November 1985 nicht überschreiten; eine Hypothese, die inzwischen in Frage gestellt ist. Das letztes Jahr zurückgegangene Defizit der Handelsbilanz (ohne Öl) dürfte sich dagegen auf 4,0 (2,75) Mrd. Dollar verschlechtern.

Das schreibt die OECD vor allem der nachlassenden Investitionstätigkeit zu. Dies sei eine späte Folge des anhaltend hohen Lohnkostenanstiegs. Nachdem die britischen Unternehmen zunächst stark investiert hatten, um ihre Produktivität zu steigern, würden ihnen heute einfach die Mittel dafür fehlen. Investitionsdämpfend wirkt außerdem ab April die Beseitigung des beschleunigten Abschreibungsverfahrens. Damit drohen auch die Unternehmenserträge zu schrumpfen.

Der OECD-Bericht gipfelt in der Feststellung, daß die Löhne in Großbritannien viel zu schnell steigen. Obwohl die Inflationsrate von 18 Prozent 1980 auf inzwischen fünf Prozent reduziert werden konnte, liegt der Lohnanstieg immer noch bei sieben bis acht Prozent. Das unflexible Arbeitssystem erlaube den Gewerkschaften, in wenig demokratischer Weise übertriebene Lohnforderungen durchzusetzen. Der damit verbundene Kaufkraftschub, der noch durch Steuersenkungen unterstützt wird, fördere zwar den Konsum. Aber er verstärkt gleichzeitig die Arbeitslosigkeit, die inzwischen 13 Prozent der aktiven britischen Bevölkerung trifft.

ZINNKRISE / Eine neue Firma soll die Verpflichtungen des Rates übernehmen

Lösung ist in greifbare Nähe gerückt

WILHELM FURLER, **London**

Die Aussichten auf ein baldiges Ende der gut 14 Wochen alten Zinnkrise haben sich deutlich verbessert. Zum ersten Mal haben sich Vertreter der im Internationalen Zinnrat zusammengefaßten 22 Regierungen aus Produzenten- und Verbraucherländern in London bis zum späten Freitag Abend mit den Gläubigerbanken und Metallhändlern zu offiziellen Verhandlungen getroffen. Dabei sollen deutliche Fortschritte für eine gemeinsame Lösung erzielt worden sein.

Wie die WELT aus dem Kreis der Verhandlungsteilnehmer erfahren hat, akzeptierte der Internationale Zinnrat ohne Einwände das Prinzip, daß von den am Zinnhandel Beteiligten – also Zinnrat, Händler an der Londoner Metallbörse und Gläubigerbanken – eine neue Firma (Newco) gegründet wird. Sie soll die Verpflichtungen des Zinnrats übernehmen und sicherstellen, daß der Zinnhandel wieder aufgenommen werden kann. Vorgesehen ist, daß die 22 Mitgliedsländern des Internationalen Zinnrats 200 Mill. Pfund (jeweils 100 Mill. Pfund für Produzenten- und Verbraucherländer), die Metallhändler 50 und die Gläubigerbanken 20 Mill. Pfund in die neue Firma einzahlen.

Die jüngsten Fortschritte, die möglicherweise schon beim nächsten offiziellen Treffen am Mittwoch zu einer grundsätzlichen Übereinkunft führen könnten, haben die Leitung der Londoner Metallbörse veranlaßt, die für heute vorgesehene Wiederaufnahme des Zinnhandels erneut um eine Woche zu verschieben. Teilnehmer der ersten offiziellen Verhandlungsrunde zwischen Zinnrat und Gläubigern beschreiben die Stimmung als „ausgesprochen freundschaftlich."

Derweil hat der Chairman der London Metal Exchance (LME), der größten Metallbörse der Welt, die am Zinnhandel beteiligten Metallhändler-Firmen aufgefordert, ihm zu bestätigen, daß sie noch zahlungsfähig sind. Bis Mittwoch müssen die 26 Ringteilnehmer an der LME nachgewiesen haben, daß sie ihren Verpflichtungen selbst bei der denkbar ungünstigsten Entwicklung des Zinnpreises noch nachkommen können.

13 LME-Händler sehen Verluste aus Kontrakten mit dem Zinnrat im Werte von 550 Mill. Pfund oder 1,86 Mrd. DM auf sich zukommen. Wie hoch die Verluste schließlich ausfallen werden, hängt davon ab, wie tief der Zinnpreis unter den letzten offiziellen Preis vor der Aussetzung des Zinnhandels am 24. Oktober in Höhe von 8140 Pfund je Tonne fallen wird, wenn der Handel wieder einsetzt. Legt man einen theoretischen, aber nicht abwegigen Preis von 5500 Pfund zugrunde, würden die 13 Händlerfirmen im Durchschnitt mehr als 15 Mill. Pfund (gut 50 Mill. DM) verlieren. Im Verlauf der Zinnkrise ist ein Händlerhaus bereits in Liquidation gegangen.

EG will neuen Dialog mit dem Comecon

Ha, **Brüssel**

Die EG hat sich bereit erklärt, den Dialog mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) wieder aufzunehmen, zugleich jedoch deutlich gemacht, daß sie auch eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu den Mitgliedsländern des kommunistischen Wirtschaftsblocks anstrebt.

Der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy De Clercq übergab dem rumänischen Botschafter in Brüssel zwei Schreiben, von denen eines an Comecon-Generalsekretär Sytschow, das andere an den rumänischen Außenminister gerichtet ist. Bukarest übt gegenwärtig den Vorsitz im Comecon aus. Briefe an die Regierungen in Moskau, Ost-Berlin, Budapest, Prag, Warschau und Sofia sollen folgen.

Das Schreiben an den Comecon-Generalsekretär ist eine Antwort auf dessen Angebot vom 26. September, eine gemeinsame Erklärung beider Organisationen zu vereinbaren, in der der Wille zur Zusammenarbeit „entsprechend den jeweiligen Kompetenzen" zum Ausdruck kommen soll.

RENTENMARKT / Verfassung nicht unfreundlich

Zinsanstieg wird erwartet

Der Rentenmarkt präsentierte sich während der letzten Woche in einer nicht unfreundlichen Verfassung. Die Zinsen konnten sich allerdings nicht auf dem seit langem niedrigsten Niveau behaupten, als sich die von internationalen Zinssenkungshoffnungen abschwächten. Außerdem ließ die Mark-Aufwertungsspekulation nach. Für diese Woche erwartet man im Handel einen leichten Zinsanstieg, weil befürchtet wird, daß der Bund bei seiner neuen Anleihe einen 6,25prozentigen Kupon durchzusetzen versucht, obwohl die 6,375prozentige Anleihe der Bahn noch nicht voll plaziert ist. Im Inland waren vier- bis fünfjährige Pfandbriefe und Kommunalobligationen gefragt; außerdem zehnjährige Titel mit mindestens sieben Prozent Rendite. (cd.)

Emissionen	31.1. 86	24.1. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,82	5,85	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,15	6,20	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,89	5,92	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,25	6,28	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,96	5,95	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,55	5,53	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,66	6,68	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,95	5,95	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,72	6,76	6,82	7,20	8,08

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von

Dr. phil. Dr.-Ing. E. h.

Ermbrecht Rindtorff

der im Alter von 86 Jahren am 28. 1. 1986 verstorben ist.

Herr Dr. Rindtorff kam 1928 als junger Chemiker zur Bergwerksgesellschaft Hibernia und war dort von 1945 bis zu seiner Pensionierung 1964 als Vorstandsmitglied verantwortlich für Chemie und Kokereien. Außerdem war er langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender der Scholven Chemie (heute Veba Oel), der Phenolchemie, der Ruhr-Stickstoff und Aufsichtsratsmitglied bei Hüls.

Er hat die Chemie unseres Konzerns entscheidend mitgeprägt durch Ausbau der Stickstoffchemie, der Umstrukturierung der Kohlechemie auf die Petrochemie und durch Aufbau der Phenol- sowie der Acetonchemie. Die Entwicklung moderner Kunststoffe und verschiedener organischer Großsynthesen sind maßgeblich seinen technischen Initiativen und seinen Erfindungen zuzuschreiben.

Herr Dr. Rindtorff war ein anerkannter Fachmann und genoß auch außerhalb des Konzerns größtes Ansehen.

Hohe Verantwortungsbereitschaft in schwierigen Zeiten, Erfindungsreichtum und menschliche Güte zeichneten ihn aus.

Wir trauern um einen hochgeschätzten Mann, dessen Wirken für unser Unternehmen unvergessen bleiben wird.

VEBA AG
Aufsichtsrat und Vorstand





Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

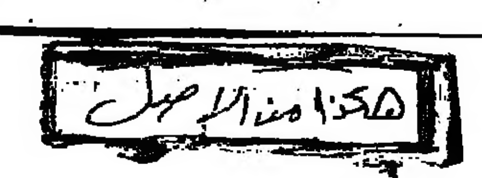
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesken, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps



Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

NÜRNBERGER SPIELWARENMESSE / Hasbro Bradley ist Branchenerster – Renaissance des Familienspiels

Die Elektronik bot nur ein kurzes Intermezzo

WERNER NEITZEL, Nürnberg

Trotz gesunkener Geburtenrate blicken die Spielwarenhersteller mit Zuversicht in die Zukunft. Die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Rückorientierung breiter Käuferschichten zu traditionellen Spielwaren (die Elektronik bot nur ein kurzes Intermezzo) und die Erschließung des Freizeit- und Erwachsenen-Bereiches machen ihnen Mut. So hat denn auch das Familien- und Brettspiel wieder eine wachsende Bedeutung gewonnen. Der Spielemarkt wird in der Bundesrepublik auf ein Volumen von 360 Mill. DM veranschlagt, das sind gut zehn Prozent des gesamten Spielwarenmarkts. Auf der Nürnberger Internationalen Spielwarenmesse (30. Januar bis 5. Februar) präsentieren über 1800 Aussteller aus 40 Ländern ihr Angebot.

ASS forciert Brettspiele

Durch Konzentration auf „wenige und knallharte Themen" will die ASS Vereinigte Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabriken AG, Leinfelden, nach Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Hans W. Jany ihr Geschäft im Familienspiele-Bereich wieder auf Touren bringen. Viel verspricht er sich von einem in Kooperation mit dem Heilpraktiker Manfred Köhnlechner entstandenen Gesundheits-Spiel. Nach wie vor ist der Spielkarten-Sektor, in dem ASS mit Abstand Branchenführer ist, die große Stütze des Unternehmens, dessen Konzernumsatz in 1985 um sechs Prozent auf 31 Mill. DM zugenommen hat. Über ein Drittel davon entfällt auf den Export.

Schachcomputer begehrt

Nicht konsolidiert sind die Umsätze der beiden Töchter in Großbritannien und USA mit je einer „siebenstelligen Umsatzzahl". ASS habe auch ein wesentlich verbessertes Ergebnis erzielt und werde nach jahrelanger Dividendenlosigkeit allmählich wieder ausschüttungsfähig. Investiert wurden in 1985 1,5 (1,4) Mill. DM, für 1986 sind 1 Mill. DM eingeplant.

Die Schach-Weltmeisterschaften des vergangenen Jahres und ihre Publizität haben der Schachcomputer-Industrie einen ungeahnten Aufschwung gebracht. Davon profitierte insbesondere die Hegener + Glaser AG, München, bekannt unter der Schachcomputer-Marke „Mephisto", die in dieser Sparte – daneben werden Bauelemente vertrieben – den Umsatz um gut 20 Prozent steigerte und ihren Marktanteil in der Bundesrepublik auf über 70 Prozent ausbaute. Der Umsatz des Unternehmens, das ein Viertel des Aktienkapitals von 5 Mill. DM breit gestreut hat, vergrößerte sich auf 38,5 (1984: 36) Mill. DM.

Das Marktpotential sei noch lange nicht ausgeschöpft. Neue Aktivitäten entfaltet das Unternehmen auf dem Gebiet der Displays und der Netzentstörfilter. Die Ertragslage des vergangenen Jahres war belastet von der Betriebseinstellung der Tochter Computerhaus GmbH, die Personalcomputer vertrieb und Verluste einfuhr. Davon dürfte auch die Dividendenzahlung (zuletzt 11 + 1 DM) tangiert sein.

Weiter auf Erfolgskurs sieht sich die Milton Bradley GmbH, Fürth, deutsche Tochter des amerikanischen Spielwaren-Riesen Hasbro Bradley. Das Fürther Unternehmen, entstanden aus der 1970 erfolgten Übernahme der Firma Frankenplastik durch MB, peilt für das laufende Geschäftsjahr 1986 eine Umsatzsteigerung auf 90 (1985: 75) Mill. DM an.

MB mit besseren Erträgen

Im Spielesektor, in dem sich MB auf dem deutschen Markt im Top-Trio der Anbieter einstuft, wartet man mit zwei neuen Erwachsenen-Spielen „Paris–Dakar" und „Skrupel" auf. Geschäftsführer Neil Giarratana schlüsselt den im vergangenen Jahr erzielten Umsatz auf in 60 Prozent Brettspiele, zehn Prozent Puzzles und 30 Prozent Spielzeug. Die Ertragslage habe sich stark verbessert. In Fürth werden mit etwa 300 Mitarbeitern Spiele und Puzzles produziert, das übrige Programm wird importiert. Die durch Fusion in 1984 entstandene Hasbro Bradley Inc. erzielte in 1985 einen Umsatz von 1,21 Mrd. Dollar und schob sich damit an Mattel (1,05 Mrd. Dollar) vorbei an die erste Stelle unter den Spielwarenherstellern der Welt.

RICKMERS WERFT / Anschlußkonkursverfahren eröffnet – 850 Mitarbeiter betroffen

Nach 150 Jahren droht nun das Ende

dpa/VWD, Bremerhaven

Das Amtsgericht Bremerhaven hat am Samstag den von der Rickmers Reederei GmbH Rickmers Werft gestellten Vergleichsantrag abgewiesen und das Anschlußkonkursverfahren eröffnet. Der Hamburger Rechtsanwalt Gerd G. Weiland wurde zum Konkursverwalter bestellt. Mit diesem Spruch besteht nach Ansicht des Konkursverwalters für den Erhalt der Rickmers Werft „kaum eine reale Chance".

Die 150 Jahre alte Rickmers Werft in Bremerhaven hatte im Oktober 1985 wegen Zahlungsunfähigkeit das Vergleichsverfahren beantragt. Die Frist zur Einreichung der erforderlichen Unterlagen war am 31. Januar abgelaufen. Da nach Weilands Angaben ein Vergleichsverfahren wegen fehlender Aufträge und mangelnder Liquidität nicht durchführbar war, habe die Geschäftsführung die entsprechenden Unterlagen nicht vorgelegt. Verhandlungen mit der New Yorker Finanzierungsgesellschaft Arab International Group und deren Präsidenten Basem Zakariya über den Umbau eines Passagierschiffes und Gespräche über die Übernahme der Werft scheiterten. Zuvor hatte die Allgemeine Ortskrankenkasse Bremerhaven Konkursantrag gestellt.

Der Reparaturbetrieb der Werft werde ohne Risiko für die Reparaturkunden fortgeführt, teilte Weiland mit, die beiden Neubauten ordnungsgemäß fertiggestellt. Die Arbeitsverhältnisse würden entsprechend dem Baufortschritt der beiden Neubauten aufgelöst werden. Bis zum Ablauf der jeweiligen Kündigungsfristen dürften die Löhne und Gehälter gesichert sein. Auf der Werft arbeiten noch 850 Mitarbeiter.

Der Schulden der Werft belaufen sich nach Angaben des Konkursverwalters nach einem Status vom 7. Oktober 1985 auf rund 100 Millionen DM, ohne Berücksichtigung vorhandener Aktiva. Nahezu sämtliche Aktiva des Unternehmens seien an Banken sicherungsübereignet oder abgetreten worden. Es bestünden zahlreiche Grundpfandrechte, die nicht bevorrechtigten Gläubiger könnten aller Voraussicht nach nicht befriedigt werden.

Der Bremer Wirtschaftssenator Werner Lenz sprach von falscher Unternehmenspolitik, die mit Änderungen der Steuergesetzgebung zusammengetroffen sei. Die Werft hatte lange von über Kommanditbeteiligungen finanzierten Schiffbauaufträgen profitiert und wurde von der Einschränkung der steuerlichen Verlustzuweisungen hart getroffen.

Die Bremer Vulkan AG hat inzwischen angekündigt, sie werde zu ihrem 50prozentigen Anteil an der Bremer Vulkan-Rickmers Werft Dock und Reparatur GmbH auch die restlichen Anteile übernehmen. Das bisherige Gemeinschaftsunternehmen werde damit auf fester wirtschaftlicher Basis arbeiten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Umsatzziel übertroffen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Telenorma-Gruppe, Frankfurt, will mit neuen Produkten der mittleren Datentechnik Anbietern wie Nixdorf Computer oder Wang Konkurrenz machen. Das von Bosch beherrschte Unternehmen hatte erst vor einem Jahr den Weg von der Nachrichtentechnik zur integrierten Bürokommunikation eingeschlagen. Wie Vertriebschef Otto-Felix Weigel mitteilte, hat Telenorma 1985 ihr Umsatzziel von zwei Mrd. DM übertroffen. 1984 war der Weltumsatz um rund vier Prozent auf 1,85 Mrd. DM gestiegen.

Pflanzenmesse in Essen

Essen (dpa/VWD) – Die 41 100 haupterwerblichen Gartenbaubetriebe mit 200 000 Beschäftigten haben 1985 einen Umsatz von 11,6 Mrd. DM erzielt. Für Blumen und Zierpflanzen zahlt nach Feststellungen des Zentralverbandes Gartenbau anläßlich der vierten Internationalen Pflanzenmesse in Essen jeder Deutsche pro Jahr 115 DM. Die 13 Millionen Gartenbesitzer haben 1985 über vier Milliarden DM in ihre Gärten gesteckt. Auf der Messe vom 1. bis 3. Februar in Essen sind 270 Aussteller aus zehn Ländern vertreten.

Beteiligung aufgestockt

Duisburg (dpa/VWD) – Die Klöckner CRA Technologie GmbH (KCT), Hamburg, hat jetzt drei Tochterfirmen des US-Technologieunternehmens USS Engineers + Consultants Inc. (UEC) in USA, Liberia und Japan voll übernommen. Bisher war KCT an den drei Gesellschaften zu 25 Prozent beteiligt, teilte die Konzernleitung der Klöckner-Werke AG in Duisburg mit. An KCT sind zu gleichen Teilen die Klöckner-Werke AG und der australische Rohstoffkonzern CRA Ltd. beteiligt.

Olivetti erhöht Kapital

Mailand (dpa/VWD) – Das italienische Büromaschinen- und Informatik-Unternehmen, Olivetti Spa in Ivrea, erhöht sein Kapital von jetzt knapp 500 Mrd. Lire (750 Mill. DM) auf 540 Mrd. Lire (818 Mill. DM). Das gab Olivetti-Präsident Carlo De Benedetti in Stockholm aus Anlaß der Wiedereinführung des Unternehmens auf dem schwedischen Markt an. Im Rahmen der Operation ist die Ausgabe von Obligationen der Auslandsholding Olivetti International im Gegenwert von 420 Mrd. Lire in Luxemburg vorgesehen. 1985 erhöhte sich der Umsatz des Konzerns im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent auf über 6 000 Mrd. Lire (neun Mrd. DM), wobei ein Reingewinn von umgerechnet über 250 Mill. Dollar erzielt wurde.

Kräftiges Wachstum

München (sz.) – Ein Umsatzplus von 23 Prozent auf 496,5 Mill. DM verzeichnete die Digital Equipment GmbH, München, deutsche Tochter des zweitgrößten Computerunternehmens der Welt, in den ersten sechs Monaten ihres Geschäftsjahres 1985/86 (30. 6.). Beim Auftragseingang ergab sich den Angaben zufolge ein Wachstum von 30 Prozent. Die Zahl der Mitarbeiter in der Bundesrepublik wurde um 400 auf 2809 Beschäftigte bis zum Jahresanfang 1986 aufgestockt.

Lackindustrie ohne Glanz

Wb. Frankfurt

Die deutsche Lackindustrie hofft darauf, in diesem Jahr die leichten Absatzrückgänge von 1985 wieder aufholen zu können. Dabei soll der wachsende Bedarf bei Auto- und anderen Industrielacken ebenso helfen wie die Belebung im Baubereich.

Vor allem die Bauflaute hatte 1985 für den Knick in der Absatzkurve gesorgt. Bautenlacke, Dispersionsfarben und kunstharzgebundene Putze waren jeweils um mehrere Prozentpunkte gefallen. Der frühe Winterbeginn tat dann ein übriges. So ging die Branchenproduktion insgesamt um ein Prozent auf 1,3 Millionen Tonnen zurück. Der Umsatz nahm allerdings noch um gut ein Prozent auf 5,4 Mrd. DM zu. Dazu trug wesentlich der höhere Anteil hochwertigerer Produkte (umweltfreundliche Wasser- und Pulverlacke sowie lösungsmittelarme Lacke) bei. Mit der Ertragslage ist die Branche allerdings noch unzufriedener als 1984, das bereits Erträge unterhalb des Flautenniveaus der Jahre 1979 bis 1982 gebracht hatte.

Wochenschlußkurse

New York

	31.1.	24.1.
Adv. Micro Dev.	27	29,125
Aetna Life	54	53,375
Alcan Aluminium	31,5	31,25
Alcoa	[illegible]	39,875
Allied Signal	47	45,125
AMR Corp.	46,625	44,5
Amax	13,625	14,875
Am. Cyanamid	59,75	56,75
Am. Express	56,25	52,375
Am. Motors	2,875	2,875
Am. Tel. & Telegr.	21,25	22,875
Amoco Corp.	56,875	60,375
Asarco	20,5	20,5
Atlantic Richfield	52,75	59,875
Avon Products	27,25	27,125
Bally	17,75	17,625
Bk. of America	12,875	13,375
Bethlehem Steel	17,375	15,625
[illegible]	21,75	20,5
Boeing	48,25	47,375
Brunswick	49,25	46,125
Burroughs	67,375	[illegible]
Caterpillar	46,75	43,125
CBS	114,25	114,375
Celanese	146,5	145,375
Chase Manhattan	77,875	77,875
Chrysler	46,125	42,75
Citicorp	49,625	51,125
Clorox	44,25	45
Coca-Cola	83,875	80,375
Colgate	32,75	31
Commodore	6,75	9,75
Comwth. Edison	30,125	29,375
Comm. Satellite	35,875	35
Control Data	19,75	[illegible]
CPC Int.	52,125	51
Curtiss Wright	44,25	45,125
Deere	28,25	29,75
Delta Airlines	43,5	40,875
Digital Equipm.	164	147,875
Dow Chemical	42,25	42,125
Du Pont	65,5	[illegible]
Eastern Gas-Fuel	25,75	24,125
Eastman Kodak	48,5	47,875
Exxon	51,875	52,125
Firestone	23,25	22
Fluor	15,75	15,75
Ford	62,625	60,375
Foster Wheeler	13,125	12,875
Fruehauf	27,5	25
GAF Corp.	56,75	56,25
General Dynamics	78	68,5
General Electric	70,875	[illegible]
General Instr.	19,375	19

	31.1.	24.1.
General Motors	75,75	69,25
Gen. T. & E.	48,75	46,625
Global Nat. Res.	2,875	3,5
Goodrich	34	33,75
Goodyear	32,75	30,625
Grace	51	57,25
Halliburton	[illegible]	24,375
Heinz	31,25	30,125
Hewlett Packard	39,375	39,375
Homestake	25,875	26,875
Honeywell	75,75	76,25
IBM	151,25	151,25
Int. Tel. & Tel.	38,875	38,375
Int. Harvester	9	9,875
Int. Paper	51,875	51,125
Int. North. Inc.	42,25	45,625
Jim Walter	41,625	42,625
Litton Industries	78,5	78,375
Lockheed Corp.	46,125	46,625
Loew's Corp.	61,5	58
Lone Star	31,75	29,375
Louisiana Land	30,875	29,75
LTV Corp.	6,25	6,625
Mc Dermott	15,5	17,5
Mc Donnel Doug.	77,25	74
Merck & Co.	[illegible]	157,875
Merrill Lynch	37,625	38,375
[illegible]	2,5	2,625
MGM (Film)	23,875	22,75
Minnesota M.	90,5	90,25
Mobil Oil	29,75	30,875
Monsanto	49,75	47
Morgan J.P.	64,25	63,5
Nat. Semiconductor	12,75	13,25
NCR	43,25	42,375
Newmont	50,875	52,25
PanAm World	8,75	7,875
Pantry Pride	9,875	9,375
Pfizer	48,375	49,875
Phibro	47,5	42,875
Philip Morris	95,5	97,625
Phillips Petroleum	10,75	11,875
Pittston	13	12,25
Polaroid	50,5	47,125
Prime Computer	24,5	23,625
[illegible]	66,875	66,875
RCA	[illegible]	62,625
Reynolds Ind.	33,125	31,5
Rockwell Int.	38,5	38
Rorer Group	33,875	34,375
Schlumberger	33,125	34,125
Sears, Roebuck	39,5	37,625
Singer	40,625	39,75
Sperry Corp.	[illegible]	50,125
Stand. Oil Calif.	34,5	34,375
Storage Techn.	3,5	3
Tandy	38,125	40,25
Teledyne	322,5	308,125

	31.1.	24.1.
Telex Corp	65,375	63,625
Tesoro	8,625	9,5
Texaco	28,25	29,75
Texas Instrum.	109,75	110,125
Tosco	3,25	4
Trans World Corp	37,875	37,5
Transamerica	36,375	33,875
Travelers	48,375	46,25
UAL	53,75	52,375
Uccel Corp	15,375	16,375
Union Carbide	82,375	75,375
Union Oil of Calif	23,75	25,875
US Gypsum	62,375	45,625
US Steel	23,25	25
United Technologies	46,875	45,875
Walt Disney	118,25	121,5
Warner Comm.	38,75	37,125
Westinghouse El.	44,875	42,625
Weyerhaeuser	32,25	30,75
Whittaker	[illegible]	21,875
Woolworth	62,75	60,25
Xerox	64,5	61,125
Zenith Radio	19	19,375
Dow Jones Index	1570,99	1536,70
[illegible]	211,78	208,43

Toronto

	31.1.	24.1.
Abitibi-Price	21	16,5
Alcan Alu.	44,875	45,75
Bk. of Montreal	32,375	33,5
Bk. of Nova Scotia	13	13,375
Bell Cda Enterprises	38	39,75
Bluesky Oil	2,75	3,1
Bow Valley Ind.	17,625	15
Brenda Mines	8,625	–
Brunswick M & Sm.	13,375	13,75
Cdn. Imperial Bk.	21,375	22,25
Cdn. Pacific Ltd.	18,5	18,125
Cominco	12	13,25
Coseka Res.	[illegible]	2,47
Denison Mines	11,5	13,25
Dome Petroleum	2,75	3,1
Domtar	23,875	22,75
Falconbridge Ltd.	23,5	23,375
Great Lakes Forest	20	18,75
Gulf Canada	20,5	20,625
Gulfstream Res.	0,84	0,98
Hiram Walker Res	29,375	31,25
Hudson Bay Mng. Sm.	8,25	7,75
Husky Oil	9	10
Imperial Oil -A-	45,875	49,125
Inco	20,75	19,875
Inter City Gas Ltd.	15,875	16,25
Interprov. Pipeline	41,375	42,5
Kerr Addison	18	[illegible]
Lac Minerals	35,875	38,125
Massey Ferguson	3	3,05
Moore Corp.	27,875	26,875
Noranda Mines	16,625	17
Norcen Energy Res.	15,5	16,375
Northgate Expl.	4,65	5,13
Northern Telecom.	36,625	35,125
Nova An Alberta "A"	4,625	4,75
Nu West Group	0,39	0,38
Oakwood Petrol	7	7,25
Placer Development	25,25	24,375
Provigo Inc.	16,75	16,5
Ranger Oil	4,7	4,65
Revenue Properties	2	1,95
Rio Algom	25	24,425
Royal Bk. of Can.	31	32,5
Seagram	66	64,875
Shell Canada	21,375	23,125
Sherritt Gordon	8	8,25
Stelco -A-	25,75	25,625
TransCda. PipeLines	19,625	20,625
Westcoast Transm.	16,875	16,875
Index TSE 300	2847,90	[illegible]

Tokio

	1.2.	[illegible]
Alps	1960	1830
Bank of Tokyo	[illegible]	725
Banyu Pharma	710	686
Bridgestone Tire	516	517
Canon	1110	1180
Daikin Kogyo	600	615
Daiwa House	865	[illegible]
Daiwa Sec.	790	737
Eisai	1350	1340
Fuji Bank	1500	1530
Fuji Photo	2000	1980
Fuji Radio	2840	–
Hitachi	784	788
Honda	1140	1250
Ikegai Iron	370	360
Isetan	666	700
Ito Yokado	3050	3070
Japan Air	13000	9430
Japan Met.	340	348
Japan Syn. Rubber	441	430
Kajima	465	465
Kansai Elec.P.	2010	1970
Kao Soap	1050	997
Kawasaki H	154	159
Kawasaki S	159	157
Kirin Brewery	780	753
Komatsu	486	507
Kubota Iron	344	348
Kyocera	4810	4400
Makita El.	974	990
Marui	1650	1680
[illegible]	1330	1290
[illegible]	860	870
Mitsubishi CP	518	[illegible]
Mitsubishi El.	345	348
Mitsubishi Estate	1100	1140
Mitsubishi Heavy I.	349	373
Mitsui Co. Ltd	410	414
Mitsukoshi	587	610
Mitsumi El	1000	[illegible]
Nichicon	885	–
Nihon Cement	351	332
Nikko Sec.	687	[illegible]
Nippon El.	1290	1300
Nippon Kokan	151	151
Nippon Oil	806	816
Nippon St.	158	157
Nippon Yusen	298	304
Nissan Motor	558	582
Nomura Sec.	1140	1050
Olympus	1050	990
Penta-Ocean	587	547
Pioneer	1830	1780
Renown	748	770
Ricoh	1100	1090
Sankyo	1140	1100
Seiyu Stores	1050	1050
Sekisui Pref.	830	818
[illegible]	908	940
Shiseido	1320	1340
Sony	3710	4070
Sumitomo Bank	735	770
Taisei Corp.	337	314
Taisho Marine	610	[illegible]
Takeda Chem.	997	[illegible]
Teijin	442	475
Tokyo Elec.	1260	1250
Tokyo Gas	[illegible]	[illegible]
[illegible]	946	[illegible]
Tokyo El. Power	2840	2780
Toray Ind.	498	508
Toshiba Elec.	376	368
Toto	880	864
Toyo Kogyo	398	399
Toyota Motor	1230	1250
Yamaichi	680	690
Yamanouchi	3040	3080
Yamaha	677	640
Yamazaki	885	854
Index	1044,30	[illegible]

Karge Kompositionen aus langsam rostendem Stahl: Die Skulpturen des Bildhauers Richard Serra

Was bedeutet das Monstrum im Vorgarten?

Wer bestimmt eigentlich, wo welche Kunst öffentlich aufgestellt wird? Wer sollte bestimmen? Die Künstler? Die Verwaltung? Die Bürger? Auf solche Fragen versucht Werner Krügers Film am Beispiel von Werken des US-amerikanischen Metallbildhauers Richard Serra Antwort zu geben. Serras Werke sind, Stähle des Anstoßes, nur im Museum vor Anschlägen sicher. Beim breiten Publikum ist er einer der bestgehaßten Leute.

Kaum einer weiß mit seinen kargen Kompositionen aus langsam vor sich hinrostendem Stahl etwas anzufangen. Zumal sie schon mal ihrem eigenen System widersprechen: Das Bochumer „Terminal", vor dem Bahnhof an ungünstiger Stelle plaziert, ist so berechnet, daß die tonnenschweren Stahlplatten nur durch Aneinanderlehnen stehen. Aber wegen des Winddrucks und der Verkehrserschütterungen sind sie sicherheitshalber verschweißt worden – trotz Proteste des Künstlers.

In Bochum und in Marl wie jetzt in New York („Tilted Arc"), sind Serra-Werke auf wenig Gegenliebe gestoßen. Das Bochumer „Terminal" wird mittlerweile mit einem Eisenzaun gegen den Mißbrauch als Bedürfnisanstalt geschützt – Narrenhände haben es außen ohnehin bis in erreichbare Höbe beklebt und beschmiert. Serras wegen wäre das nicht nötig gewesen – er hat gesagt, daß es auch etwas über die Leute aussage, wenn sie in einem seiner Werke ihre Notdurft verrichteten. Das „Terminal" hat zwei Zonen bekommen – eine, die von einer besonderen Form der öffentlichen Aneignung des Werkes kündet, eine, die sich in jungfräulichem Rost als Kunst in die Sphären erhebt.

Die Anti-Serra-Haltung ist kein Charakterzug der biederen Bochumer. Auch in New York, der ach-so-weitherzigen und aufregenden Metropole der westlichen (Kunst-)Welt, formiert sich der Widerstand von Bürgern gegen ein Serra-Werk: Der vierzig Meter lange „Gekippte Bogen" auf der Federal Plaza in New York, wo auch das FBI residiert, schwingt sich elegant aus dem Bereich des Kunstverständnisses der meisten Mitarbeiter der dort ansässigen Bundesbehörden, vor denen er plaziert ist.

Kunst auf der Kippe – ZDF, 22.10 Uhr

In den USA entscheiden bei öffentlicher Kunst vor Bundesbehörden diese selbst beziehungsweise die „GSA", die als „General Services Administration" zuständige Baubehörde, wer da was aufstellen darf. Nun versuchen die Serra-Gegner, durch juristische Schritte von der Last der sie seelisch bedrückenden Stahlplatte befreit zu werden, nachdem „friedliche" Bemühungen nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben. Da die Vereinigten Staaten auch juristisch das Land unbegrenzter Möglichkeiten sind – mit einem gelegentlich ans Absurde grenzenden Rechtssystem –, wird der Ausgang des Streits der Serra-Freunde und Serra-Gegner mit Spannung erwartet.

Besonders amerikanische Künstler fürchten, daß es hier zu einem Präzedenzfall kommt – mit der kulturvernichtenden Konsequenz, daß jede mißliebige Kunst, besonders eben die abstrakte, auf Volksvotum hin abgebaut werden kann. Wenn dann Leute wie Jerry Falwell, Gründer der „moral majority", anfangen, gegen Kunst zu klagen, dann kann e. e. cummings' Wort vom „pretty girl who naked is, is worth a million statues" einen ganz neuen Sinn bekommen.

Nun gibt es aber nicht nur Feinde Serras. In Paris, wo Serra einen seiner rostigen Riesen aus Dickblech („clara Clara") in eine Linie mit dem Triumphbogen und Obelisken stellen durfte, hat sich niemand besonders aufgeregt. Nur der Direktor des Louvre fragte besorgt, was das Monstrum in seinem Vorgarten bedeuten solle.

Richard Serra bekam 1981 den Kaiserring in Goslar und wurde 1985 in Frankreich zum Ritter des Ordens „des Arts et des Lettres". Die offizielle Wertschätzung und die Beliebtheit beim Publikum des frischgebackenen Chevaliers klaffen offenbar weit auseinander. Vielleicht kann Werner Krügers Film dazu beitragen, daß die Kluft ein wenig schmaler wird.

GERHARD CHARLES RUMP



Stahl des Anstoßes: Richard Serras Plastik „Terminal" vor dem Bochumer Hauptbahnhof
FOTO: FRIEDRICH STARK

ARD | ZDF | SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau
10.03 Die Schwarzwaldklinik
10.50 Hallo – ich mag Dich
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Höchste Zeit
Ein Magazin: schnell, gedankenlos, unschädlich
16.40 Chic
Aktuelle Mode, Trends und Tips von und mit Marie Louise Steinbauer
17.20 Pan Tau
Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Engels & Consorten
5. Auf Biegen und Brechen
21.14 Ein Platz an der Sonne
21.15 Arme Welt – Reiche Welt
Der lange Marsch zum Himmelreich
22.00 Ein Mann macht klar Schiff
Letzte Folge: Die Rettungsaktion
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Augen, der Mund
Italienischer Spielfilm, 1982
Mit Lou Castel, Angela Molina, Michel Piccoli u. a.
Regie: Marco Bellocchio
Der Schauspieler Giovanni, ein rebellischer Bürgersohn, kehrt nach dem Selbstmord seines Zwillingsbruders ins wohlhabende Elternhaus zurück. Von Schuldgefühlen getrieben, beteiligt er sich an dem frommen Betrug, zum Trost der Mutter den Freitod als Unfall zu vertuschen. Der Verlobten des Bruders bringt er zunächst eine zwiespältige Haßliebe entgegen.
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Biotechnologie
5. Syntheseanlage „Z"
Anschließend heute-Schlagzeilen
16.35 Die Maultrommel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Computerkinder
Dazwischen heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Gefangene der Liebe
Deutscher Spielfilm, 1954
Mit Curd Jürgens, Annemarie Düringer, Bernhard Wicki u. a.
Regie: Rudolf Jugert
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Klasse statt Masse – Neue Wege im Warenhaus / Arbeitszeitmodell – Freie Tage auf Kredit / Adressenhandel – Vorbei am Datenschutz? / Preissturz beim Öl – Wie lange kann Großbritannien mithalten? / Tip: Öl jetzt kaufen oder warten?
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal / Politbarometer
22.10 Kunst auf der Kippe
Streit um Richard Serras Stahlskulpturen
Film von Werner Krüger
22.40 Die stillen Stars
Nobelpreisträger privat gesehen von Frank Elstner: Owen Chamberlain
23.10 Das verrückte Orchester
Israelische Slapstick-Serie in zehn Folgen
1. Die Primadonna
23.35 heute

SAT 1

15.00 Kimba, der weiße Löwe
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
18.00 Westlich von Santa Fé
Oder Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Schätz' mal
19.45 Johannes und die 13 Schönheitsköniginnen
Deutscher Spielfilm, 1951
21.30 APF blick
22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Thema der Woche: Lebensmittel – Streit um Strahlen
22.45 JuxBox Extra
23.00 Matt Houston
23.55 APF blick

3SAT

18.10 Tele-Zoo
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Na, sowas!
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Montagskino
Dreckige Hunde
Amerikanischer Spielfilm, 1977
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Vier heiße Tage
Englischer Spielfilm, 1974
21.45 RTL-Spiel
22.00 Bonnfetti
23.35 Wetter/Horoskop/Betthupferl

KRITIK

Ein seelenloser Pseudo-Wohltäter

Der Zuschauer wußte es von Anfang an: Der Mann dort, scheinbar unbewegt in Mimik und Seele, verbrennt die flugs gepackte Reisetasche, um etwas zu vertuschen: Den Mord in einem hübschen Dorf (ARD). Er hat ihn verübt an der eigenen Frau – fatales Ende einer zerrütteten Ehe, hinter der vor allem die Schwangerschaft der netten, blonden Dorflehrerin Muriel steht. Stephan Bertin, Negativheld dieser französischen TV-Erstaufführung, dargestellt vom hier längst vertrauten Victor Lanoux, ist nämlich ein erfolggewohnter Schürzenjäger.

Und das nicht nur bei den jeweils neuesten Lehrerinnen: Bertin ist in diesem raffiniert gestrickten Psycho-Krimi von Etienne Périer (1979) als Gerberei-Besitzer nicht nur Arbeitgeber für über 200 Menschen, sondern des Dorfes Gesetz. Diesem seelenlosen Pseudo-Wohltäter seiner kleinen Kommune und Strippenzieher für die Marionetten im Gemeinderat tritt, aufgrund einer Anzeige durch seine Schwägerin, der Stadtrichter Noblet (herrlich clever-dröge und mit Peter Schiffs Stimme ein richtiger gallischer Wonne-Columbo: Jean Carmet) entgegen.

Die klassische Duellsituation, aus Western wohlbekannt, mit jeder Menge raffinierter Tell-Gefechte, ist perfekt. Als es fast so aussieht, als würde Bertin auch den Noblet in die Tasche kriegen, entdeckt der die Leiche von Madame. Der lustige Witwer macht seine Drohung wahr, schließt seinen Betrieb und wird – trotz allerlei fataler Etappen – freigesprochen!

Ein feingesponnenes Sujet, dessen Ende der Qualität des ganzen Films entspricht: Der Sieger als regennasser Held, geächtet hinter vorgehaltenen Händen, verlassen von schwangerer Geliebter, dem plötzlich klar wird, daß erzwungene Macht ihre tristen Seiten hat.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Der WDR strebt zum Ausgleich erwarteter Defizite für 1988 eine Anhebung der Rundfunkgebühren von derzeit 16,25 Mark auf rund 20 Mark an. Vertreter des Rundfunkrates und der Verwaltung des Kölner Senders kündigten an, daß der WDR ohne eine Gebührenerhöhung bis 1989 seine derzeitigen Rücklagen von rund 500 Millionen Mark aufgebraucht haben werde und darüber hinaus mit einem Defizit von rund einer Viertel Milliarde Mark rechnen müsse. Bei einer Gebührenerhöhung erst zum Jahre 1989 müßte der Steigerungssatz sogar noch höher ausfallen. dpa

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
Chemie Vertiefungssendung (4)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (9)
Die Hochzeit
20.45 Gesucht – Gefunden
22.15 J. H. Darchinger – Pressefotograf
Ein Film von Rainer Horbelt
22.45 Wie ein freier Vogel
Ein Film von Hark Bohm
0.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Fußballschule (1)
19.00 Praktische Tips
19.15 Leben mit dem Tierversuch?
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Naturheilverfahren
21.15 Amerika
Magazin von Ingrid Menzel
22.15 Frau in Notwehr
Amerikanischer Spielfilm, 1948
Mit Loretta Young u. a.
Regie: William Dieterle
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty (11)
18.55 Pimpa (11)
19.05 Drei – D Spezial
Stanley Beamish Festival
20.00 Horizonte
20.45 Die Sprechstunde
Älter werden – mobil bleiben
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Götter stiehlt man nicht
22.30 171. NDR Jazzworkshop (2)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars (4)
18.35 Fury (5)
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
20.15 Der Turm
30 Jahre Fernsehturm in Stuttgart
21.00 Klimbim
21.45 Kleines Glück
Frauen in einem chinesischen Dorf
22.45 Jazz am Montagabend
23.35 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
Kulturzeit der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
Das Jugendprogramm mit Musik
20.45 Das neue Maschinenzeitalter im Zeichen des Computers
Maschinenbau – Deutsche Spitzentechnologie im Umbruch
Bericht von Paul Hermanns
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Magnum
Der letzte Cowboy
23.55 Rundschau

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grund der Sprachlosigkeit

„Pauken oder Wie man Sprache lernt"; WELT vom 22. Januar

Aus der Sicht eines Fremdsprachenlehrers kann ich dem Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Theodor Berchem, nur zustimmen, wenn er bei einem Teil unserer Schüler und Studenten sprachliche Defizite feststellt und dies den Schulen beziehungsweise den dort gültigen Lehrplänen anlastet. Wo liegen die Gründe für diese „Sprachlosigkeit"?

● Der Deutsch-Unterricht krankt meines Erachtens von der Grundschule an daran, daß das Systematische, die Rechtschreibung, die Grammatik, die Zeichensetzung, kurz: das „Handwerkliche", wie Berchem sagt, nicht mehr in ausreichendem Maße vermittelt wird. „Eine Überbetonung formalen grammatikalischen Wissens soll vermieden werden", so ein Zitat aus dem Lehrplan für die 4. Jahrgangsstufe der Grundschule in Bayern. Wie soll ein Schüler im Englischen zum Beispiel den vom Deutschen abweichenden Gebrauch der Zeiten verstehen, wenn er nicht einmal in seiner eigenen Muttersprache genau über Bildung und Gebrauch der Zeiten Bescheid weiß? Wie soll er (in der 7. Klasse) im Lateinischen mit dem Passiv zurechtkommen, wenn er dies nie im Deutschen gelernt hat?

● Im neusprachlichen Bereich wurde in den letzten Jahren die Kommunikationsfähigkeit zum obersten Lernziel erhoben, ohne daß meines Wissens jemals jemand genau definiert hätte, was darunter zu verstehen sei. Auch Kommunikationsfähigkeit gibt es schließlich auf verschiedenen Ebenen! Und wie soll ein Schüler „das, was er zu sagen hat, in Worte fassen" (Berchem), wenn die Lehrpläne vorsehen, daß er beim Eintritt in die Oberstufe im Englischen nur über ca. 1600 Wörter, im Französischen über ca. 1800 Wörter „sprachproduktiv" verfügt? Wie soll er sich differenziert ausdrücken, wenn darüber hinaus im grammatikalischen Bereich genau unterschieden wird, zwischen Erscheinungen, die er aktiv beherrschen soll, und solchen, die er nur sprachrezeptiv, das heißt passiv, zu verstehen braucht? Wie soll ein Schüler treffend formulieren, wenn er nur gelernt hat, sich zu drücken? Dank der inzwischen allgemein verbreiteten Textaufgabe braucht er ja nicht mehr „Farbe bekennen", wenn er ein bestimmtes Wort, eine bestimmte Konstruktion nicht beherrscht; er redet oder schreibt einfach drum herum. Genauigkeit ist im heutigen Fremdsprachenunterricht nur ein untergeordnetes Lernziel. Hauptsache, man kann sich verständlich machen!

Bleibt nur zu hoffen, daß mahnende Worte, wie sie Professor Berchem immer wieder ausspricht, auch in den Kultusministerien gehört – und beherzigt werden! Auch dort sollte man wissen, daß bei aller Humanisierung der Schule, bei aller Orientierung der Lehrpläne am Schüler und Jugendlichen die Qualität nicht vernachlässigt werden darf. Um diese sollte man sich bei der nächsten Schulreform verstärkt bemühen!

Mit freundlichen Grüßen
Rotraud Sonnabend,
Erlangen

Selbstbedienungspolitik?

„Kritik an Karlsruher Brokdorf-Entscheidung – Rupert Scholz auf dem Rechts-Kongreß der CDU/CSU"; WELT vom 25. Januar

Der deutschen Bevölkerung wird zunehmend bewußt, wie total sie in „unserer" repräsentativen Demokratie (mit der vor Konkurrenz schützenden Fünf-Prozent-Klausel) den etablierten Selbstbedienungspolitikern ausgeliefert ist. Denn Volksabstimmungen (wie sie in der Schweiz mit Erfolg praktiziert werden) sind ja in dem sakrosankten Grundgesetz (das weder von einer vom Volk gewählten verfassungsgebenden Nationalversammlung geschaffen, noch durch eine Volksabstimmung bestätigt wurde) aus „guten Gründen" – wie der Berliner Senator meint – nicht vorgesehen. Sein Wort von den „guten Gründen" werden Wahlvolk-Berliner als Verhöhnung empfinden, angesichts ihrer Erfahrungen mit dem jahrelangen „roten Filz", den sie schließlich „abwählten", – um nun vor dem „schwarzen Filz" resignieren zu müssen (WELT vom 25. 1., Seite 3).

Jetzt jammern „unsere Demokraten" über Massen-Demonstrationen, Bürgerinitiativen, Rechts- und Links-Extremisten, die chaotische Grünenbewegung und die Wahlverweigerer. Diese Entwicklung hatten sie doch selber heraufbeschworen durch ihre Arroganz. Es ist höchste Zeit, daß sie einsehen, daß es nicht gut ausgehen kann, wenn man dem Volk die Demokratie preist, ihm aber jede echte Mitwirkung versagt. Noch können sie das ändern, aber es muß sehr bald sein!

In diesem Zusammenhang ein Zitat von Dr. jur. Hubert Reinfried, Präsident a. D. einer Bundesakademie (Deutsches Rechtsbuch – Was jeder vom Recht wissen muß, Seiten 170/171): „Eine Ergänzung des GG hinsichtlich der Einführung von Volksabstimmungen und damit die Hinwendung zu einer Art gemäßigter „plebiszitärer Demokratie" wäre nach Art. 79 GG verfassungskonform (jedenfalls so die herrschende Meinung)."

Adolf Ernst,
Bobingen

Was ist Gewinn?

„Der Gewinn, die unbekannte Größe"; WELT vom 21. Januar

Sehr geehrter Herr Gillies,

die Fragestellung, jahrein, jahraus, lautet: „Was schätzen Sie, bleibt als Gewinn übrig, wenn ein Industrieunternehmen für hundert Mark Waren verkauft – und zwar nach Abzug aller Kosten und Steuern?" Diese Frage läßt völlig offen, was gemeint ist: der Gewinn aus dem Umsatz oder der Gewinn aus dem eingesetzten Kapital. Selbst nur jeder fünfte leitende Angestellte konnte (nach Ihrer Nachricht) einen richtigen Tip abgeben – und die müßten es doch wissen. Sie wissen nämlich, wie die meisten Bürger auch, daß sich der Gewinn eines Unternehmens nicht vom Umsatz berechnet, sondern sich auf das eingesetzte Kapital bezieht.

Schließlich hat so mancher BWL-Student seine Not, bis zum Ende seines Studiums die verschiedenen Definitionen des Unternehmensumsatzes zu lernen; er lernt aber schon im ersten Semester, wie wichtig es ist zu wissen, wieviel Gewinn vom eingesetzten Kapital abfällt. Diese Zahl können Sie dann auch bei jedem Börsendienst nachlesen. Dort sind Gewinne je Aktie für alle großen deutschen Aktiengesellschaften aufgeführt.

Dort ist zum Beispiel zu lesen, daß VW für 1985 einen Gewinn von 80 Mark pro 50-Mark-Aktie erwartet. Nach dem Niederwertsprinzip sind das 160 Prozent Gewinn; bei einem Kurswert von 500 Mark pro Aktie immer noch 16 Prozent.

Mit freundlichem Gruß
Hinrich Stange,
Hamburg 74

*

Ich war begeistert, daß Ihre Redaktion den Mut gefaßt hat, das Tabuthema „Gewinn" anzupacken.

Leider haben Sie jedoch mit Olaf Sievert den falschen „Weisen" gefunden. Sie sollten besser das Gespräch mit dem Experten Professor Dr. Claus Köhler suchen. Es ist gut, daß Sievert Sie an „vergessene Wahrheiten" der Ökonomie erinnert. Leider hat er sich jedoch in der Schublade geirrt, als er die Sparsamkeit als stets gute Eigenschaft preist. Sie mag für unsere Beamten eine wichtige Tugend sein, jedoch ist die Sparsamkeit der Bevölkerung die Ursache der niedrigen Gewinne, damit der zu niedrigen Selbstfinanzierungsquote und damit der hohen Arbeitslosigkeit.

Es wäre wünschenswert, wenn Sie Ihre Leser auch darüber aufklären würden, mit welcher Strategie die Gewinne der Unternehmen soweit gesteigert werden können, damit wieder zwei bis drei offene Stellen auf einen Arbeitslosen kommen.

Hans-Jürgen Ahlers,
Celle

Sterbehilfe

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Tötung eines ungeborenen, gesunden, vielleicht sehr wertvollen Menschen bedarf es nur entsprechender Gutachten, um sie straffrei und auch noch auf Staats- oder Krankenkassenkosten zu vollbringen.

Wenn aber ein alter, schwerkranker, qualvoll dem sicheren Tod entgegengehender Mensch um Sterbehilfe bittet, darf ihm diese nicht gewährt werden. Der Todeskandidat muß so lange leiden, bis daß ihn seine Krankheit langsam aber sicher umbringt. Das geschieht gemäß dem im Grundgesetz festgeschriebenen Recht auf Leben, das – so wird gesagt – vom Schöpfer gegeben und allein von diesem wieder genommen werden kann. Von Barmherzigkeit ist im Grundgesetz keine Rede. Wer solche auf eigene Verantwortung mit gutem Gewissen ausübt, macht sich strafbar und wird des Mordes beschuldigt.

Die Kirche ist es, die in dieser, wie auch in vielen anderen Angelegenheiten, gewichtig mitredet und ihre Auffassung durchzubringen versucht. Dabei sollte aber gerade sie, die in früheren Jahrhunderten barmherzig gewesen ist, die viele Prüfungen hinter sich hat, jetzt nicht mehr unduldsam, sondern barmherzig sein.

Freundliche Grüße
Ernst Hartmann,
Fintel

Wort des Tages

„Es gibt keine einseitigen Pflichten und einseitigen Rechte. Pflichten und Rechte gehören zusammen wie die obere und die untere, wie die rechte und die linke Seite."

Johann Gottfried Herder, deutscher Theologe und Autor (1744–1803)

Personalien

EHRUNGEN

Die österreichische Publizistin und Übersetzerin **Hilde Spiel** (74) erhält den mit *10 000 Mark* dotierten Ernst-Robert-Curtius Preis für Essayistik 1986. Die Auszeichnung sei Frau Spiel für ihr essayistisches Lebenswerk zuerkannt worden, teilte der Stifter des Preises, der Bonner Buchhändler **Thomas Grundmann**, mit. Ihre Essays über Englisches, über Wienerisches und über Historisches gehörten zu den klügsten Aufsätzen in der deutschsprachigen Literatur der Gegenwart, hieß es in der Begründung der Jury. Vor Frau Spiel, die den Preis am 16. April in Bonn verliehen bekommt, waren damit schon **Kurt Sontheimer** (1985) und **Golo Mann** (1984) geehrt worden. Seit 1972 ist Hilde Spiel Mitglied der deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

*

Für seine Arbeiten zur Bekämpfung von Krebskrankheiten erhielt der Professor an der Poliklinik der Münchener Universität, **Rüdiger Hehlmann**, den mit 5000 Mark dotierten Curt-Bohnewand-Preis. Der Mediziner hat u. a. Testsysteme für Tumor-Virus-Antigene und retrovirusverwandte Antigene entwickelt. Sie werden vor allem bei Leukämien und ihrer Subklassifizierung, aber auch für Bindegewebsgeschwülste und Brustkrebs angewandt. Der Fonds für die Unterstützung der Krebsforschung wurde von dem Kaufmannsehepaar **Curt** und **Erna Bohnewand** gestiftet und 1962 an der Ludwig-Maximilians-Universität eingerichtet. Sei 1966 wurde der Wissenschaftspreis aus den Erträgen des Nachlasses finanziert.

*

In acht Sprachen haben die Sieger im Bundeswettbewerb Fremdsprachen in einem abschließenden Kolloquium in Bonn mit Fachleuten aus Schule, Hochschule, Wirtschaft und Verwaltung ihre Kenntnisse bewiesen. Aus bundesweit über 600 Schülerinnen und Schülern, die sich an dem Wettbewerb 1984/85 beteiligten, wurden insgesamt 16 Preisträger ermittelt, teilte der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der den Schülerleistungswettbewerb gemeinsam mit dem Bundesbildungsministerium fördert, mit. Bundessieger wurden **Sujata Banerjee** (Heidenheim/Brenz), **Lucinde Lauer** (Göttingen) und **Corinna Wicke** (Reutlingen). Sie werden in die Förderung durch die Studienstiftung des deutschen Volkes aufgenommen. Die zweiten und dritten Preisträger erhalten neben Sachpreisen Zuschüsse zu sprachorientierten Auslandsaufenthalten.

*

Siegfried und **Magdalena Wiesinger**, Leiter der Christoffel-Blindenmission in Bensheim, sind für ihre 25jährige Tätigkeit für diese Hilfsorganisation mit dem Kronenkreuz in Gold des Diakonischen Werkes der evangelischen Kirche ausgezeichnet worden. Der Direktor von „Brot für die Welt", Pfarrer **Hans-Otto Hahn**, überreichte die höchste Ehrung des Diakonischen Werkes in der Bundesrepublik.

GERICHTE

Der Vorsitzende Richter am Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel, Dr. **Dirk Neumann** (62), wird vom 1. Februar an neuer Vizepräsident des höchsten deutschen Arbeitsgerichts. Er löst den bisherigen Vizepräsidenten Professor Dr. **Fritz Auffarth** (68) ab, der wegen Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand tritt.

Das Richterkollegium des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel ist erweitert worden: Vom Richterwahlausschuß in Bonn wurden vier neue Richter bestimmt. Die Erhöhung der Zahl der Richter wurde notwendig, weil am BAG wegen des großen Arbeitsanfalls ein achter Senat gebildet worden soll. Neue Richter am BAG wurden die Vorsitzenden Richter **Reiner Ascheid** vom Landesarbeitsgericht (LAG) Mainz, **Hans-Jürgen Dörner** (LAG Hamm), **Dr. Peter Freitag** (LAG Berlin) und **Dr. Hans-Hermann Olderog** (LAG Hamburg). Außerdem teilte das Bundesarbeitsgericht mit, daß der bisherige Bundesrichter Professor **Dr. Waldemar Röhsler** vom Bundespräsidenten zum Vorsitzenden Richter am BAG ernannt wurde.

*

Der bisherige Vizepräsident des Landgerichts Hannover, **Kurt Chappuzeau**, wird neuer Präsident des Gerichts. Das niedersächsische Kabinett hat dies auf Vorschlag von Justizminister **Walter Remmers** beschlossen. Chappuzeau ist Nachfolger von **Horst-Günther Thölke**, der im Dezember 1985 in den Ruhestand gegangen ist. Der neue Gerichtspräsident (Jahrgang 1934) soll am 3. März in sein Amt eingeführt werden.

BERUFUNGEN

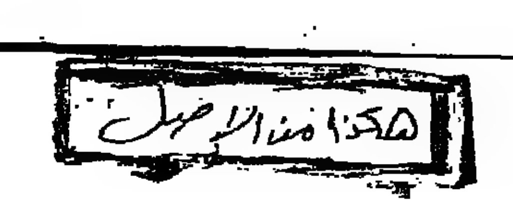
Professor Dr. **Hansjörg Sinn**, der Geschäftsführende Direktor des Instituts für Technische und Makromolekulare Chemie der Universität Hamburg, ist vom Bundespräsidenten erneut in den Wissenschaftsrat, dem höchsten Beratergremium auf Bundesebene, berufen worden. Der ehemalige Hamburger Wissenschaftssenator gehörte dem Rat bereits von 1970 bis 1976 an.

*

Auf Vorschlag des Senats der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hat der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz Herrn **Dr. Drs. h. c. Helmut Schlesinger** (61), Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, zum Honorarprofessor ernannt. Professor Schlesinger, der seit 1952 in der Deutschen Bundesbank tätig ist, ist dort außer für das Amt des Vizepräsidenten zuständig für den Aufgabenbereich Volkswirtschaft und Statistik und zeichnet damit auch verantwortlich für Grundsatzfragen der Geldpolitik sowie Analysen der währungspolitischen und allgemeinwirtschaftlichen Lage. Im Jahre 1981 wurde ihm der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik sowie die Ehrendoktorwürde der Universität Frankfurt und der Universität Göttingen verliehen.

AUSSTELLUNG

Die Ausstellung „Kohle 2000" hat 900 Gäste in die nordrhein-westfälische Landesvertretung in Bonn geführt. Gastgeber dieser Mammutveranstaltung waren der nordrhein-westfälische Minister für Bundesangelegenheiten **Günther Einert**, die Rheinischen Braunkohlenwerke AG, Köln, die Ruhrkohle AG, Essen, das Essener RWE, die Steag Aktiengesellschaft, Essen, die Veba AG, Düsseldorf und die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, Dortmund. Auftakt der großen Ausstellung war eine energiepolitische Diskussion, an der sich neben Minister Einert auch **Rudolf von Bennigsen-Foerder**, der Veba-Vorsitzende, und NRW-Wirtschaftsminister **Reimut Jochimsen** beteiligten. Alle drei Herren kamen zu dem Fazit, Kohle sei heute keine schrumpfende Branche, sondern habe auch weiterhin Zukunft. Die derzeitige Entwicklung der Ölpreise nannten die drei „hochgefährlich", weil der niedrige Ölpreis der Opec dazu angetan sei, nun wieder andere Energieträger zu verdrängen. Unter den vielen Gästen in der Landesvertretung waren Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau**, Bundesminister **Heinrich Windelen**, CDU, der frühere Finanz- und Verteidigungsminister **Hans Apel**, SPD, und eine Vielzahl von ausländischen Missionschefs, unter ihnen der Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn, **Ewald Moldt**.





FUSSBALL / Auch Hamburger SV konnte Werder Bremen auf dem Weg zur Meisterschaft nicht stoppen – Trainer weiter im Blickpunkt

Klimaschefski: Ich habe gute Arbeit geleistet

BERND WEBER, Saarbrücken

Uwe Klimaschefski gilt als frecher Sprücheklopfer. Doch nur mit flotten Worten („Ich habe ein Angebot aus Grönland, aber die wollen nur mit Fischen bezahlen") wird keine Mannschaft innerhalb von drei Jahren aus der Amateuroberliga in die Bundesliga geführt. Jetzt steht fest, daß der Trainer den 1. FC Saarbrücken verläßt. Das Klima unter „Klima" stimme nicht mehr. Muß er gar vorzeitig gehen? Die WELT sprach mit dem Trainer des Aufsteigers.

WELT: Erst 0:1 in Bremen, jetzt zu Hause 1:3 gegen Mönchengladbach, da kann man wohl von einem klassischen Fehlstart Ihrer Mannschaft nach der Winterpause sprechen ...

Klimaschefski: Wir haben gegen zwei Gegner verloren, mit denen wir uns aufgrund des eindeutig schwächeren Spielermaterials im Grunde nicht messen können. Also, diese beiden Niederlagen bringen mein Hemd wirklich nicht zum Flattern.

WELT: Ihres vielleicht nicht, aber wohl das Ihrer Arbeitgeber. Vereinspräsident Uwe Strassel hat gesagt, ...

Klimaschefski: ... kommen Sie bloß nicht mit dem, denn der hat vom Geschäft nur wenig Ahnung.

WELT: ... Strassel also hat gesagt, zwischen der Mannschaft und dem Trainer stimme psychisch nicht mehr alles.

Klimaschefski: Ich nehme diese Aussage nicht ernst, weil ich weiß, was ihr zugrunde liegt. Der Herr wollte auch mal wieder durch einen forschen Spruch in die Zeitung kommen. Nun gut, jetzt hat er sein Vergnügen gehabt, aber es interessiert mich ernsthaft nicht.

WELT: In einer Illustrierten-Umfrage, die allerdings bisher noch nicht veröffentlicht wurde, haben zehn Spieler aus Ihrem Kader auf die Frage, unter welchem Trainer sie am liebsten nicht trainieren würden, Ihren Namen genannt.

Klimaschefski: Auch das geht mir nicht unter die Haut. Klar gibt es in unserer Truppe ein paar Leute, die mich nicht riechen können. Aber das sind doch in erster Linie die, die ich nicht aufstelle. Wenn die 'ne Gelegenheit haben, anonym Dampf abzulassen, sind sie mutig. Wenn sie mir ihre Weisheiten aber ins Gesicht sagen sollen, dann kneifen sie. Ich hielte es für besser, die würden erst mal lernen, einen Ball richtig geradeaus zu treten.

WELT: Für einen Trainer, dessen Team ziemlich tief im Abstiegsschlamassel steckt, haben Sie noch ein verdammt ausgeprägtes Selbstbewußtsein.

Klimaschefski: Jeder, der ein bißchen Fußballgrips im Kopf hat, konnte sich von vornherein ausrechnen, daß wir bis zum Abschluß der Saison zu den Abstiegsanwärtern gehören würden. Die Frage, ob es uns erwischt oder nicht, entscheidet sich meiner Meinung nach erst an den letzten beiden Spieltagen.

WELT: Offen ist halt nur, ob Sie da noch im Amt sind. Ihr Vereinsvorsitzender Rolf Bulle (Saarbrücken leistet sich einen Präsidenten und einen ersten Vorsitzenden) hat erklärt, man habe für die neue Saison bereits einen neuen Mann gefunden. Der Name soll allerdings erst im April bekanntgegeben werden.

Klimaschefski: Ich kann dem Klub nur wünschen, daß es ein guter Trainer sein wird. Für mich war seit einem Jahr klar, daß ich am Ende dieser Meisterschaftsserie hier aussteigen würde. Ich habe das bereits vor einiger Zeit deutlich zum Ausdruck gebracht. Und ich werde in dem Bewußtsein gehen, hier gute Arbeit geleistet zu haben. Immerhin habe ich Saarbrücken innerhalb von drei Jahren von der Amateuroberliga in die höchste Klasse geführt.

WELT: Wie würden Sie denn reagieren, wenn der Verein Sie dennoch vorzeitig entlassen würde?

Klimaschefski: Gelassen. Dann müssen die mir für die ausstehende Zeit mein Gehalt überweisen, und ich würde meinen Bauch auf den Bahamas in die Sonne legen.

WELT: Wird man Sie in der kommenden Saison wieder in der Bundesliga sehen?

Klimaschefski: Das kann, muß aber nicht sein. Ich habe drei gute Angebote vorliegen, und die werde ich jetzt erst mal sorgfältig prüfen.

Burgsmüller ein Mann für Mexiko? Otto Rehhagel: „Er paßt in jede Elf"

ULFERT SCHRÖDER, Hamburg

Werder Bremens Klubchef Franz Böhmert legte die Hand schalldämpfend an den Mund und raunte: „Wissen Sie, daß unser Spiel in Hamburg ausfallen und auf später verschoben werden sollte? Nur wegen Burgsmüller. Weil der Silberne Hochzeit feiert." Das hat der 37 Jahre alte Spieler auch schon geschafft. Der Volksmund pflegt ihn. Er tritt als Hauptfigur in Witzen auf.

Und dort spielt er dieselbe positive Rolle wie auf dem Rasen: der Mann ohne Alter, ein Phänomen. Unerklärlich, unbegreiflich nach den allgemein üblichen Maßstäben. Der Profi, der keine Grenzen, keine Limits kennt. 37 Jahre ist er alt, aber diese Jahre scheinen für ihn kein Gewicht zu haben. Nicht das geringste.

In Hamburg, auf diesem rumpeligen Boden, verfertigte er mit Hilfe seiner zehn Kollegen Werder Bremens kleines Meisterstück: 1:0 über den HSV – eine kalte, harte, lieblose Taktik mit Leben erfüllt. Das einzige, das entscheidende Tor geköpft und, sozusagen ersatzweise, ein anderes beinahe. Das war Burgsmüllers Verdienst an diesem Wochenende.

Die Aufzählung vorangegangener Taten gerät selbst dem nüchternsten Bremer Hanseat zur Schwärmerei. Fünf Tore hat Burgsmüller bisher gemacht. Zumindest ein Spiel, jenes beim direkten Konkurrenten Mönchengladbach, hat er auch allein entschieden. „Ich habe gewußt: Wenn einer den Rudi Völler ersetzen kann, dann nur der Manni", sagt Bremens Trainer Otto Rehhagel.

Wie bitte? Burgsmüller als Völlers Vertreter? Ist das nicht zu hoch gegriffen? Den immer noch aufstrebenden, immer noch nicht auf dem Gipfel angekommenen Supermann von 25 Jahren vergleichen mit einer Figur dieser Branche, die längst vergessen, verschwunden war und selbst für die Geschichte „der alte Mann und der Ball" zu alt dünkte?

In Bremen dürfen sie so vergleichen. Burgsmüller hat tatsächlich Völlers Tore gemacht. Und noch ein wenig mehr. Er pflegt auch das Spiel zu lenken. „Als ich merkte, das würde dauern mit Völlers Verletzung, und als ich ahnte, wir würden Spiele verlieren ohne ihn, da dachte ich an Manni", sagt Otto Rehhagel. Das Grinsen in Bremen über die Ideen des Trainers ist mittlerweile Geschichte. Und ebenso dieser Rehhagel-Spruch: „Ich kenne viele, aber ich kenne keinen wie Manni."

Der irrsinnigste Einkauf, den je einer wagte in der Bundesliga. „Ja", sagt Bremens Böhmert, „ganz richtig, unser wichtigster Einkauf." Das akustische Mißverständnis ist typisch und bezeichnend: Aus irrsinnig ist wichtig geworden mittlerweile, der wichtigste sogar. Und dieser Burgsmüller, das ist die Pointe und wird sie wohl immer bleiben, hat 150 000 Mark gekostet.

Schon in der ersten Phase des Spiels in Hamburg, als die Bremer noch stur defensiv handelten, wies Burgsmüller die Unzulänglichkeit sämtlicher gegnerischer Abwehrmittel nach. Plessers, Wasner und Schröder beschatteten ihn in der sogenannten Raumdeckung. Aber bei jeder Übergabe, im Augenblick der Wachablösung also, glitt Burgsmüller durch die Nahtstellen des Systems. Sein Arbeitseifer und seine Fähigkeit, sich von jeder Ermüdung sofort zu erholen, ließen ihn ständig in der Nähe des Balles sein. Er lenkte im Mittelfeld, organisierte in der Abwehr, er vollstreckte im Angriff.

Felix Magath wurde zusehends blasser im Schatten von Burgsmüller. Und dieser Eindruck half ganz speziellen Gedanken auf die Sprünge: Manni für Mexiko. „Natürlich", sagt Otto Rehhagel, „Burgsmüller paßte und paßt in jede Nationalelf." Das ist in der Theorie so richtig, wie es in der Praxis möglich wäre. Doch wer würde es wagen, einen 37jährigen in die Nationalelf zu stellen? Nur Otto Rehhagel. Aber der ist nicht Bundestrainer.

Der ist nur Meistermacher. Jetzt läßt er sich auf diese Schiene schieben. „Wer uns noch schlagen kann? Jeder kann das." So wehrt Rehhagel zu viel Vorschuß auf den bevorstehenden Ruhm ab. Aber er hat nur noch Augen für die Bayern: „Wer die schlägt, das ist die wichtigste Frage für uns."

Rehhagels Kalkül hat bisher stets gestimmt. In der weiträumigen Perspektive und auf kurze Sicht. Auch für den Hamburger SV hatte Rehhagel die richtige Einschätzung. „Ein Punkt genügt denen nicht. Die müssen stürmen. Erbarmungslos." Darauf baute er seine Taktik: kommen lassen, warten, und weiter warten, und dann zuschlagen, kontern. „Hätten wir Völler gehabt, hätte das noch besser geklappt", sagt Rehhagel. Völler? Ach ja, ganz richtig, den haben sie ja auch noch. Er hat nun schon zehn Spiele gefehlt.

Und ein Mann muß auch noch erwähnt werden: Torwart Dieter Burdenski, auch einer, der die dreißig Lebensjahre schon um 50 Monate überschritten hat. Er hielt sein Tor rein, als die Hamburger stürmten. Und nach dem Spiel sagte er einen bemerkenswerten Satz auf die Frage, ob er denn tatsächlich nach der Saison aufhören werde. Burdenski: „Wer so gut hält, darf eigentlich gar nicht aufhören." Das letzte Wort also scheint noch nicht gesprochen. Burdenski sieht das auch so: „Ich möchte mich nicht weiter äußern, meine Antwort sollte reichen ..."

Beckenbauers Urteil

Franz Beckenbauer, Teamchef der Nationalmannschaft, beobachtete das Spiel in Hamburg. Sein Urteil:

„Natürlich müssen noch einige Spiele gespielt werden. Aber wenn die Bremer so weitermachen und ich daran denke, daß der Rudi Völler noch dazukommt, dann glaube ich schon, daß Werder es diesmal schafft. Für meine Begriffe war es ein gutes Spiel. Der Sieg war zwar glücklich, aber die Mannschaft hat gezeigt, daß sie sich auch auf eine abwartende Spielweise versteht. Sie lebt vor allem von ihrer sagenhaften Homogenität. Das ist zweifellos ihre große Stärke."

Mannschaften und Tore Statistik der 21. Runde

ERGEBNISSE

Köln – Leverkusen	2:3	(2:0)
Hannover – München	0:5	(0:1)
Hamburg – Bremen	0:1	(0:0)
Nürnberg – Dortmund	0:0	
Düsseldorf – K'lautern	0:0	
Mannheim – Frankfurt	0:0	
Uerdingen – Bochum	3:2	(3:0)
Schalke – Stuttgart	1:2	(0:0)
Saarbrücken – M'gladbach	1:3	(0:0)

DIE SPIELE

Köln – Leverkusen 2:3 (2:0)

Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Geils – Gielchen, Geilenkirchen (73. Pisanti), Bein, Häßler (87. Lehnhoff), Hönerbach – Littbarski, Allofs. – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Zechel, Reinhardt – Hinterberger, Schreier, Patzke (54. Hantzidis), Götz, Hielscher – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 1:0 Allofs (6.), 2:0 Allofs (9.), 2:1 Zechel (51.), 2:2 Tscha (72.), 2:3 Waas (78.). – **Zuschauer:** 10 000.

Hannover – München 0:5 (0:1)

Hannover: Rynio – Hellberg – Geschlecht, Kuhlmey (13. Vjetrovic) – Surmann, Giesel, Thomas, Fleer (46. Gue), Baier – Reich, Schaub. – **München:** Aumann – Augenthaler – Beierlorzer, Eder – Rummenigge, Nachtweih (68. Hartmann), Matthäus, Willmer, Pflügler – Hoeneß, Wohlfarth. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 0:1 Rummenigge (27.), 0:2 Hoeneß (53.), 0:3 Matthäus (61.), 0:4 Wohlfarth (73.), 0:5 Hoeneß (84.). – **Zuschauer:** 57 000.

Nürnberg – Dortmund 0:0

Nürnberg: Heider – Reuter – Giske, Grahammer – T. Brunner, Lieberwirth, Güttler (66. Geyer), Wagner – Philipkowski, Andersen, Eckstein. – **Dortmund:** Immel – Pagelsdorf – Storck, Hupe, Kutowski – Bittcher, Zorc, Raducanu, Loose – Wegmann, Schüler. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Zuschauer:** 25 500. – **Gelbe Karten:** T. Brunner (2), Pagelsdorf (3).

Hamburg – Bremen 0:1 (0:0)

Hamburg: Stein – Plessers – Wasner (54. Balzis), Jakobs (76. Duve) – Lux, Rolff, Schröder, Magath, Kroth – von Heesen, Gründel. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Kutzop, Otten – Schaaf, Wolter, Hermann, Votava, Meier (67. Okudera) – Neubarth (76. Ordenewitz), Burgsmüller. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tor:** 0:1 Burgsmüller (56.). – **Zuschauer:** 44 000. – **Gelbe Karten:** Gründel (4), Ordenewitz (2).

Düsseldorf – K'lautern 0:0

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Kuczinski, Keim – Bockenfeld, Dusend (81. Del'Haye), Zewe, Thomas (46. Demandt), Weikl – Thiele, Holmquist. – **K'lautern:** Ehrmann – Geye – Wolf, Dusek – Schupp (72. Ellenfeldt), Melzer, Brehme, Spielberger, Majewski – Trunk, Allofs. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Zuschauer:** 5700. – **Gelbe Karte:** Geye.

Mannheim – Frankfurt 0:0

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Schlindwein, Tsionanis – Kohler, Scholz (79. Heck), Török (58. Bührer), Quaisser, Dickgießer – Walter, Remark. – **Frankfurt:** Gundelach – Theiss – Körbel, Kraaz, Caspary (72. Friz) – Sievers, Berthold, Falkenmayer, Kitzmann – Krämer, Svensson. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Sebert (4), Caspary (2).

Uerdingen – Bochum 3:2 (3:0)

Uerdingen: Vollack – F. Funkel – Wöhrlin, Dämgen – Bommer, W. Funkel, Klinger, Herget, Buttgereit – Gudmundsson (72. Schäfer), Edvaldsson. – **Bochum:** Kleff – Kempe – Oswald, Kree – Lameck, Schulz, Woelk (46. Benatelli), Kühn, Wegmann (78. Leifeld) – Fischer, Kuntz. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Dämgen (11.), 2:0 Bommer (28.), 3:0 Edvaldsson (43.), 3:1 Fischer (49.), 3:2 Fischer (51.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Woelk (4/1).

Saarbrücken – M'gladbach 1:3 (0:0)

Saarbrücken: Hallmann – Boysen – W. Müller, Kruszynski – Foda, Muntubila, Jambo, Mohr, Blättel – D. Müller, Seel (74. Hönnscheidt). – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Borowka, Frontzeck, Hochstätter, Krisp, Drehsen, Winkhold, Lienen – Criens, Mill (80. Pinkall). – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 0:1 Borowka (50.), 0:2 Mill (65.), 0:3 Drehsen (86.), 1:3 Hönnscheidt (87.). – **Zuschauer:** 23 000. – **Gelbe Karte:** Jambo (3).

Schalke – Stuttgart 1:2 (0:0)

Schalke: Junghans – Dietz – Schipper, Roth – Opitz, Jakobs (46. Kruse), Kleppinger, Thon, Hartmann – Regenbogen (61. Schatzschneider), Täuber. – **Stuttgart:** Jäger – Zietsch – Müller, Nushöhr – Schlegel, K.-H. Förster, Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson – Klinsmann (90. Gomminginger), Pasic (83. Hartmann). – **Schiedsrichter:** Bruch (Bischmisheim). – **Tore:** 0:1 Pasic (54.), 0:2 Allgöwer (59.), 1:2 Kleppinger (82.). – **Zuschauer:** 13 700.

Die Torschützenliste

Der Aufschwung von Bayer Leverkusen ist auch mit dem Namen des Südkoreaners Bum Kun Tscha verbunden. Er rückt in der Torschützenliste immer höher. Zusammen mit dem Mannheimer Thomas Remark liegt er bereits auf Platz zwei (14 Treffer). Es führt weiter der Bochumer Stefan Kuntz mit 16 Toren. Hinter diesem Trio folgen Neubarth (Bremen) und Allgöwer (Stuttgart) mit 13 Treffern. Die Torschützen des Tages waren Dieter Hoeneß (München), Klaus Fischer (Bochum) und Klaus Allofs (Köln), die am 21. Spieltag zwei Tore erzielten. In den neun Spielen wurden nur 23 Tore erzielt (Schnitt 2,55).

Gelbe Karten

Nur neun Spieler wurden am Wochenende verwarnt (so wenig wie noch nie an einem Spieltag dieser Saison). Dennoch sind zwei Spieler für den 22. Spieltag automatisch gesperrt, weil sie die vierte Gelbe Karte sahen: Günter Sebert (Mannheim) und Heinz Gründel (Hamburg).

VORSCHAU

Samstag, 8. 2., 14.30 Uhr:

Stuttgart – Hannover	(3:1)

Samstag, 8. 2., 15.30 Uhr:

K'lautern – Mannheim	(1:1)
Dortmund – Düsseldorf	(2:4)
Leverkusen – Nürnberg	(2:3)
Bremen – Köln	(3:3)
M'gladbach – Hamburg	(1:4)
München – Saarbrücken	(1:1)
Frankfurt – Bochum	(1:2)
Schalke – Uerdingen	(2:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Erstmals im UEFA-Cup? Leverkusen nun schon vor dem Hamburger SV

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	21	15	3	3	59:30	33:9	38:9	19:1	21:21	14:8
2. München	21	13	3	5	45:23	29:13	31:8	18:2	14:15	11:11
3. M'gladbach	21	11	7	3	48:30	29:13	29:12	17:5	19:18	12:8
4. Leverkusen	21	10	6	5	45:31	26:16	30:14	18:4	15:17	8:12
5. Hamburg	21	11	3	7	34:21	25:17	22:6	15:5	12:15	10:12
6. Uerdingen	21	9	5	7	33:47	23:19	18:18	14:6	15:29	9:13
7. Mannheim	20	8	5	7	30:25	21:19	23:10	16:6	7:15	5:13
8. Stuttgart	21	8	5	8	33:34	21:21	17:10	11:9	16:24	10:12
9. Bochum	19	9	1	9	38:32	19:19	25:13	13:5	13:19	6:14
10. Dortmund	21	7	5	9	34:43	19:23	26:15	15:7	8:28	4:16
11. Köln	20	5	8	7	31:36	18:22	20:14	12:8	11:22	6:14
12. K'lautern	21	6	6	9	26:30	18:24	17:9	14:8	9:21	4:16
13. Frankfurt	21	4	10	7	23:33	18:24	14:10	13:9	9:23	5:15
14. Nürnberg	21	7	3	11	32:34	17:25	19:18	10:12	13:16	7:13
15. Schalke	21	6	5	10	32:35	17:25	20:11	12:8	12:24	5:17
16. Saarbrücken	21	4	7	10	27:38	15:27	19:14	13:7	8:24	2:20
17. Hannover	21	5	4	12	34:62	14:28	16:21	9:11	18:41	5:17
18. Düsseldorf	21	4	4	13	28:48	12:30	20:16	12:10	8:32	0:20

● Die Toto-Quoten werden diesmal in die Höhe schnellen. Oder sollte tatsächlich jemand elf Richtige haben? Fünf Auswärtssiege, drei Unentschieden (alle 0:0) und nur ein Heimerfolg für Pokalsieger Uerdingen lassen daran zweifeln. Dennoch: So selten ist diese Situation gar nicht. Am 15. Spieltag der laufenden Saison gab es sogar sechs Auswärtssiege (allerdings bei nur einem Unentschieden). Und auch das kam bereits vor: Am 27. Oktober 1984 hätte auf dem Tipzettel für alle neun Bundesligaspiele eine „2" stehen müssen – und niemand traf damals den 1. Rang in der Elferwette.

● Der Schein trügt etwas: 198 900 Zuschauer sahen die Spiele des Wochenendes. Das ergibt einen durchaus befriedigenden durchschnittlichen Besuch von 22 100 Zuschauern pro Spiel. Aber in Hannover (gegen München) kamen allein 57 000, und 44 000 sahen das Nordderby zwischen Hamburg und Bremen. Aufsteiger Hannover (Schnitt insgesamt 35 558) hat jetzt sogar München (31 400) von der Spitze der Zuschauer-Tabelle verdrängt. Am Ende steht da Düsseldorf (8662), die nur noch 5700 Fans im Spiel gegen Kaiserslautern sehen wollten. Selbst der Kampf gegen den Abstieg lockt hier nicht mehr.

● Tabellenführer Werder Bremen schaffte ausgerechnet im Nordderby seinen 300. Sieg in der Bundesliga. Der letzte Bremer Erfolg im Volksparkstadion lag schon fast zehn Jahre zurück (2:1 am 29. Mai 1976). Damit ist der Titelaspirant nun schon seit fünf Spielen ohne Punktverlust, Mönchengladbach hat seit sechs Runden nicht mehr verloren (9:3 Punkte). Meister München, Pokalsieger Uerdingen und Aufsteiger Nürnberg (seit 335 Minuten ohne Gegentor) holten 7:1 Punkte aus den letzten Spielen. Dagegen warten Düsseldorf (4:16) seit zehn und Köln (2:8) seit fünf Runden auf einen Sieg.

NATIONALELF

Magath und Olaf Thon gemeinsam?

ULRICH DOST, **Avellino**

Wenn Franz Beckenbauer über Italien, den ersten Testgegner der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in diesem Jahr, spricht, dann schwingt da viel Respekt mit. Beckenbauer: „Zu Hause sind die Italiener immer noch eine Macht. Es ist ganz gut, daß meine Spieler diese aufgebrachte südländische Atmosphäre hier miterleben können." In dieser Umgebung und bei diesem erstklassigen Gegner, so der Teamchef, werde sich zeigen, *ob* die deutschen Spieler die internationale Klasse besäßen, um bei den Weltmeisterschaften in Mexiko mithalten zu können.

Das Spiel am Mittwoch in Avellino (14.25 Uhr live im ZDF) wird die deutsche Mannschaft nicht auf die leichte Schulter nehmen können. Immer wieder hat Beckenbauer seinen Spielern in den letzten Tagen eingebleut, daß es nach den sechs erfolglosen Spielen in Serie dieses Mal keine Niederlage geben darf. Aber wieder wird Beckenbauer nicht die Mannschaft aufstellen können, die er gerne möchte. Die beiden Kaiserslauterner Brehme („er steckt in einer nervlichen Krise") und Thomas Allofs strich Beckenbauer aus seinem Aufgebot. Und durch die Verletzungen von Völler, Hannes und Jacobs wird das deutsche Team erneut ein neues Gesicht bekommen.

Den Liberoposten wird der Münchner Klaus Augenthaler übernehmen. Vor ihm werden die zwei Stuttgarter *Karl-Heinz Förster* und *Guido* Buchwald die beiden italienischen Stürmer in Manndeckung nehmen. Vor diesem Abwehrblock spielt der Uerdinger Mathias Herget. Beckenbauer: *„Diese Position ist am besten für ihn,* da braucht er nicht so weite Wege zu gehen."

Wahrscheinlich wird es am Mittwoch im Mittelfeld ein Novum geben. *Dann nämlich, wenn sich* Beckenbauer nach den Trainingseindrücken dafür entscheidet, die beiden Spielmacher Felix Magath und Olaf Thon zum ersten Mal gemeinsam spielen zu lassen. *Besonders von der Leistungs*steigerung des Hamburgers ist Bekkenbauer angetan: „Felix Magath war ja nie aus der Mannschaft. Aber jetzt zeigt seine Leistungskurve ansteigende Tendenz." Briegel und Matthäus sollen das Mittelfeld vervollständigen. Im Angriff wird der Kölner Klaus Allofs wahrscheinlich für Völler neben Rummenigge stürmen. Beckenbauer: „Allofs hat mir gegen Leverkusen in der ersten Halbzeit sehr gut gefallen. Über seinen Einsatz werde ich aber erst hier entscheiden."

So wird die deutsche Mannschaft wahrscheinlich spielen: Schumacher – Augenthaler – Förster, Buchwald, Herget – Matthäus, Briegel, Magath, Thon (Littbarski) – Rummenigge, Allofs.



● Der 1. FC Köln stürzt immer tiefer. Was wird aus Trainer *Hannes Löhr. Seine Tochter Anna-Kathrin (5) fragte am Samstag vor dem Spiel gegen Leverkusen: „Wenn wir heute verlieren, müssen wir dann das Land verlassen?" Düstere Kar*nevalszeiten für Mannschaft und Vereinsführung. Neuster Kostümvorschlag der gar nicht mehr begeisterten Fans: schwarzer Traueranzug.

● Ein neuer Trainer (Jörg Berger), die höchste Niederlage: *Hannover 96 wurde von Bay*ern München in der zweiten Halbzeit gleichsam überrollt. Im Tor stand der 38 Jahre alte Jürgen Rynio, der mit Karlsruhe, Nürnberg, Dortmund und St. Pauli schon einmal abgestiegen ist. Ein böses Omen für den Aufsteiger, der immerhin die meisten Zuschauer aller Bundesliga-Klubs anzieht?

Löhrs Strafe: Nur Schweigen

Von ULRICH DOST

Die Spieler des 1. FC Köln trauten beim ersten Training nach dem *peinlichen 2:3 gegen* Bayer 04 Leverkusen ihren Augen und Ohren nicht mehr. Ihr Trainer **Hannes Löhr** (43), von dem sie gewohnt waren, daß er sie selbst bei den gröbsten Schnitzern noch mit Samthandschuhen anpackt, hatte die Krallen ausgefahren. Einige der selbstgefälligen Herren („Wir haben einige, die meinen, sie sind besser, als sie tatsächlich sind") ließ er links liegen, ohne Gruß, ohne Kommentar, ohne Erklärung. Hannes Löhr war zum ersten Mal richtig beleidigt. Meist hatte er das Mäntelchen der Barmherzigkeit um das Unvermögen der Spieler gehängt. Damit sei nun Schluß.

Nach seinem Lehrmeister gefragt, hatte Löhr stets den Namen **Hennes Weisweiler** genannt. Ein Charakterzug des großen Vorbildes aber war ihm bislang fremd. Löhr zeigte nicht, wie sehr er nach Niederlagen leidet. Da war Weisweiler ein ganz anderer Grantelkopf. Wenn er sich beleidigt fühlte, sprach er eine Woche nur das *Notwendigste mit seinen Spielern.* Hannes Löhr: „Bisher hatte ich das nicht nötig. Aber jetzt scheint es wohl nicht mehr anders zu gehen. Die Zeiten sind vorbei, daß die Spieler mich ausrechnen können." Erste Konsequenz: Löhr strich für die gesamte Mannschaft den Besuch der Karnevalssitzung des 1. FC Köln, die heute abend stattfindet.

Um Karneval nahmen die Kölner auch in der Vergangenheit gerne ihre Krisen. Diesmal aber scheint es so schlimm gekommen zu sein wie nie zuvor. Die Probleme im Verein häufen sich. Ein roter Faden ist in diesem wüsten Knäuel von Verstrickungen wahrlich nicht zu sehen. Was wird aus **Pierre Littbarski** (26)? Geht er, bleibt er? Was kostet er, wenn er bleibt? Braucht der Klub noch **Thomas Allofs** (26), wenn Littbarski bleibt? Ist Allofs für sie nicht mehr zu haben, wenn Littbarski sich sehr spät entscheidet, doch zu gehen? Dann stünden die Kölner mit leeren Händen da.

Es ist so, wie es immer in Köln ist, wenn es kriselt. Sie lassen sich nicht hinter die Fassade schauen, sie ziehen die Vorhänge zu und basteln sich etwas zusammen. Wer weiß schon, was dabei herauskommt. Was auf jeden Fall erreicht wird, ist dies: Die Spekulationen, Gerüchte und Meinungen sind gar nicht mehr zu stoppen, geschweige denn noch zu durchschauen. Löhr: „Aus allen Ecken kommen die Ratten, jeder will seinen Senf dazutun. Dadurch entsteht eine Unruhe, die unsere Arbeit stört."

*

Hannes Löhr sagt, es würde ihm bei seiner jetzt immer schwierigeren Arbeit schon helfen, wenn sich der Vorstand für eine Vertragsverlängerung mit ihm aussprechen würde. Damit wäre ein Zeichen gesetzt. **Karl-Heinz Thielen** (44), der Macher des 1. FC Köln, hält sich da aber zurück. Löhr habe selbst auf einem Gesprächstermin im Februar bestanden. Daran werde der Klub sich halten. Die Entwicklung hat aber einen negativen Verlauf genommen, den Löhr nicht ahnen konnte. Er sagt: „Ich werde mir die Dinge genau überlegen. Und dann müssen wir uns möglichst schnell zusammensetzen. *Ich lasse mir zwei, drei Tage Zeit. Ich* brauche Abstand, emotionell will ich nicht an die Sache rangehen."

Der Vorstand aber stellt sich noch stur. Thielen sagt: „Ich traue dem *Trainer zu, daß er die Mannschaft bis* zum nächsten Spiel in Bremen motiviert." Denken die Kölner jetzt nur noch von Spieltag zu Spieltag? Wollen sie den Trainer – er wird in der Mannschaft und auch in der Öffentlichkeit hoch geschätzt – dahinbringen, daß er von selbst die Brocken hinschmeißt? Was auf die Kölner zukommt, ist nicht einfach: nächstes Spiel in Bremen, dann kommt Gladbach, dann geht es nach Bochum zum Nachholspiel, dann nach München. Löhr sagt: „Da kann man schon mit null Punkten rauskommen." Dennoch glaubt er nicht, daß der Vorstand das Gesetz des Handelns ihm überlassen will: „Ich weiß, daß es nicht so ist." Es sieht jedoch anders aus: Verliert die Mannschaft weiter, wird auch Löhr nicht umhinkommen, die Konsequenzen zu ziehen. Behalten möchten sie ihn eigentlich schon, doch erst muß er sich durch den Monat Februar durchbeißen, dann wird abgerechnet. So oder so.

*

Die fünf Tore, die **Jürgen Rynio** (37) von den Bayern ins Netz gesetzt bekam, wollte er sich am Abend im Fernsehen nicht noch einmal ansehen, er ging lieber mit seiner Frau gemütlich essen. Dabei brauchte sich Jürgen Rynio wirklich nicht zu schämen. Ihn traf an den Toren keine Schuld. Weil der erste Torwart von Hannover 96, **Ralf Raps** (25), wegen einer Gehirnerschütterung aus dem Spiel in Mönchengladbach ausfiel, mußte Senior Jürgen Rynio noch einmal ran. Vorwürfe bekam er nicht zu hören, an ihm lag es wirklich nicht, daß der Aufsteiger von den Bayern so böse erwischt wurde. Jürgen Rynio selbst nahm die Niederlage nicht ganz so tragisch: „Gegen die Bayern kann man ruhig verlieren. Unsere Punkte, die wir für den Klassenerhalt benötigen, müssen wir sowieso gegen andere Klubs holen."

Es ist schon beachtlich, was dieser Torwart bereits überstanden hat. Er wird in die Bundesliga-Geschichte als erster Spieler eingehen, der gleich für sechs verschiedene Vereine in der Bundesliga gespielt hat: Karlsruhe, Nürnberg, Dortmund, St. Pauli, Essen und nun Hannover. Und als einer, der (bisher) viermal abgestiegen ist – mit Karlsruhe, Nürnberg, *Dortmund* und St. Pauli. Doch auch das ist einmalig: Als erster ehemaliger Manager und Trainer eines Vereins kehrte er *auf das Spielfeld zurück. Und auch* diesen Rekord kann sich Jürgen Rynio gutschreiben: Nach siebenjähriger Abwesenheit aus der Bundesliga rückte er bei seiner Rückkehr gleich zum ältesten Spieler der Liga auf.

Es gibt kaum einen Posten in seinem Verein, den er noch nicht bekleidet hat: Spieler, Reservetorwart, Assistenztrainer, Manager und zuletzt vorübergehend Cheftrainer für den entlassenen **Werner Biskup** (43). Und wie es mit ihm weitergeht, weiß in Hannover noch niemand so recht. In der nächsten Woche beim Auswärtsspiel in Stuttgart wird er noch einmal im Tor stehen, Ralf Raps ist bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder gesund. Möglich erscheint derzeit aber auch, daß Rynio bis zum Saisonende im Tor bleibt und Raps, der im Laufe der Saison nicht immer einen sicheren Eindruck machte, auf der Bank sitzt.

Ab März wird Jürgen Rynio an der Sporthochschule in Köln seine Trainerlizenz erwerben, der Klub hat ihm die Erlaubnis dazu erteilt und ihn vom Training befreit. Wann das Ende kommt, steht jedenfalls noch nicht fest. „Vielleicht", so Rynio, „bleibe ich auch in der nächsten Saison noch Reservetorwart bei Hannover 96."

HANDBALL / Weltmeisterschafts-Tests gegen Ungarn sind mißlungen

Simon Schobel: „Ich hatte eigentlich erwartet, daß wir schon weiter sind"

sid/dpa, **Leverkusen**

„Ich hatte eigentlich erwartet, daß wir in optimaler Besetzung zu diesem Zeitpunkt weiter sind", sagte Bundestrainer Simon Schobel nach der *Länderspiel-Serie der deutschen* Handballspieler gegen Ungarn. Zwei Niederlagen, 19:23 in Hannover und 18:19 in Leverkusen; sowie ein mühsam erkämpfter 19:17-Sieg in Minden zeigen, daß auf Schobel knapp drei Wochen vor dem ersten Weltmeisterschafts-Einsatz am 25. Februar in Zürich gegen Polen noch sehr viel Arbeit wartet.

Schobel: „Ich bin noch auf der Suche nach der Bestbesetzung in Angriff und Abwehr. Mir wäre viel wohler, wenn ich nicht noch experimentieren und Risiken in Kauf nehmen müßte." Die Verletzung von Wunder*lich, der für zwei Tage seinen gezerr*ten Fuß in Gips legen mußte, Schwalb und Fitzek (beide erlitten ebenfalls Zerrungen) sowie Michael Roth (Sehnenreizung im Knie) ließen Schobel keine Wahl – statt der angepeilten Feinabstimmung blieben nur Notlösungen.

So bewies denn die deutsche Mannschaft in keinem der drei Testspiele gegen Ungarn Weltmeisterschafts-Reife. Schobel: „Wir sind einfach noch nicht in der Lage, drei Spiele hintereinander durchzustehen." Da fehlte vor allem die Bindung zwischen der überzeugenden Abwehr und dem schwachen Angriff. Weder Freisler (Großwallstadt) und Schöne (Düsseldorf) im linken noch Schwalb (Großwallstadt) und Dörhofer (Schwabing) im rechten Rückraum brachten den erwarteten Druck auf das Tor.

„Mit Neitzel und Paul waren wir bei den Olympischen Spielen besser besetzt", sagt Schobel. Und: „Vor allem halblinks können wir den Verlust von Rüdiger Neitzel nicht kompensieren." Schobel hält Neitzel für „einen unserer stärksten Spieler". Seine Begründung: „Er steigt auch dann noch hoch über die Deckung, wenn andere schon längst wieder an ihren *Nebenmann abgegeben* haben. Er ist eine ständige Gefahr für die gegnerischen Torhüter. Aber gegen Verletzungen sind wir nicht abgesichert. Was Rüdiger passiert ist, kann bis zur Weltmeisterschaft noch jeden Tag passieren."

Dafür ist auf die drei Torhüter mit Weltklasseformat, Thiel (Gummersbach), Hecker (Essen) und Roch (Großwallstadt), sowie die Linksaußen Fraatz (Essen) und Schwenker (Kiel) absoluter Verlaß. Und auf rechtsaußen hat der Essener Lommel nach der Rückkehr von Abwehrspieler Happe (Essen) das Dauerproblem mit einer soliden Leistung ohne Fehler gelöst. Schobel: „Wenn wir auf jeder Position so besetzt wären, könnte uns wohl kaum jemand gefährlich werden."

Beim internationalen Damen-Turnier in Eger erkämpfte sich die deutsche Nationalmannschaft den fünften Platz. Im Plazierungsspiel wurde Holland mit 20:16 (10:7) besiegt. Vor 500 Zuschauern bot die deutsche Mannschaft bis zur 42. Minute eine gute Leistung und führte klar mit 16:8. Den Holländerinnen gelang erst dann eine Resultatsverbesserung, als Bundestrainer Ekke Hoffmann Ersatzspielerinnen einsetzte. Zuvor hatte das deutsche Team die tschechoslowakische B-Auswahl mühselig mit 17:15 (10:8) besiegt, wobei Eike Bram im Tor die Garantin für den knappen Erfolg war.

Durch einen 29:20-(12:9-)Finalsieg über die CSSR sicherte sich Weltmeister UdSSR den Gesamtsieg bei diesem Turnier. Den dritten Platz holte sich Vize-Weltmeister Ungarn durch einen 25:24-(13:9-)Erfolg über Polen.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Duisburg – Kassel	1:2	(0:1)
Achaffenburg – Bielefeld	1:1	(1:1)
Freiburg – Homburg	ausgefallen	
Osnabrück – Köln	ausgefallen	
Aachen – Stuttgart	1:0	(0:0)
Karlsruhe – Bayreuth	1:0	(0:0)
Darmstadt – TB Berlin	3:0	(0:0)
Wattenscheid – BW Berlin	1:1	(0:0)
Solingen – Oberhausen	2:2	(0:1)
Hertha BSC – Braunschw.	1:1	(0:1)

DIE TABELLE

1.Homburg	22	14	3	5	56:25	31:13
2.Stuttgart	23	11	7	5	44:32	29:17
3.Bielefeld	23	12	5	6	37:25	29:17
4.Köln	22	12	4	6	41:31	28:16
5.Karlsruhe	23	11	5	7	40:30	27:19
6.Aachen	22	9	8	5	32:20	26:18
7.Wattenscheid	23	11	4	8	38:40	26:20
8.Darmstadt	22	9	7	6	39:27	25:19
9.Kassel	22	11	3	8	35:33	25:19
10.BW Berlin	23	8	9	6	41:30	25:21
11.Braunschweig	23	7	8	8	40:38	22:24
12.Solingen	23	8	6	9	31:41	22:24
13.Osnabrück	22	6	9	7	30:34	21:23
14.Aschaffenb.	23	9	3	11	37:41	21:25
15.Oberhausen	23	6	8	9	31:36	20:26
16.Hertha BSC	23	4	10	9	30:42	18:28
17.Bayreuth	22	7	3	12	26:47	17:27
18.Freiburg	22	5	6	11	28:38	16:28
19.TB Berlin	23	4	6	13	32:50	14:32
20.Duisburg	23	3	4	16	18:46	10:36

DIE VORSCHAU

Mittwoch, 5. 2., 18.00 Uhr: Köln – Aschaffenburg. – **Samstag, 8. 2., 14.30 Uhr:** Bayreuth – Wattenscheid, Homburg – Hertha BSC, BW Berlin – Darmstadt; **15.30 Uhr:** Karlsruhe – Aachen, Oberhausen – Stuttgart, Bielefeld – Freiburg, Braunschweig – Solingen. – **Sonntag, 9. 2., 14.30 Uhr:** TB Berlin – Duisburg, Kassel – Osnabrück.

TENNIS

Graf gegen Evert-Lloyd

sid/dpa, **Key Biscayne**

Drei Monate Wettkampfpause haben ihr offensichtlich gut getan: Die 16 Jahre alte Steffi Graf aus Heidelberg hat nach einem sicheren 6:0 und 6:2 in 49 Minuten über die Amerikanerin Bonnie Gadusek das Finale des 250 000-Dollar-Tennis-Turniers von Key Biscayne im US-Bundesstaat Florida erreicht. Hier heißt ihre Gegnerin Chris Evert-Lloyd (USA), die sich souverän mit 6:1 und 6:0 gegen die Bulgarin Manuela Maleeva durchsetzte.

Steffi Graf, die im Viertelfinale die routinierte Australierin Wendy Turnbull erst nach einer Steigerung im dritten Satz mit 6:1, 6:7 und 6:2 besiegt hatte, wunderte sich nach dem Halbfinale selbst: „Ich habe wirklich nicht erwartet, daß es so einfach werden würde." Konsequent hatte sie ihr Konzept eingehalten und Bonnie Gadusek mit präzisen Longline-Bällen über das Feld gehetzt.

Im Endspiel gilt Steffi Graf, in Key Biscayne an Nummer zwei gesetzt, allerdings als Außenseiterin. In vier Begegnungen gegen Chris Evert-Lloyd gewann sie bislang noch keinen Satz. Und so schätzt sie auch selbst ihre Chancen eher niedrig ein: „Chris spielt großartiges Tennis – deshalb wird es sehr, sehr schwer."

SCHWIMMEN

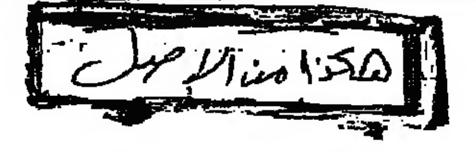
Beab: Rekord mit Ansagen

sid/DW. **Aachen**

Vor einer Woche hatte der Dormagener Brustschwimmer Rolf Beab diesen Rekord angekündigt. Bei den *deutschen Mannschaftsmeisterschaf*ten in Aachen machte der 22jährige Vize-Europameister sein Versprechen wahr und siegte auf einer 25-Meter-Bahn über 100 Meter Brust in *handgestoppten 1:00,3 Minuten* – Weltbestzeit und Verbesserung des sieben Jahre alten deutschen Rekords des Dortmunders Gerald Mörken um sieben Zehntelsekunden.

Anlaß genug für Beab, sich nun ein Ziel vorzunehmen, das er insgeheim schon seit über einem Jahr anpeilt: „Ich will der erste sein, der die 100 Meter Brust unter einer Minute schwimmt." *Seit Samstag darf ihm* dies jeder zutrauen. Auch wenn er am nächsten Wochenende beim Meeting in Bonn die Aachener Zeit erst einmal elektronisch bestätigen will.

Fast im Schatten Beabs verbesserte Rückenschwimmer Frank Hofmeister vom Titelverteidiger SG Bochum/Wattenscheid gleich zwei von ihm selbst gehaltene deutsche Rekorde. Über 200 Meter steigerte er sich um 42 Hundertstelsekunden auf 1:58,5 Minuten; die 100 Meter Rücken legte er in 55,6 Sekunden zurück.



Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 21. Spieltag: Bayreuth – Köln 78:76, Charlottenburg – Bamberg 79:73, SSV Hagen – Osnabrück 97:84, Gießen – TSV Hagen 100:93, Oldenburg – Göttingen 87:86, Leverkusen – Langen 99:60. – **Meisterschaftsrunde**, Damen, 4. Spieltag: Düsseldorf – Osterfeld 92:70, München – Barmen 82:78.

EISHOCKEY

Bundesliga, 34. Spieltag: Köln – Bayreuth 6:3, Mannheim – Iserlohn 5:3, Rosenheim – Kaufbeuren 3:1, Rießersee – Landshut 1:4, Schwenningen – Düsseldorf 5:11.

GEWICHTHEBEN

Bundesliga, 2. Wettkampftag, Gruppe Nord: Berlin – Wolfsburg 642,4:762,0, Soest – Duisburg 817,5:528,4, Wuppertal – Langen 769,5:764,1. – Gruppe Süd: Donaueschingen – Kindsbach 635,0:646,9, Altrip – Mutterstadt 668,5:761,3, Ehrang – Roding 699,1:685,0.

HANDBALL

Bundesliga, Damen: Jarplund – Lützellinden 18:18.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, (Halle), Gruppe Nord: SW Köln – Leverkusen 8:10, Gladbach – RW Köln 15:10, Berlin – Hannover 13:6, Krefeld – Braunschweig 6:9, Braunschweig – SW Köln 4:11, RW Köln – Krefeld 9:10. – Gruppe Süd: Limburg – Frankenthal 15:4, Heidelberg – München 13:7, Mülheim – Bad Dürkheim 12:15, Mannheim – Stuttgart 9:8, Stuttgart – München 11:7, Mannheim – Limburg 10:10. – **Damen**, Gruppe Nord: Berlin – DHC Hannover 15:4, Club an der Alster – Klipper Hamburg 4:9, Brandenburg – UHC Hamburg 9:7, HC Hannover – Braunschweig 7:10, Brandenburg – DHC Hannover 20:2. – Gruppe Süd: Leverkusen – Hanau 5:2, Düsseldorf – Bad Kreuznach 15:8, Raffelberg – Frankenthal 6:4, BW Köln – Frankfurt 9:5, BW Köln – Hanau 7:5, Düsseldorf – Frankenthal 9:6, Raffelberg – Bad Kreuznach 9:2, Raffelberg – Frankfurt 11:6.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: Steinhagen – Bremen 9:2, Hertha BSC – Altena 4:9. – **Damen**, 12. Spieltag: Kleve – Reinickendorf 4:9, Ahlem – Soest 9:6, Kaiserberg – Reinickendorf 7:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Gießen – Fort. Bonn 3:0, Friedrichshafen – Hamburg 0:3, Celle – Berlin 0:3. – **Damen**: Feuerbach – Augsburg 3:1, Münster – Vilsbiburg 3:1, Lohhof – Oythe 3:0, Ettlingen – Berlin 1:3.

TENNIS

US-Hallen-Meisterschaften in Philadelphia, Halbfinale: Lendl (CSSR) – Gilbert (USA) 7:5, 4:6, 6:2, Mayotte (USA) – Noah (Frankreich) 6:1, 2:6, 6:4. – **Winter-Circuit** in Wolfsburg, Halbfinale: Simonsson (Schweden) – Flego (Jugoslawien) 6:1, 6:7, 7:5, Stenlund (Schweden) – Becka (Deutschland) 6:2, 7:6. – Doppel, Halbfinale: Carlsson/Carlsson (Schweden) – Meineke/Hipp (Deutschland) 3:6, 6:4, 6:2.

LEICHTATHLETIK

Internationales Hallensportfest in Karlsruhe, Frauen, 60 m: 1. Pisiewicz (Polen) 7,18 Sek. – 60 m Hürden: 1. Denk (Deutschland) 7,94 Sek. – Weitsprung: 1. Braun (Deutschland) 6,63 m. – Herren, 200 m: 1. Lübke (Deutschland) 21,05. – 300 m: 1. Skamrahl 32,72 Sek., 2. Just 33,38, 3. Weber (alle Deutschland) 33,47. – Stabhoch: 1. Kolasa (Polen) 5,71 m, 2. Tarew (Bulgarien) 5,61. – **Grand-Prix-Meeting** in Dallas, Herren, 60 Yards: 1. King 6,12, 2. Lewis (beide USA) 6,15. – 1000 Yards: 1. Koskai (Kenia) 2:07,72. – Eine Meile: 1. O'Sullivan (Irland) 3:57,36. – **Meeting** in Toronto, Herren, Stabhoch: 1. Kozakiewicz (Polen) 5,70.

SKI ALPIN

6. **Weltcup-Abfahrt**, Damen in Crans-Montana: 1. Graham (Kanada) 1:30,80 Min., 2. Örtli (Schweiz) 1:31,07, 3. Gutensohn (Österreich) 1:31,58, 4. Walliser (Schweiz) 1:31,61, 5. Figini (Schweiz) 1:31,77, 6. Mösenlechner 1:32,19, . . . 13. Kiel 1:32,80, . . . 20. Gerg 1:33,24, . . . 31. Hächer (alle Deutschland) 1:34,05. – 7. **Weltcup-Abfahrt** in Crans-Montana: 1. Gutensohn 1:27,64, 2. Walliser 1:28,36, 3. Haas (Schweiz) 1:28,55, 4. Örtli und Graham beide 1:28,64, 6. Figini 1:28,93, 7. Kiehl 1:29,04, 8. Gerg 1:29,34, 9. Wiesler 1:29,48, . . . 12. Mösenlechner 1:29,74. – Stand im Gesamtweltcup: 1. Walliser 184, 2. Hess 176, 3. Schneider 170, 4. Figini 153, 5. Gutensohn 129, 6. Gerg 125, 7. Örtli 121, 8. Kiehl 119. – **Weltcup-Slalom**, Herren in Wengen: 1. Petrovic (Jugoslawien) 1:31,14, 2. Bouvet (Frankreich) 1:32,34, 3. Krizaj (Jugoslawien) 1:32,76, 4. Edalini 1:32,84, 5. Giorgi (beide Italien) 1:32,98, 6. Mader (Österreich) 1:33,85, . . . 9. Schick 1:34,71, . . . 21. Wasmeier (beide Deutschland) 1:41,71. – Stand im Gesamtweltcup: 1. Petrovic 95, 2. Stenmark 85, 3. Nilsson 83, 4. Krizaj 75, 5. Frommelt 71, 6. Bouvet 61.

SKI NORDISCH

Deutsche Meisterschaften in Baiersbronn, Spezialspringen (Normalschanze): 1. Bauer (Oberstdorf) 221,8, 2. Schilli (Schonach) 210,9, 3. Rohwein (Isny) 209,7, 4. Boll (Blasiwald) und Schwarz (Oberaudorf) je 206,7, 6. Waldvogel (Feldberg) 205,3. – **Langlauf**, 5 km, Damen (Freie Technik): 1. Kohlrusch (Hirschau) 15:46,7, 2. Birkelbach (Erndtebrück) 16:17,9, 3. Roth (Niederwangen) 16:35,7. – **Herren**, 15 km (Freie Technik): 1. Behle (Willingen) 42:51,4, 2. Lang (Trauchgau) 43:39,1, 3. Kuß (Brend) 44:22,9.

BOB

Junioren-WM im Viererbob in Innsbruck-Igls, Endstand nach drei Läufen: 1. Österreich I, 2. Deutschland II (Dauber), 3. Schweiz I, 4. Deutschland I (Metzler), 5. Österreich III, 6. Deutschland III (Sellmeier).

EISKUNSTLAUFEN

Europameisterschaften in Kopenhagen, Endstand, Herren: 1. Sabovcik (CSSR) 2,0 Punkte, 2. Kotin 5,2, 3. Fadejew (beide UdSSR) 5,4, . . . 9. Zander (Deutschland) 18,0. – Eistanz: 1. Bestemianowa/Bukin 2,4, 2. Klimowa/Ponomarenko 3,6; 3. Annenko/Sretensky (alle UdSSR) 6,0, . . . 5. Becherer/Becherer 10,0, . . . 15. Weppelmann/Schamberger (alle Deutschland) 30,0.

FUSSBALL

Erste englische Division, 28. Spieltag: Arsenal – Luton 2:1, Aston – Southampton 0:0, Chelsea – Leicester 2:2, Everton – Tottenham 1:0, Ipswich – Liverpool 2:1, Manchester City – Bromwich 2:1, Newcastle – Coventry 3:2, Nottingham – Queens Park 4:0, Oxford – Birmingham 0:1, Watford – Sheffield 2:1. – Tabellenspitze: 1. Everton 63:25 Tore/56 Punkte, 2. Manchester United 47:20/55, 3. Chelsea 44:25/54, 4. Liverpool 56:30/53.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: 1. Lord Rocky (Frl. Klais), 2. Premier Duke, 3. Baron, Toto: 17, 11, 21, 15, ZW: 180, DW: 672, 2. R.: 1. Placido Domingo (Woodburn), 2. Lightning Spark, 3. Petit Fleur, Toto: 20/14, 26, 82, ZW: 144, DW: 1460, 3. R.: 1. Najarith (Frl. Salzmann), 2. Arctic Sparkler, 3. Sariano, Toto: 48/13, 12, 11, ZW: 388, DW: 1056, 4. R.: 1. Fernandina (Selle), 2. Wolsey, 3. Romedio Real, Toto: 48/20, 18, 16, ZW: 252, DW: 1444, 5. R.: 1. St. Paul (Ilic), 2. Haldi, 3. Flug, Toto: 52/11, 11, 10, ZW: 284, DW: 628, 6. R.: 1. Aquamarin (Schindler), 2. Ommadawn, 3. Carlesvo.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 6, 33, 37, 42, 43, Zusatzzahl: 39. – **Spiel 77**: 9 0 7 3 5 9 6. – **Toto, Elferwette**: 2, 2, 0, 0, 0, 1, 2, 2, 0, 0, 1.

(Ohne Gewähr).

LEICHTATHLETIK / Zwei Weltbestleistungen

Erwin Skamrahl schneller als Sprintstar Mennea

sid/dpa, Columbia

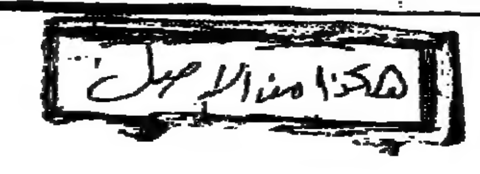
Zwei Hallen-Weltbestleistungen und eine deutsche Bestmarke – das waren die herausragenden Leichtathletik-Ergebnisse des Wochenendes. In Columbia (US-Bundesstaat Missouri) erzielte der Amerikaner Joe Dial mit 5,91 m im Stabhochsprung bereits die fünfte Weltbestleistung dieser Hallen-Saison. In Karlsruhe stellte der deutsche 400-m-Europarekordler Erwin Skamrahl (Groß-Ilsede) über 300 m mit 32,72 Sekunden eine Hallen-Weltbestleistung auf. Skamrahl brach die Bestmarke des italienischen 200-m-Weltrekordlers Pietro Mennea (32,84).

Ebenfalls in Karlsruhe gelang der 21jährigen Bonnerin Ulrike Denk über 60 m Hürden mit 7,95 Sekunden (Vorlauf) und 7,94 Sekunden (Finale) gleich zweimal die Verbesserung der bisherigen deutschen Hallen-Bestleistung. Sie steigerte ihre eigene Marke aus dem Vorjahr um drei Hundertstelsekunden.

Der 23jährige Joe Dial, der im letzten Jahr mit 5,85 m Rang drei in der Jahres-Weltbestenliste belegt hatte, griff mit seinem Rekordsprung in das Wechselspiel zwischen seinem Landsmann Billy Olson und dem sowjetischen Weltmeister Sergej Bubka ein. Diese beiden hatten die Bestmarke des Franzosen Vigneron von 5,85 m über 5,86 (Olson), 5,87 (Bubka), 5,88 auf 5,89 m (beide Olson) getrieben.

Skamrahl ging es bei den Rekordläufen in Karlsruhe darum, eine Woche vor den deutschen Meisterschaften in Sindelfingen ein Signal zu setzen. Dort wird er nicht über 400 m, sondern gegen Ralf Lübke über 200 m antreten.

„Ich bin eigentlich noch sehr lokker gelaufen. Deswegen haben mich die Rekorde sehr überrascht", freute sich Ulrike Denk. Mutter Renate Denk, 1954 Hochsprung-Teilnehmerin bei den Europameisterschaften in Bern: „Eigentlich ist es noch wichtiger, daß Ulrike gegen Ginka Zagortschewa sicher gewonnen hat." Die Bulgarin hatte sich mit 12,42 Sekunden als schnellste 100-m-Hürden-Läuferin des Jahres 1985 ausgezeichnet.



Pankraz, der Propeller und der Tropenhelm

Der Lieblingsladen von Pankraz (welcher nicht den geringsten Anstand trägt, die Leute schleichwerberisch bei ihrem Namen zu nennen) ist Hammacher, Schlemmer & Co. in New York, 147 East 57th Street. Pankraz entdeckte das Etablissement zufällig, als er an einem bitterkalten Wintertag an ihm vorbeihastete und einen schnellen Blick in die *Schaufenster* warf. Und da lag er, der Traum seiner Karl-May-gesättigten Kindertage – der Tropenhelm mit eingebautem elektrischen Kühlungs-Propeller! So etwas war ihm seit Lord David Lindsays legendärer „Chair-and-umbrella-pipe“ nicht mehr begegnet, jenem praktischen Mehrzweckgerät, das sich je nach Bedarf als Fernrohr, Picknick-Stuhl, Regenschirm, Friedenspfeife oder Stoßdegen verwenden ließ.

Hammacher, Schlemmer & Co. entpuppten sich denn auch tatsächlich als eine Firma noch aus Lord Lindsays Tagen. Seit 1848 existiert das Geschäft, und es blüht und gedeiht, ja, es hat sich mit der Entwicklung der modernen Technik sogar noch sprunghaft ausgeweitet, denn viele der ausgefallenen typischen Lindsay-Ideen konnten erst mit ihrer Hilfe verwirklicht werden, der Golfschläger mit Hupe und eingebautem Kompaß beispielsweise, das Heimplanetarium „Himmelszelt“, der elektrische Korkenzieher, der Wecker, der durch einen wilden Fluch des unsanft aus dem Schlaf Gerissenen zur Ruhe gebracht werden kann, der automatische Hintern-Abwischer, der künstliche, computerisierte Bridge-Spieler, der elektronische Weinführer, in den man Lage und Jahrgang, wie sie auf der Flasche stehen, einspeisen kann, um sofort eine bombensichere *Expertise von „the world's most famous“* Weinkenner mitgeteilt zu bekommen.

Was sind die Hauptmotive, nach denen Hammacher, Schlemmer & Co. ihr Angebot zusammenstellen? Nun, die meisten Kunden sind scharf auf möglichst kleine, zusammenfaltbare und leicht transportierbare Gerätschaften des sogenannten täglichen Bedarfs, deren Normalform groß und sperrig ist. Hammacher und Schlemmer stillen das Bedürfnis. Sie führen die zu Handtaschenformat zusammenklappbare federleichte Feuerleiter, die auf einem Motorrad transportierbare „original-finnische“ Sauna, eine Air-condition-Anlage, die wie eine Birne in jeden Lampenhalter eingeschraubt werden kann, und selbstverständlich den „am meisten zusammenfaltbaren Riesenschirm“, den kleinsten Farbfernseher der Welt, den „Kleiderschrank in der Hosentasche“, das „Golffeld im Autokoffer“.

Sehr gefragt sind auch Geräte, die traditionelle Haushalts-Verrichtungen ersetzen, zum Beispiel Babyberuhiger (ein Kuscheltier, das die Herzschläge der Mutter nachahmt, die das Kind hörte, als es noch im Mutterleib war), automatische Hunde-, Katzen- und Kanarienvogelfütterer, elektronische Pfeffermühlen, magnetische Fensterputzer, ein Kilometer- und Energieverbrauchs-Zähler für Jogger im Halskettenmedaillon-Format, eine sprechende Badezimmerwaage, ein winzig kleiner elektrischer Sockenwärmer, ein veritabler Buchseiten-Umwender.

Pankraz fragt sich, was die Matadoren der Nürnberger Erfindermesse eigentlich noch erfinden sollen; Hammacher, Schlemmer und Co. haben doch schon alles, und zwar jeweils in höchster technischer Perfektion. Sie haben das Fernsehgerät, das man ohne Schaden für Mensch und Apparat mit unter die Dusche nehmen kann, die selbstentfrostende Schibrille, den Gartenzwerg als Golflehrer, den Schlafeinluller, der je nach Gusto Meeresrauschen, Frühlingsregengepladder oder das Wort zum Sonntag nachahmt, den transportablen Hosenbügler für den eiligen Gentleman, den automatischen Tafelsilber- und Juwelenpolierer.

Und die Firma beschäftigt mittlerweile einen ganzen Pulk von ausgefuchsten „Scouts“, die in Japan, *Deutschland, in Mailand und* in den Staaten selbst unterwegs sind, um jede neue Idee sofort an die Zentrale zu melden und ihre Vermarktung einzuleiten. Ein Scout sorgte dafür, daß ein automatischer Damenfingernagel-Polierer aus der Bundesrepublik ins Sortiment aufgenommen wurde; und ein Scout in Japan war es, der jene gloriose Uhr an Land zog, die – im Falle, daß jemand mitten in der Nacht aufwacht und die Zeit wissen will, aber keine Lust hat, Licht zu machen oder nach dem fluoreszierenden Wecker auf dem Nachttisch zu schielen – auf Knopfdruck eben diese Zeit mit Flammenschrift an die Zimmerdecke wirft; wahrhaft eine Palmström-Idee!

Überhaupt enthüllt der Betrieb bei Hammacher und Schlemmer, so nützlich und „für den modernen Menschen unentbehrlich“ sich seine Artikel im ersten Moment auch ausnehmen und so viel Gewinn sie ihren Verkäufern auch einbringen mögen, dem Kunden sehr schnell seine phantastische, von tiefem Humor durchtränkte Rückseite, die eigentlich die Vorderseite ist. Der Mensch, gerade auch der „moderne Mensch“, braucht ja für ein anständiges Leben im Grunde sehr wenig; keiner der Gegenstände bei Hammacher und Schlemmer ist auch nur im entferntesten eine Lebensnotwendigkeit. Worum es sich vielmehr handelt, ist ein tolles, wildes Gelächterspiel mit den Möglichkeiten der Technik, ihre Rückverwandlung gewissermaßen in den Zauberstab des Schamanen aus primitiven Stammeszeiten.

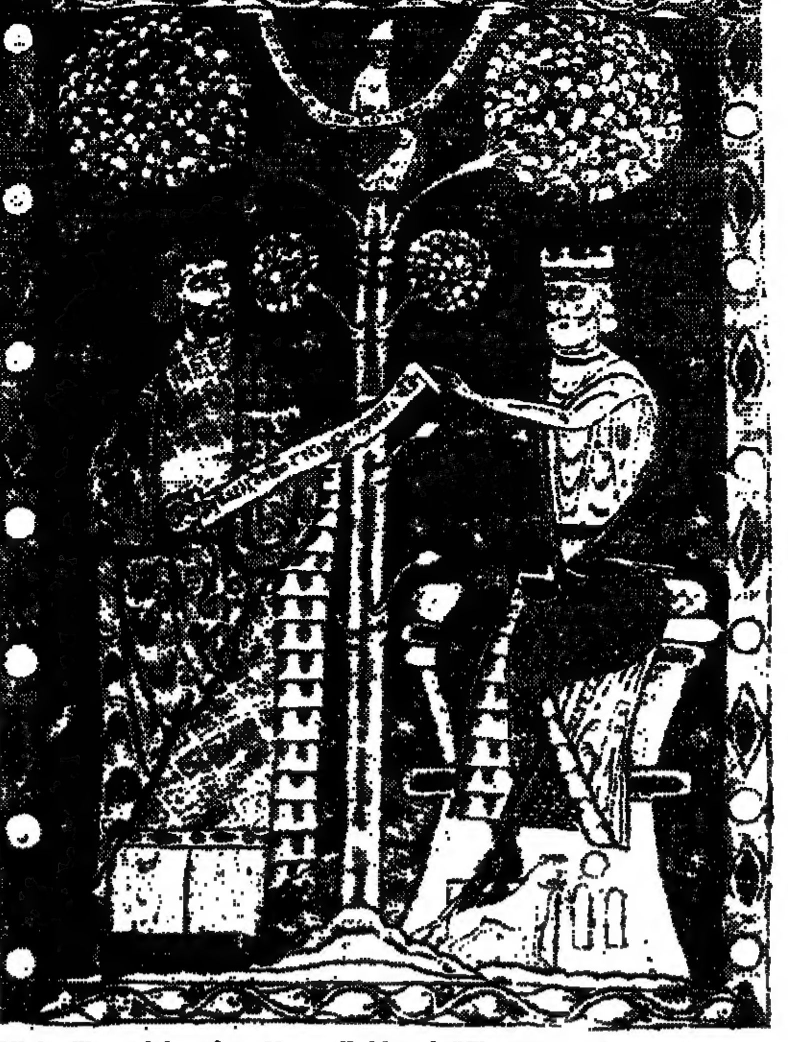
Da wird aus einem Regenschirm plötzlich ein Korkenzieher, aus einer Schibrille ein Kranzgebinde für die Trauerfeier. Da spritzen aus hauchfein zusammengefalteten Sächelchen plötzlich riesige Konstruktionen, und stocknüchterne Gebrauchsgegenstände geben die Poesie des gänzlich Unerwarteten preis. Und wir erstaunten Endverbraucher spüren sehr viel deutlicher als im Falle von Auto und Farbfernseher: Der Mensch könnte das Ganze auch sein lassen, er läßt es jedoch nicht, weil es zu seinem Wesen gehört, die Natur herauszufordern und zu versuchen, weil er *Spaß* daran hat und der Spaß noch allemal die höchste Form von Freiheit gewesen ist.

Pankraz

Kosmos römischer Wissenschaft: Des Plinius „Naturalis historia“ erstmals vollständig auf deutsch

Heliotrop, morgens sechs Uhr gepflückt

Ein verlegerisches Jahrhundertprojekt ist anzukündigen, das rasche Fortschritte macht: die seit Menschengedenken erste deutsche Übersetzung der 37 Bücher umfassenden „Naturkunde“ des römischen Staatsmannes, Historikers und Universalgelehrten Plinius d. Ä. Sie erscheint, mit dem lateinischen Urtext, sorgfältigen Erläuterungen, Literaturhinweisen, Angaben zur Textgestaltung, Quellenverzeichnissen und Registern (Namen, Sachen, Orte, Länder) in der nicht genug zu rühmenden „Sammlung Tusculum“ des Artemis Verlags, die schon so viele kostbare Werke der antiken Dichtung, Geschichtsschreibung und Wissenschaft umfaßt – von Aischylos über Cicero und Livius bis zu Pindar, Sappho, Tacitus und Xenophon. Als Herausgeber und Übersetzer der großen Plinius-Edition zeichnet – in Zusammenarbeit mit Gerhard Winkler – Roderich König verantwortlich.



Plinius überreicht seine „Naturalis historia“ Titus Vespasianus, aus einem mittelalterlichen Codex in Florenz FOTO: SCHROLL VERLAG

Plinius, 23 n. Chr. in Como als Sohn eines begüterten römischen Ritters geboren, in Rom erzogen und durch seine Offizierslaufbahn, die ihn in die verschiedensten Gegenden des Imperiums führte, mit den Eigentümlichkeiten von Land, Tier- und Pflanzenwelt sowie Kultur in Nord und Süd, West und Ost aus eigener Anschauung vertraut, fand den Tod beim Ausbruch des Vesuvs im Jahre 79. Er war Ratgeber der Kaiser Vespasian und Titus und zuletzt Befehlshaber der römischen Flotte gewesen. Er hatte unter anderem Gallien, Spanien, Nordafrika und Israel bereist, kannte auch einige Gegenden Deutschlands sehr gut, etwa die heißen Quellen von Wiesbaden und den Schwarzwald, insbesondere die Landschaft, der die Donau entspringt.

Von vielen seiner Schriften – *militärischen, biographischen, historischen*, rhetorischen und sprachkundlichen – hat sich bis auf geringfügige Reste nichts erhalten. Sein Andenken durch die Jahrhunderte verdankt er einzig seiner „Naturalis historia“, einer umfassenden Enzyklopädie des gesamten kosmologischen, geographischen, zoologischen, botanischen und pharmazeutischen Wissens der Antike. Es gibt eigentlich nichts auf Erden und am Himmel, soweit sie vor zweitausend Jahren erforscht waren, das der eifrige Plinius in seinem vielbändigen Hand- und Lehrbuch unberücksichtigt gelassen hätte. Es ist ein einzigartiges Nachschlagewerk, ein Universallexikon, eine Gesamtdarstellung all dessen, worüber ein gebildeter Römer im ersten Jahrhundert Bescheid wußte.

Denn dies ist wichtig, wenn man dem Opus des Plinius gerecht werden will: Es wendet sich nicht an Gelehrte, sondern an alle Gebildeten; der Verfasser möchte aus dem Leser nicht einen Fachmann, sondern einen kultivierten Staatsbürger machen und ihm ein auch im Alltag brauchbares Allgemeinwissen vermitteln. Obwohl *von der stoischen Naturphilosophie* nicht unbeeinflußt, wäre es ebenso falsch, bei Plinius eine systematische Lehre von der Entstehung, Entwicklung und den Grundgesetzen des Weltalls zu suchen wie ihn an den Maßstäben neuzeitlicher Naturwissenschaft zu messen.

Wenngleich es bei ihm Stellen gibt, die an Alexander von Humboldts, Alfred Brehms, Jean-Henri Fabres und manchmal sogar an die Einsichten der modernen Verhaltensforschung erinnern, ist Plinius insgesamt doch mehr ein eifriger Sammler und Exzerptor naturkundlicher Schriften denn ein eigenständiger Beobachter. Gleichwohl steht er seinen Quellen nicht unkritisch gegenüber, und immer wieder finden sich bei ihm Abschnitte, in denen er aufgrund unmittelbarer Erfahrungen seine Gewährsleute berichtigt oder sogar die Behauptung irgendeines antiken Experten ausdrücklich als „absurd“ verwirft. Er glaubt etwa nicht an den sagenhaften Vogel Phönix, dessen Existenz noch im christlichen Mittelalter allgemein feststand; ebenso steht er der Magie, ohne sie restlos *abzulehnen, mißtrauisch gegenüber.*

Wer heute zu Plinius greift, wird es selbstverständlich nicht tun, um sich zuverlässig über Fragen der Zoologie oder Botanik belehren zu lassen. Der Reiz seiner „Naturkunde“ ist eher ideengeschichtlicher, kulturhistorischer, im besten Sinne des Wortes antiquarischer Art. Wenn man Plinius gelesen hat, weiß man, was vor etwa zweitausend Jahren einem vielseitig interessierten, gewissenhaften und um den neuesten Stand der Erkenntnis bemühten Römer an Wissen zur Verfügung stand. Da bis weit in die Neuzeit hinein (eigentlich bis zu Linné und Goethe) Plinius geradezu als realienkundliche Autorität schlechthin galt, gehört sein Werk zu den epochalen „Paradigmen“ der europäischen Wissenschaftsgeschichte. Sein Wert liegt auch darin, daß die meisten antiken Autoren, auf die es sich bezieht, uns seit langem nicht mehr zugänglich sind; zahlreiche Quellen, die Plinius benützt, waren teilweise schon in der Spätantike verloren.

Was die Lektüre jedoch besonders vergnüglich macht, ist die überquellende Fülle der kultur- und sittengeschichtlichen, bisweilen fast anekdotischen Details, mit der Plinius halb pedantisch, halb nonchalant den Leser beschenkt. Denn das Universum, das der Römer darstellt, ist – anders als der neuzeitliche Kosmos – ganz und gar ein menschenfreundliches Gebäude, trotz seiner Größe immer noch überschaubar, wohlproportioniert, ja recht eigentlich human. Das gilt für die gesamte „Naturalis historia“, doch insbesondere für den jüngsten Band der deutsch-lateinischen Ausgabe des Artemis-Verlags, der die Bücher 21 und 22 umfaßt, die der Welt der Heilpflanzen gewidmet sind.

Plinius begnügt sich nicht damit, das Aussehen und die Wirkungen der verschiedenen Kräuter darzustellen. Er gibt auch Rezepte an, vergleicht die Zubereitungsverfahren der verschiedenen Völker, äußert sich überdies über Bienenzucht, Gartenbau und verschiedene „Honigwunder“ *(miraculum mellis)*, den Duft von Rose, Safran, Lilie und Nachtviole (um hinzuzufügen: „Von den Tieren ist keines wohlriechend, es sei denn, wir halten für wahr, was über die Panther erzählt wird“). Mehrere Kapitel sind dem Gebrauch von Kränzen verschiedenster Art in Kult, Fest, bei öffentlichen Spielen und militärischen Triumphen gewidmet.

Wenn man den Band mit von Seite zu Seite sich steigerndem Entzücken liest, kann man beinahe den Eindruck gewinnen, daß gegen sämtliche Krankheiten und Leiden ein Kräutlein gewachsen ist. So hilft gegen Fußgicht Meerfenchel. Der Saft des blaublühenden Heliotrop („Sonnenwend“), gewonnen um sechs Uhr morgens und mit etwas Rosenöl vermischt, lindert Kopfschmerzen; mit einem Zusatz von Salz entfernt er *Warzen*.

Viele dieser pharmakologischen Anweisungen sind zweifellos magischen Ursprungs, manche leben noch in gewissen abergläubischen Bräuchen nach. Dennoch finden sich bei Plinius immer wieder therapeutische Mittel oder zumindest ahnungsvolle Hinweise, die sogar in der fortgeschrittensten Medizin und noch weit mehr in der alternativen „Sanften Heilkunst“ eine wichtige Rolle spielen. Auch im Hinblick darauf ist insbesondere dieser Band ein nicht bloß kulturgeschichtlich oder volkskundlich aufschlußreicher Lesestoff, der vom Herausgeber und Übersetzer beispielhaft präsentiert wird. Man kann nur wünschen, daß die Edition, von der bislang zwölf Bände erschienen sind, in nicht allzu langer Zeit vollständig vorliegt.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

C. Plinius Secundus d. Ä.: Naturalis historia. Naturkunde. Lateinisch-Deutsch. Bücher 21 und 22. Medizin und Pharmakologie: Heilmittel aus dem Pflanzenreich. Hrsg. und übersetzt von Roderich König in Zusammenarbeit mit Gerhard Winkler. Artemis Verlag, München–Zürich 1986. 424 S., DM 58 DM.

JOURNAL

Frühjahrspreise der Deutschen Akademie

dpa. **Darmstadt**

Mit dem Johann-Heinrich-Voß-Preis der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt wird Hanno Helbling aus Zürich für seine „hervorragenden Übersetzungen aus dem Englischen, Französischen und Italienischen, vor allem aber für die Übersetzungen des lyrischen Gesamtwerks von Giacomo Leopardi“ ausgezeichnet. Der Friedrich-Gundolf-Preis geht an den Germanistikprofessor Siegbert Prawer aus Oxford für seine „eindringlichen Analysen deutscher Lyrik“ und seine grundlegenden Studien über Heinrich Heine. Beide Auszeichnungen sind mit jeweils 10 000 Mark dotiert.

Um Habsburgs privates Familienvermögen

DW. Wien

Ob es Zufall oder geschicktes Timing ist, mag man nicht sagen. Jedenfalls erscheint das Buch „Konfisziert – Österreichs Unrecht am Hause Habsburg“ von Hermann A. Griesser beim Amalthea-Verlag, München, jetzt zur rechten Zeit. Wie aus Wien bekannt wird, hat nämlich Carl-Ludwig von Habsburg, Bankkaufmann in Brüssel und Bruder Otto von Habsburgs, bei der österreichischen Bundesregierung eine Feststellungsklage mit dem Ziel der Rückgabe des privaten Familienvermögens in einem Wert von etwa zwei Milliarden Schilling eingereicht. Die Habsburger sind der Meinung, daß das Privatvermögen der kaiserlichen Familie bei der Ausrufung der Republik zu Unrecht eingezogen wurde. Das Buch von Griesser stellt aus bislang unveröffentlichten Archivalien die Hintergründe dieser Entscheidung *und ihre Folgen für die Habsburger* und die Republik dar.

Kritikerpreise 1985 an A. Breth und S. Linke

dpa, **Berlin**

Harry Kupfer, der Chefregisseur der Komischen Oper in Ost-Berlin, sowie die Theaterregisseurin Andrea Breth und die Choreographin Susanne Linke gehören zu den Trägern des Kritikerpreises 1985 der *Berliner Akademie der Künste*. Weitere Preisträger sind in der Sparte Literatur der Autor Peter Maiwald, in der Sparte Film die Regisseurin Jeanine Meerapfel, im Bereich Fernsehen der Journalist und Produzent Hans Brecht, in der Sparte Architektur der Hochschullehrer Hardt-Waltherr Hämer und in der Sparte Bildende Kunst die Künstlergemeinschaft „Büro Berlin“.

Studie über jüdische Gemeinden in der ČSSR

rst. **Rom**

Rund 14 000 jüdische Bürger leben heute in der Tschechoslowakei, nach dem Panzereinmarsch im August 1968 haben mindestens 4000 Juden das Land verlassen. Das ergibt sich aus einer Arbeit des in München lebenden tschechischen Literaturhistorikers Antonin Kratochvil über jüdische Religionsgemeinden in der ČSSR, den die in Rom erscheinende katholische Zeitschrift „Studie“ veröffentlichte.

Neue Tonalität? – „Wintermusik '86“ in Karlsruhe

Eckig, scharf, zerklüftet

Tonale Musik ist offenbar nicht totzukriegen, auch in der Kunstmusik, die sich jahrzehntelang fast dogmatisch atonal verhalten hatte, nicht. Seit den siebziger Jahren ist wieder eine verstärkte Hinwendung zu tonalem Schönklang, zu den alten Kategorien Konsonanz und Dissonanz zu beobachten. Grund genug für ein ambitioniertes Festival wie die Karlsruher „Wintermusik“, dieses Phänomen auf den kritischen Prüfstand zu heben. Festivalleiter Manfred Reichert: „Auf keinen Fall steckt hinter diesem Thema der Wunsch: Zurück zur Tonalität. Aber ich will auf die Frage aufmerksam machen, ob der atonale Strang, der von der Dodekaphonie zum Serialismus führt, heute nicht doch relativiert werden muß.“

Ob und wie hier zu relativieren ist, läßt sich durch das gesprochene Wort natürlich differenzierter darstellen als durch Musik. Die „Wintermusik '86“ nahm deshalb fast die Form eines Seminares an. Drei Konzerten standen nicht weniger als sechs Vortragsveranstaltungen gegenüber. Den umfangreichsten Diskussionsbeitrag lieferte der Philosoph Peter Sloterdijk, bekannt geworden als Erfolgsautor der zweibändigen „Kritik der zynischen Vernunft“. Doch so geschliffen und so pointenreich er auch sprach: Daß das Ende einer aufklärerischen Ästhetik, wie etwa Adorno sie formulierte, sich tatsächlich abzeichnet, daß die wiedererstarkte Tonalität wirklich auf die Vergreisung der Avantgarde hindeutet, darf doch zumindest mit Fragezeichen versehen werden.

Auch zwei Komponisten meldeten sich zu Wort. Reinhard Febel bekannte sich rückhaltlos zur Verwendung tonaler Modelle in seinen Werken, er sprach den atonalen Kompositionsstilen rundheraus den Anspruch auf Allgemeingültigkeit ab. Doch die „Wintermusik“ wäre kein wirklich offenes Forum, wenn sie nicht auch der Gegenposition Platz eingeräumt hätte. Wolfgang Rihm vertrat sie mit der einleuchtenden These, von neuer Tonalität könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil es keine alte gebe. Tonalität sei eben Tonalität. Aber da sie heute der Vermarktung und der Freizeitindustrie preisgegeben sei, eigneten sich ihre Mittel kaum für avancierte Kompositionsverfahren.

Nun hatten die Vorträge der beiden Komponisten einen unbestreitaren Vorteil. Ihre Stichhaltigkeit, die Tragfähigkeit ihrer Thesen, ließ sich ganz unmittelbar am klanglichen Ergebnis überprüfen. In den „Wintermusik“-Konzerten standen sowohl Febels „Nocturne I“ als auch die Uraufführung von Rihms Blechbläser-Studie „Sine nomine“ auf dem Programm.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß Febels Werk – wie übrigens auch andere Beispiele für tonalitätsbezogene neuzeitliche Kompositionen – keinen sonderlich überzeugenden Eindruck hinterließ, nicht zuletzt wegen der immer wieder auftauchenden, aber nicht recht plausiblen tonalen Inseln. Rihms Stück dagegen hält sich in den Extrembezirken der Kunst auf, es klingt eckig, scharf, zerklüftet. Es ist schöne Musik, ohne Zweifel. Aber diese Schönheit bezieht sich nicht auf eine tonale Welt, die wohl nicht nur nach Rihms eigener Vorstellung verbraucht und abgegriffen ist.

STEPHAN HOFFMANN

R. Zandonais „Francesca da Rimini“ in Karlsruhe

Die schurkischen Brüder

Überlebensprobleme, denen Schrekers, Korngolds oder Zemlinskys ähnlich, haben auch die italienischen Komponisten des ersten Jahrhundertdrittels, denn auch sie verweigerten den Schritt von der an die Grenzen des harmonisch Möglichen vorgepreschten Tonalität zur Atonalität. Das sollte sie für Jahrzehnte zur musikalischen Nachhut abstempeln. Dem einst höchst erfolgreichen Riccardo Zandonai ging es noch schlimmer. Zur musikhistorischen Acht kam der politische Bann, weil er einige Förderung durch Mussolini genoß. Aber Zandonais beste Werke liegen lange davor.

Seine „Francesca da Rimini“ kam 1914 in Turin heraus, und diese Oper ist es, mit der das Staatstheater Karlsruhe, immer gut für einen unkonventionellen Spielplan, Zandonai wieder zu Wort kommen läßt. Denn auch diese Oper, die immerhin mehr als 250 Inszenierungen erlebt hat, also wirklich ein Erfolg war, hat sich seit Jahren rar gemacht. Die Karlsruher Aufführung nun ließ das Publikum geradezu aus dem Häuschen geraten vor Begeisterung. Also, so gut ist die Oper nun auch wieder nicht.

Der Regisseur Gian-Carlo del Monaco hat die Badenser zu diesem Opern-Abenteuer verleitet. Sein Vater schätzte Zandonais Opern über alles (auch „Giulietta e Romeo“), obwohl der Paolo gar nicht einmal eine besonders dankbare Tenorpartie ist. Die Oper ist ein rechtes Primadonnenstück: Sie steht und fällt mit der Sängerin der Francesca. Karlsruhe hat sich dafür Mara Zampieri ausgeborgt, eine der wenigen wirklichen Heroinen der heutigen Opernbühne. Wen ihre gesanglichen Eigenheiten nicht stören – willkürliche Forte-Piano-Kontraste, das Anschleifen von Tönen, spitze Intonation mit folgendem Schwellton –, der hatte gewiß einen sehr guten Abend, denn die Stimme der Zampieri besitzt Feuer, Leidenschaft, Schönheit und Kraft. Viel Kraft. Die ist auch vonnöten in dieser dreistündigen Parforce-Tour, in der sie fast stets im Zentrum steht, während sich ihre Gegenspieler abwechseln dürfen.

Mario Muraro als Paolo kommt so ziemlich allen Klischees von einem Operntenor nahe, James Dietsch als Francescas verkrüppelter Gatte und Kenneth Garrison als einäugiger dritter Bruder im schrecklichen Bunde vertreten einen Sing- und Darstellungsstil, den man euphemistisch als Meiningerei bezeichnen könnte. Weniger freundlich: Opernschmiere. Glückliche Entdeckung im Ensemble: Elena Filipova als Francescas Schwester Samaritana, ein hoher, lyrisch beseelter Sopran, der sich sanft ins Ohr schmeichelt beim Abschied der beiden Mädchen voneinander.

Das ist dann vielleicht auch schon Zandonais am besten geglücktes Stück in der Oper. Da malt er mit tausend Klangfarben auf kleinstem Raum, da ist mit wenigen Strichen das italienische Mittelalter markiert, da wird schließlich, bei Paolos Brautwerbung, gar nicht mehr gesungen, sondern nur noch auf verinnerlichte Weise im Orchester geschwelgt. Das ist fürwahr eine der großen Szenen der italienischen Opernliteratur. Ein paar Mal noch läuft Zandonai zu großer Form auf, aber selbst die Liebesszene, wenn die beiden den „Lancelot“-Roman lesen, schwingt sich nicht so hoch, wie man das von einem der großen Liebespaare der Weltliteratur erwarten sollte, trotz des sehr guten Dirigenten Baldo Podic.

Zandonai hat den Stoff in der eleganten und gebildeten Version Gabriele d'Annunzios aufgenommen, die dieser als „Poem aus Blut und Wollust“ bezeichnet und der Duse gewidmet hat. Nun, bei den beiden Liebenden ist da wohl vor lauter „Dekadentismo“ weder viel Blut noch Wollust übrig, bei Paolos beiden schurkischen Brüdern indessen schon.

Gian-Carlo del Monacos Inszenierung im Bühnenbild von Dominik Hartmann ist zwiespältig. Einerseits wird das Stück mit Schleiervorhängen aufgeblättert wie ein altes Epos: Tatsächlich ist die Geschichte ja durch Dante überliefert. Aber in den Schlachtszenen huldigt er einem wirren Aktionismus, versucht Realismus ausgerechnet da, wo das Theater am wenigsten imstande ist, ihn zu leisten, so daß die Geschichte beängstigend in die Nähe einer Parodie gerät. Und die kann ja wohl nicht gemeint sein.

REINHARD BEUTH

Nächste Aufführungen: 7., 12., 18., 23. und 28. Febr.; Karten-Informationen 0721/60202.

„Kontinent“: Wie sie mit vertrauten Wörtern lügen

Schule der Papageien

„Friedensgefährdend“ nannte der Moskauer „Journalist“ in seiner Januarausgabe die Arbeit der amerikanischen Korrespondenten in Moskau, weil sie nur ein negatives Bild von der Sowjetunion vermittelten, das dem „Geist von Genf“ widerspräche. In diesen Angriffen kommt der Zynismus der Sowjetführung im Umgang mit der Presse zum Ausdruck, der eigenen wie der ausländischen.

Pressearbeit kann nach kommunistischer Vorstellung nur Arbeit im Auftrag der Partei oder Regierung sein. Und da den Kapitalisten nicht zu trauen ist, ist natürlich auch ihrer Presse nicht zu trauen. Trotzdem läßt man die sich angeblich selbst diskreditierenden Westzeitungen nicht ins Land, denn man weiß in Moskau, daß die Leute in der Sowjetunion die eigenen Zeitungen nicht ernstnehmen, während die westlichen Blätter hohes Ansehen genießen.

Also versucht man, die westlichen Korrespondenten zu täuschen oder zu korrumpieren. Über die Methoden hat David Satter, der sechs Jahre lang für die „Financial Times“ in Moskau arbeitete, beim 5. Internationalen Sacharow-Hearing in London berichtet, und „Kontinent“ legt diesen Bericht nun in seiner jüngsten Ausgabe auf deutsch vor. Satter erläutert da z. B., daß sogenannte „Privatgespräche“, die Funktionäre mit westlichen Korrespondenten führen, Teil der Propagandakampagnen sind. Dagegen müssen diejenigen, die den Journalisten wirklich privat Informationen zukommen *lassen, mit Verfolgung* und Strafe rechnen. So ging es dem Bergarbeiter Alexej Nikitin, der Satter in Donezk begleitete. Er starb 1984 in einer Gefängnispsychiatrie, wohin er nach seinem Gespräch mit dem Amerikaner gebracht worden war.

Wie die sowjetische Wirklichkeit aussieht, verdeutlichen zwei weitere Beiträge in „Kontinent“. Der eine ist ein Interview mit dem Matrosen Wassilij Semjonow, der sein Schiff in einem westlichen Hafen verließ, der andere der Offene Brief an das Zentralkomitee von Oleg Alifanow, der am 30. Juli 1985 in die französische Botschaft in Moskau flüchtete, sie nach sechs Stunden „freiwillig“ verließ und über den seitdem nichts mehr zu erfahren war. Beide berichten von großen Versorgungsmängeln, von Wohnraumnot, Alkoholismus, von Schlamperei in den Betrieben und vor allem von der Angst der jungen Leute, als Soldaten in Afghanistan verheizt zu werden. Solche Informationen meint der „Journalist“, wenn er zu dem Adjektiv „friedensgefährdend“ greift.

Ein durchgehendes Thema in „Kontinent“ ist der Versuch der Propagandisten, durch eine Umdeutung der Wörter die Begriffe zu verwirren. Damit beschäftigt sich Walter Laqueur in seinem Beitrag über das Phänomen des „Psittacismus“. Das Wort leitet sich von den „psittaci“, den Sittichen und Papageien, her und meint „die Gewohnheit, Wörter gedankenlos nachzuplappern“. Das gilt, wie Laqueur ausführt, für die Politik wie für quasi-wissenschaftliche Veröffentlichungen. Dabei werden Begriffe wie „konservativ“, „liberal“, „faschistisch“, „links“ und „rechts“, „Kalter Krieg“ und „Frieden“ in einer Weise verwendet, die ihre tatsächliche Bedeutung bis ins Gegenteil verkehrt. Die „friedensgefährdenden“ Korrespondenten sind nur ein Beispiel dafür.

Auf eine andere Desinformationstechnik weist ein Pole in „Kontinent“ hin, der unter dem Pseudonym Krystof Kruk über die „Hoffnungslosigkeit als Werkzeug der Propaganda“ schreibt. Es ist das in Polen oft verwendete Schlagwort vom „geringeren Übel“, das angeblich die Herrschaft Jaruzelskis darstellt, weil sogenannte *„bestimmte Bedingungen“* und die geopolitische Lage sonst Schlimmeres heraufbeschwören würden. Jeder in Polen weiß, daß damit die Sowjetunion und deren „brüderliche Hilfe“ gemeint sind. Nur „realpolitische“ Zeitgenossen im Westen lassen sich davon beeindrucken.

Der Junta in Warschau ist deshalb bewußt, wie Kruk erläutert, „daß im Grunde nicht Solidarność die größte Gefahr für das System war beziehungsweise ist. *Die wirkliche* Gefahr ist einfach die Solidarität der Menschen untereinander.“ Und deswegen versuchen die Wortproduzenten im Dienste der Partei und der Militärs, die Wörter und damit die Gemüter zu verwirren.

PETER JOVISHOFF

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Basel: Walter Dahn – Museum für Gegenwartskunst u. Kunsthalle (bis 29. Mrz.)
Berlin: Fred Thieler – Akademie der Künste (bis 17. Mrz.)
Braunschweig: A. R. Penck – Kunstverein (bis 23. Feb.)
Bremen: G. von Graevenitz (1934–1983) – Kunsthalle (9. Feb. bis 6. Apr.)
Brüssel: Capriccio, musique et arts plastiques / Depuis Matisse – Palais des Beaux-Arts (22. Feb. bis 6. Apr.)
Düsseldorf: Friedrich Justin Bertuch – Goethe-Museum (bis 2. Mrz.)
„Aus den Trümmern“ – Kunstmuseum (bis 23. Mrz.)
Gerhard Richter – Kunsthalle (bis 23. Mrz.)
Essen: Rainer Fetting – Folkwang (bis 2. Mrz.)
Hamburg: Parfums / Flakons – Museum für Kunst und Gewerbe (bis 30. Mrz.)
Antonius Höckelmann – Kunstverein (bis 2. Mrz.)
Hannover: Kurt Schwitters – Sprengel Museum (4. Feb. bis 20. Apr.)
Köln: Der Keltenfürst von Hochdorf – Kunsthalle (bis 31. Mrz.)
Leverkusen: Ägyptische und moderne Skulpturen – Schloß Morsbroich (bis 31. Mrz.)
Ludwigshafen: „Leb wohl sagt mein Genie“: Textblätter aus der Prinzhorn-Sammlung – Wilhelm-Hack-Museum (bis 23. Mrz.)
München: Markus Lüpertz – Lenbachhaus (bis 30. Mrz.)
Afghanistan – Staatliches Museum für Völkerkunde (bis 6. Mai)
Offenbach: Brigitte Wagner – Klingspor Museum (7. Feb. bis 2. Mrz.)
Paris: Wien 1880–1938 – Centre Pompidou (6. Feb. bis 5. Mai)
Recklinghausen: Zeitstandort – Kunsthalle (bis 25. Feb.)
Salzburg: Ernst Haas / Fotobilder – Rupertinum (5. Feb. bis 16. Mrz.)
Stuttgart: Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert – Staatsgalerie (8. Feb. bis 27. Apr.)
Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts in Baden-Württemberg – Kunstgebäude (6. Feb. bis 9. Mrz.)
Wien: Das Wiener Künstlerhaus 1861–1986 – Künstlerhaus (bis 23. Feb.)

Voyager-Fotos vom Uranus geben neue Rätsel auf

AP, Pasadena

Während die amerikanische Planetensonde Voyager-2 dem Neptun entgegenrast, den sie im August 1989 erreichen wird, sind die Wissenschaftler im kalifornischen Pasadena damit beschäftigt, die Datenflut auszuwerten, die die Sonde bei ihrem Vorbeiflug am Uranus zur Erde übermittelt hat.

Voyager-2 entdeckte am Uranus zehn kleine Monde und mehrere der Uranus-Ringe, von denen neun pechschwarz sind. Andere Ringe schimmern bläulich oder rötlich. In der Atmosphäre des siebten Planeten des Sonnensystems machte die Sonde Winde und Sturmwolken aus. Durch die Daten wird bestätigt, daß die Atmosphäre vorwiegend aus Wasserstoff und Helium besteht, die auf minus 179 Grad abgekühlt sind. In dieser Atmosphäre bewegen sich riesige, blaue Wolken aus Methan.

Die Raumsonde stellte auch fest, daß der Tag des Uranus mit einer möglichen Abweichung von 20 Minuten 16 Stunden und 48 Minuten lang ist. Auf der dunklen Seite des Planeten treten Lichterscheinungen wie die Nord- oder Südlichter auf der Erde auf. Teile des Planeten senden ein ultraviolettes Glimmen aus.

Eines der größten Rätsel ist, warum Voyager nur zwei der sogenannten „Schäfermonde" entdeckt hat, von denen angenommen wurde, daß ihre Schwerkraft den äußeren Uranus-Ring, den Ypsilon-Ring, in seine vergleichsweise dünne Form preßt. Da die Sonde aber herausfand, daß dieser Ring vorwiegend aus großen Felsbrocken und nicht aus feinen Staubpartikeln besteht, bezweifeln die Wissenschaftler, daß die Gravitation der beiden Monde ausreicht, den Ring in Form zu halten.

Einige Forscher nehmen an, daß noch andere, bisher nicht entdeckte Monde existieren, um den Ypsilon-Ring und andere Uranus-Ringe in ihrer Form zu fixieren. Sie könnten so klein sein, daß sie von den Kameras der Voyager-Sonde nicht entdeckt wurden. Andere Wissenschaftler dagegen stellen die ganze Hypothese von den „Schäfermonden" in Frage.

Ein anderes Rätsel ist die Dunkelheit der Ringe und eines Teils der Monde. Wissenschaftler nehmen an, daß eine unbekannte Strahlung das aus gefrorenem Methan bestehende Eis in eine dunkle Substanz verwandelt hat. Um diese Theorie zu bestätigen, hat Voyager nicht genug Daten gesammelt. Die Sonde konnte auch nicht enthüllen, warum der Uranus „eiert" und seine Pole manchmal der Sonne zugewandt sind. Wissenschaftler nehmen an, daß Uranus irgendwann einmal von einem Himmelskörper getroffen wurde, der ihm den exzentrischen Drall gab. Dieses himmlische Geschoß müßte etwa die Größe der Erde gehabt haben.

Mindestens 17 Tote bei Unwettern in Europa

Schnee, Sturm und Regen / Situation in Italien verschärft

DW. Hamburg

Schwere Stürme und verheerende Schneefälle haben am Wochenende in Frankreich, Italien und Österreich mindestens 17 Menschenleben gefordert. Ein Niederländer kam ums Leben, als ein Hotel im österreichischen Obergurgl im Ötztal von einer 150 Meter breiten und bis zu drei Meter hohen Lawine erfaßt wurde. Die Schneemassen drangen durch die Fensterscheiben in das Hallenbad und den Speisesaal ein. Elf Menschen mußten zum Teil schwer verletzt in Krankenhäuser Innsbrucks gebracht werden. Gestern hatte sich die Situation in dem Nordtiroler Wintersportgebiet wieder normalisiert. Allerdings bestand nach wie vor akute Lawinengefahr.

In Italien verschlechterte sich die Situation dagegen am Wochenende weiter. Schneemassen und Lawinen in Alpen und Apenninen, sintflutartige Regenfälle sowie Stürme vor allem an der Adriaküste brachten den Verkehr zum Erliegen. Ein junger Mann erstickte an den Abgasen seines Wagens. Er war im Schnee steckengeblieben und hatte, um nicht zu erfrieren, den Motor und die Heizung des Fahrzeugs laufenlassen. Erst gestern entspannte sich die Lage in Südtirol. Bei strahlendem Sonnenschein war der Zugang zu den Tälern, die am Wochenende von der Außenwelt abgeschnitten waren, wieder möglich.

In Venedig, wo der Karneval beginnen sollte, setzte eine Sturmflut große Teile der Stadt unter Wasser, eine Frau ertrank. In Rom trat der Tiber über die Ufer.

Neun Menschenleben forderten die Unwetter innerhalb der letzten drei Tage in Südfrankreich. Ein Tourist wurde gestern in den Hochalpen noch vermißt. Gleichzeitig entspannte sich die Lage bei etwas abnehmenden Schneefällen. Rund 130 000 Haushalte blieben nach den ungewöhnlich starken Schneefällen im Süden des Landes weiter von der Stromversorgung abgeschnitten.

Trotz nachlassender Schneefälle und abflauender Winde leidet Nordspanien weiter unter den Folgen des Schneechaos, das seit Donnerstag weite Regionen lahmlegt. Gestern waren noch immer rund 400 Dörfer mit insgesamt mehr als 100 000 Einwohnern von der Umwelt abgeschnitten. An der spanisch-französischen Grenze bei La Junquera (Gerona) sind 3000 Lastwagen im Schnee steckengeblieben. Die Grenze ist seit Freitag geschlossen.

64 Kinder und drei Lehrer harrten in der galizischen Provinz Lugo drei Tage lang in einer vom Schnee eingeschlossenen Schule aus. In den Picos de Europa in Asturien suchten Rettungsmannschaften nach sieben verschollenen Bergsteigern.

Auch in Deutschland herrschten am Wochenende zum Teil katastrophale Wetterbedingungen. Auf den Autobahnen und Bundesstraßen in Niedersachsen und Bremen führten überfrierende Nässe und Schneeregen zu zahlreichen Unfällen. In Hannover starb ein 28 Jahre alter Mann, als sein Fahrzeug auf der schneeglatten Fahrbahn ins Schleudern geriet und frontal gegen einen Baum prallte.

Sachschäden in Millionenhöhe richteten am Samstag Föhnstürme am Alpenrand an. Umgestürzte Bäume blockierten die Zufahrtsstraßen nach Berchtesgaden.

LEUTE HEUTE

Moniert

Abstinent wie ein Mönch habe er ein halbes Jahr leben müssen, klagt **Omar Sharif**. Der Grund dafür waren Dreharbeiten zu einer amerikanischen Fernsehserie in Leningrad. „Überall saßen diese fetten Weiber, die darüber wachten, daß wir keinen Besuch bekamen", moniert der inzwischen 53jährige Ägypter die „unbefriedigenden" Zustände in seinem Hotel.

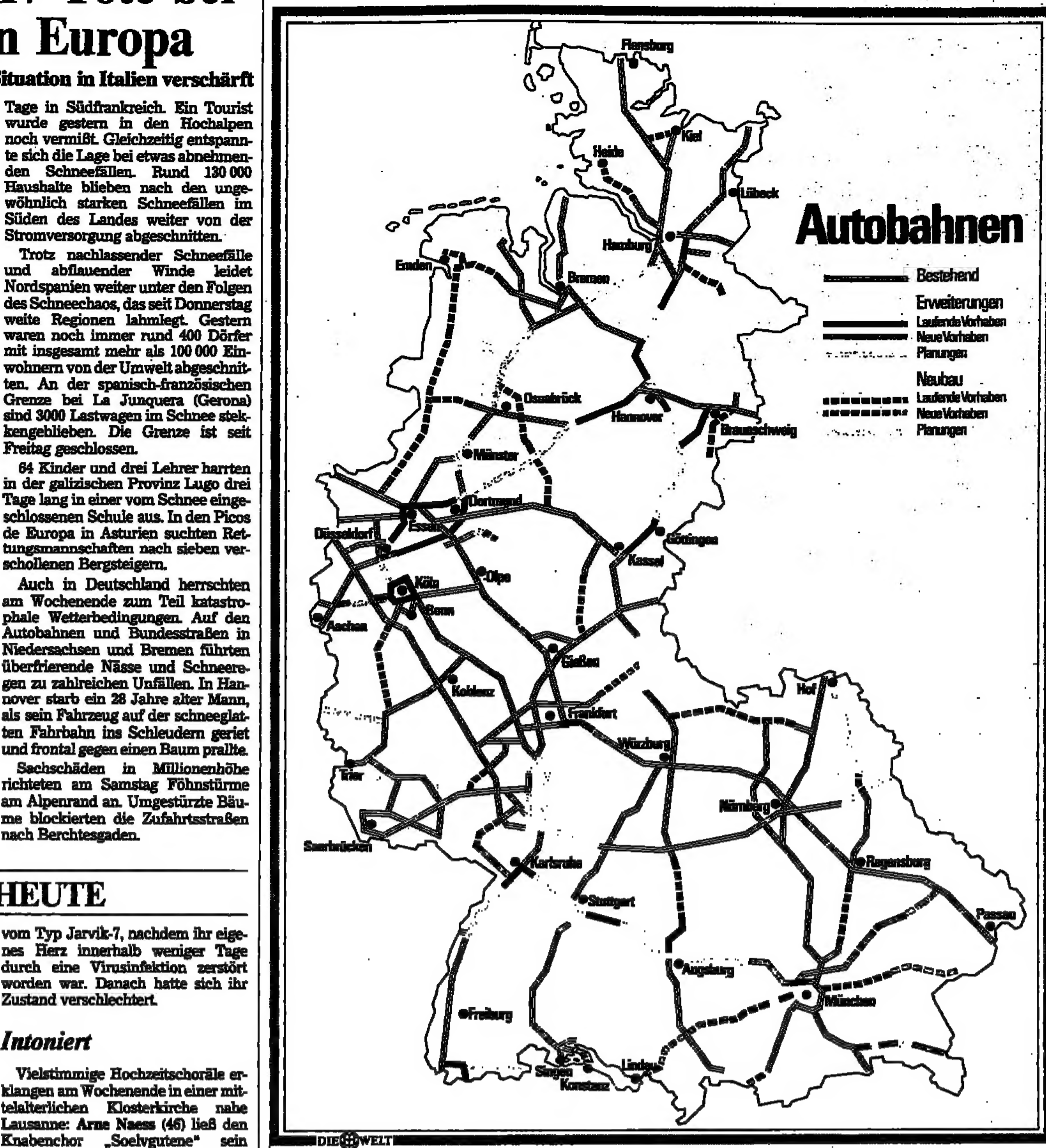
Stabilisiert

Als „zwar noch kritisch, aber stabil" bezeichnen die Ärzte in Minneapolis den Zustand ihrer Patientin **Mary Lund**, nachdem sie ihr am Samstag das Herz eines 14 Jahre alten Mädchens transplantiert hatten. Im Dezember erhielt die 40jährige zunächst eine künstliche Blutpumpe vom Typ Jarvik-7, nachdem ihr eigenes Herz innerhalb weniger Tage durch eine Virusinfektion zerstört worden war. Danach hatte sich ihr Zustand verschlechtert.

Intoniert

Vielstimmige Hochzeitschoräle erklangen am Wochenende in einer mittelalterlichen Klosterkirche nahe Lausanne: **Arne Naess** (46) ließ den Knabenchor „Soelvgutene" sein neues Glück zu zweit intonieren. Die Frau an der Seite des norwegischen Reeders wurde der amerikanische Soul-Star **Diana Ross** (43). **Stevie Wonder, Gregory Peck** und Prinzessin **Christina von Schweden** waren mit 200 Gästen in den Kanton Waadt gereist. Für nicht geladenes Publikum blieb die Abtei von Romainmotier allerdings gesperrt.

So wird Deutschlands Fernstraßennetz ausgebaut



Der vom Bundestag verabschiedete Bedarfsplan für den Bundesfernstraßenbau sieht den Neu- oder Ausbau von etwa 1600 Kilometern Autobahn in den nächsten 15 Jahren vor. Auf der Karte sind neben den bereits bestehenden Strecken der Ausbau mit weiteren Fahrstreifen und die Neubauvorhaben nach ihrer Dringlichkeitsstufe wie folgt dargestellt: Erweiterungen bestehender Strecken als durchgehende Linien (laufende Vorhaben: schwarz; neue Vorhaben: grün; langfristige Planung: blau). Nicht berücksichtigt wurde auf unserer Karte, ob einseitig oder beidseitig erweitert wird. Neubaustrecken sind als unterbrochene Linien dargestellt (laufende Vorhaben: schwarz; neue Vorhaben: grün; langfristige Planung: blau).

Krebsvorsorge zu wenig genutzt – mehr Erkrankungen

dpa, Bonn

Frauen über 20 und Männer über 45 Jahre sollten regelmäßig die Krebsvorsorgeuntersuchungen nutzen. Dazu hat der Vorsitzende der Ärzteorganisation Hartmannbund, Horst Bourmer, aufgerufen. Wie der Verband am Samstag in Bonn mitteilte, gehe die Beteiligung an Krebsvorsorgemaßnahmen zurück, während gleichzeitig die Zahl der Krebserkrankungen ansteige. Personen mit höherem Erkrankungsrisiko sollten ihre kostenlose Chance für jährlich einen Krebsvorsorgetermin nutzen. Die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Europäischen Parlaments, die SPD-Abgeordnete Beate Weber, kritisierte, daß nach den Plänen der EG-Kommission der Tabakanbau jährlich mit 1,77 Milliarden Mark gefördert werden soll. Für ein Programm zur Krebsverhütung gebe die Gemeinschaft nur 13,8 Millionen Mark in fünf Jahren aus.

Venuskrater „McAuliffe"

AP, Moskau

Der amerikanischen Lehrerin Christa McAuliffe und der Astronautin Judy Resnik, die mit fünf anderen Raumfahrern bei der Explosion der Raumfähre „Challenger" ums Leben kamen, wird von sowjetischer Seite eine posthume Ehrung besonderer Art zuteil. Wie die Zeitung „Sozialistitscheskaja Industrija" (Sozialistische Industrie) meldet, wollen haben sowjetische Kartographen zwei Krater auf dem Planeten Venus nach den Amerikanerinnen zu benennen.

Liv Ullmann geehrt

dpa, Berlin

Der norwegischen Schauspielerin Liv Ullmann ist gestern in Berlin mit der Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille ausgezeichnet worden. Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen ehrte sie damit für ihr langjähriges Engagement für das Kinderhilfswerk UNICEF als „Botschafterin des guten Willens". Bundespräsident von Weizsäcker nannte Liv Ullmann in einem Glückwunschschreiben „eine verehrungswürdige Frau, die ihren Botschafter-Titel benutzt, um ihrem leidenschaftlichen Willen, Menschen zu helfen, Nachdruck zu verleihen".

In China zu Freunden

AFP, Peking

In Peking können Ausländer künftig bei chinesischen Freunden wohnen, wenn sie sich beim Polizeikommissariat des Stadtviertels gemeldet haben. Wie die Pekinger Tageszeitung Beijing Ribao in ihrer Samstagausgabe berichtete, wird den Ausländern, wenn sie ihren Reisepaß und die Ausweispapiere der Gastgeber vorweisen, eine provisorische Aufenthaltsgenehmigung für Peking ausgestellt.

29 Hirten ermordet

AP, Daressalam

In Tansania sind nach einer Meldung der „Sunday News" am Wochenende 29 Hirten bei einem Überfall von Viehdieben ermordet worden. Die staatliche Zeitung berichtete, die Männer seien mit Speeren und Pfeilen getötet worden. Die Polizei nahm den Dieben etwa 25 000 Stück Vieh ab. Die Ebenen von Mittel- und Nordtansanias sind die Heimat der Massais und anderer Völker, für die der Besitz von Vieh Reichtum bedeutet.

Zyklon deckt Häuser ab

dpa, Brisbane

Mit Spitzengeschwindigkeiten von 220 Stundenkilometern ist der tropische Zyklon „Winnifred" am Samstag abend über den australischen Bundesstaat North Queensland hereingebrochen und hat rund 1000 Häuserdächer weggefegt. Ein Mensch kam ums Leben, als eine Boe ihn von einem Dach riß, das er gerade reparierte. Rund 60 Häuser wurden zerstört.

Keine Pessare mehr

dpa, Skokie

Ein in der ganzen Welt verbreitetes Mittel zur Empfängnisverhütung, das Pessar, wird den meisten Amerikanerinnen künftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Als letzter bedeutender Produzent in den USA nimmt das Unternehmen G. D. Searle in Skokie (US-Bundesstaat Illinois) die Pessare vom Markt. Das Unternehmen betracht die enorm hohe Versicherung gegen Schadenersatzansprüche angesichts von 775 Gerichtsverfahren in den vergangenen zwölf Jahren als wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll.

Demo für die Mafia

AFP, Palermo

Mehrere Hundert Arbeitslose aus der sizilianischen Stadt Palermo haben am Samstag vor ihrem Rathaus gegen Massenentlassungen in der Stadt demonstriert. Dabei riefen sie Slogans wie „Mit der Mafia gibt es Arbeit, ohne die Mafia gibt es keine", hieß es auf einem Plakat. Es war das erste Mal, daß der Name der Unterweltorganisation lautstark bei einer Kundgebung skandiert wurde.

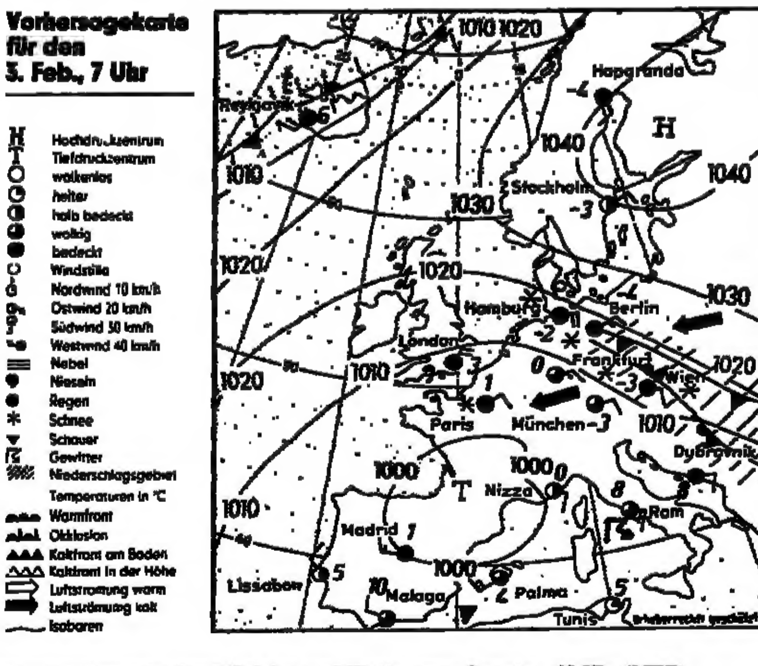
WETTER: Schneefall und Nebel

Lage: Über dem Norden verlagert sich eine Luftmassengrenze wenig. Am Dienstag setzt sich von Nordosten kalte Festlandsluft nach Deutschland durch.

Vorhersage für Montag: Im Norden überwiegend stark bewölkt und gelegentlich Schneeregen. Temperaturen null bis nahe 3 Grad, nachts bis minus 3 Grad. Im Süden nach Auflösung von Frühnebel gelegentlich auflockernde Bewölkung und weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen tagsüber wenig über null, nachts um minus 2 Grad, in höheren Lagen bis minus 8 Grad absinkend.

Weitere Aussichten: Am Dienstag in der Mitte Deutschlands noch Schneefall, von Norden einsetzender Temperaturrückgang.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.56 Uhr*, Untergang: 17.17 Uhr; **Mondaufgang:** 4.24 Uhr, Untergang: 11.47 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):



Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	-3	S
Bielefeld	0	bd
Braunlage	-4	S
Bremen	-1	S
Dortmund	0	S
Dresden	-2	S
Düsseldorf	3	Sp
Erfurt	-1	bd
Essen	1	S
Feldberg/S.	-1	he
Flensburg	-2	bd
Frankfurt/M.	3	bd
Freiburg	0	bd
Garmisch	2	bw
Greifswald	-3	S
Hamburg	-2	bd
Hannover	-2	S
Kahler Asten	-3	S
Kassel	0	S
Kempten	-4	Ne
Kiel	-2	S
Koblenz	–	–
Köln-Bonn	-3	S
Konstanz	1	bd
Leipzig	-1	bd
List/Sylt	-2	S
Lübeck	-2	bd
Mannheim	6	bw
München	-1	bd
Münster	0	bd
Norderney	-1	bd
Nürnberg	5	he
Oberstdorf	-1	he
Passau	6	he
Saarbrücken	1	bd
Stuttgart	1	bd
Trier	2	bw
Zugspitze	-7	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	14	he
Amsterdam	1	S
Athen	16	R
Barcelona	12	he
Belgrad	0	S
Bordeaux	1	S
Bozen	1	Ne
Brüssel	2	bd
Budapest	2	R
Bukarest	-5	S
Casablanca	11	bw
Dublin	4	bd
Dubrovnik	13	bw
Edinburgh	3	bd
Faro	12	he
Florenz	9	bd
Genf	1	bd
Helsinki	-6	he
Hongkong	19	bw
Innsbruck	4	he
Istanbul	10	bw
Kairo	22	he
Klagenfurt	2	bd
Konstanza	0	bd
Kopenhagen	0	bw
Korfu	15	bw
Las Palmas	19	he
Leningrad	-12	wl
Lissabon	11	bw
Locarno	2	bd
London	3	bd
Los Angeles	–	–
Luxemburg	0	bd
Madrid	7	he
Mailand	4	R
Malaga	14	he
Mallorca	12	he
Moskau	-12	wl
Neapel	13	bw
New York	–	–
Nizza	9	bw
Oslo	-3	bw
Ostende	3	bd
Palermo	14	he
Paris	1	he
Peking	-3	wl
Prag	2	bd
Rhodos	15	R
Rom	10	bw
Salzburg	6	he
Singapur	30	bw
Split	12	bw
Stockholm	-1	he
Straßburg	1	bd
Tel Aviv	20	he
Tokio	10	bw
Tunis	15	he
Valencia	11	he
Varna	1	S
Venedig	7	R
Warschau	-6	he
Wien	2	bd
Zürich	6	bd

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Zerbrechliche Kostbarkeiten vom Meeresgrund

Britischer Schatzsucher fand Goldbarren und chinesisches Porzellan aus dem 18. Jahrhundert / Versteigerung bei Christie's

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Michael Hatcher, Kapitän und Hobbytaucher, hat gut lachen. Mit freudestrahlendem Gesicht erzählte er einem staunenden Publikum in Amsterdam, was sich eigentlich wie ein Schatzsuchermärchen anhört, das für ihn aber zur glücksbringenden Wahrheit wurde.

Dann präsentiert der Brite die Beweisstücke für seinen einzigartigen Fund: 125 Barren pures Gold von der Sorte „Nankingschuh", Hunderte von Teetassen, Schüsseln, Tellern, Schalen, ein 144teiliges Service, ja selbst Nachttöpfe. Alles ist aus feinstem, blau-weiß glänzendem chinesischen Porzellan. Hergestellt im 18. Jahrhundert, unbeschädigt und überwiegend hervorragend erhalten. So stehen die Kostbarkeiten aus dem Reich der Mitte jetzt auf Holzregalen in Amsterdam.

Diesen wohl einmaligen Schatz holte sich Michael Hatcher, der sich mit Understatement Hobbytaucher nennt, mit seinem Team während der vergangenen Monate vom Meeresgrund irgendwo in der Südchinesischen See, wo das Gold und Porzellan rund 200 Jahre lang lagen. Gut verpackt und geschützt von dicken Ballen chinesischer Teeblätter.

Die genaue Position des Schiffswracks und die Art und Weise, wie er die Stelle im Südchinesischen Meer gefunden hat, hütet der britische Hobbytaucher als sein derzeit bestes Geheimnis. Schließlich will er nicht, daß man ihm bei der weiteren Bergung der kostbaren Antiquitäten in die Quere kommt. „Das Schiff liegt aber mit Sicherheit in internationalen Gewässern", meinte der glückliche Finder vieldeutig.

Bei dem Wrack handelt es sich vermutlich um die „Geldermalsen", ein Schiff aus der größten Handelsflotte jener Epoche, die als Goldenes Zeitalter in die holländische Geschichtsschreibung eingegangen ist. Es gehörte zu der seinerzeit in Amsterdam ansässigen Ostindischen Handelskompanie, die mit ihrem Flottenimperium damals die Handelsströme auf den Weltmeeren weitgehend beherrschte und kontrollierte.

Die „Geldermalsen" war von Kanton kommend, wo holländische Kaufleute das Porzellan und die Goldbarren geladen hatten, 1752 im Südchinesischen Meer gesunken.

Der gesamte Schatz wird Ende April vom Auktionshaus Christie's in Amsterdam versteigert. Nach ersten vorsichtigen Schätzungen dürfte er zwischen zehn und zwölf Millionen Mark einbringen. Zehn Prozent davon gehen, da das Schiff und seine Ladung in internationalen Gewässern liegen, an den rechtmäßigen Erben der edlen Fracht, den niederländischen Staat.

Den Rest werden sich Michael Hatcher und seine Crew teilen können. „Klar", sagte Hatcher schmunzelnd, „daß ein an der Bergung beteiligter Taucher mehr erhält als ein Schiffskoch, aber wir haben nur glückliche Köche in unserer Mannschaft."

Hintergründige Moritat über den Ritter Johannes

WILM HERLYN, Aachen

So manch Fernsehgewaltiger schaut sich verzweifelt in der Szene um und weiß nicht, woher er die Nachfolger von Kulenkampff, Carrell, Fuchsberger & Co. hernehmen soll. Aber er müßte nur nach Aachen blicken und dort mit der Talentsuche beginnen. Auch wenn die Herren, die dort am Samstag abend die Zwerchfelle strapazierten, meist schon einen seriösen Beruf haben. Paul Mikat etwa oder Friedrich Nowottny oder Constantin Freiherr Heereman.

Sie alle eint der „Orden wider den tierischen Ernst", den der „Aachener Karnevalsverein gegr. 1859" (AKV) zum 37. Male vergab. „Bruder Johannes" wurde in den erlauchten Kreis der Ritterschaft aufgenommen. Grund genug zum edlen Wettstreit für politische Anzüglichkeiten und Ironie in Prosa und Knüttelversen.

„Norbert, Norbert"-Rufe und tosender Beifall waren der Lohn für den Moritatensänger Norbert Blüm, der seine Laudatio auf den Ritter Johannes auf der Drehorgel selbst begleitete. Eine gesungene Laudatio auf einen neuen „Ritter" hat es noch nie gegeben. Typisch Blüm. Jedermann ist noch im Gedächtnis, wie er bei seiner Ritter-Ehrung vor einem Jahr dem närrischen Blödsinn die Krone aufsetzte, indem er eine übermütige „Punker-Polonaise" durch den Saal anführte, der sich Elferrat, Ordensritter und das ganze närrische Volk anschlossen.

Mit Seitenhieben nicht gespart: Norbert Blüm FOTO: SVEN SIMON

Konterte gekonnt auf seine Art: Johannes Rau FOTO: AP

Blüms Laudatio auf den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten der SPD war mit mancherlei Seitenhieben gespickt: „Solide und gediegen kriegt er seine Arbeit rum, da kann man schon ein Beispiel kriegen, am Aachener Klinikum." Aber auch andere Genossen bekamen ihr Fett ab wie „Vogel und Bahr, die immer so lustig sind". Da griff Johannes Rau ein ums andere Mal fast verlegen zum Bierglas, und Frau Christina, dem würdigen Anlaß entsprechend in ein schwarz-silber-durchwirktes Kleid gewandet, mochte über solche Späße schon gar nicht lachen.

Aber daß Rau nicht nur einstecken, sondern auch austeilen kann, bewies er in seiner Replik im „Vogelkäfig", der Aachener Bütt. „Genossen", hub er an, um nach Beifall, Pfiffen und langer Pause fortzufahren, „genossen habe ich den bisherigen Verlauf des Abends" – und zog damit die Lacher auf seine Seite. Er habe lieber „Geschichten aus Aachen als Ungereimtes aus Bonn" und kündigte an: „Seit 20 Jahren gibt es nur einsilbige Bundeskanzler: Brandt, Schmidt, Kohl ..."

Die Sorge des Ritters Hans Sachs war anscheinend doch nicht ganz unberechtigt. Der Nürnberger Staatsanwalt, bekannt aus Robert Lembkes Ratespiel „Was bin ich", hatte seine Teilnahme abgesagt, weil er „nicht gern der optische Steigbügelhalter für den Kandidaten einer Partei, die ich nicht mag", sein wollte.

Wahlkampf schimmerte durch alle Beiträge – wie etwa bei Rau, der auf das Karnevalsmotto „Närrisches Roulette" Bezug nahm: „Wer beim Roulette gewinnen will, muß auf schwarz oder rot setzen." Der Vorwurf von Sachs traf die Aachener hart – hatten sie doch eindeutig mehr Spaßvögel bislang bei der CDU ausgemacht. Von den 37 Ordensrittern sind 20 deutsche Politiker – davon gehören elf der Union, fünf der FDP und nur vier der SPD an.

Jules M. Peters, der Präside des Elferrates, neutralisierte: „Johannes Rau ist Skatspieler und weiß, daß der höchste Bube ein Schwarzer ist." Und ein Büttenredner hielt guten Rat feil: „Für den Fall des Falles, verspreche nichts, dann hältst du alles."

ZU GUTER LETZT

„250 italienische Abgeordnete an Grippe erkrankt", meldete AFP.